



**STÄRKER
MIT UNS.**

**GUTE ARBEIT.
STARKE WIRTSCHAFT.
SOZIALE SICHERHEIT.**

DGB-BEZIRK NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT

GESCHÄFTSBERICHT

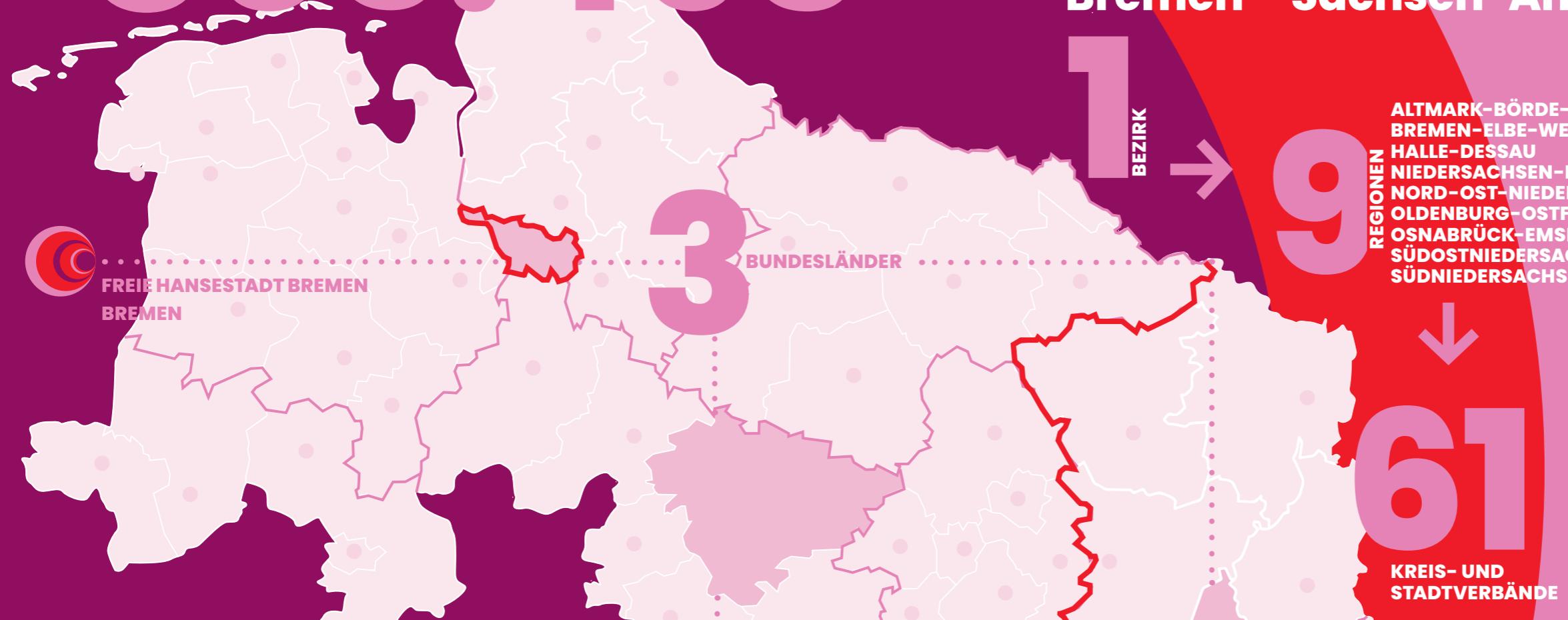
2022 – 2025

GESCHÄFTSBERICHT 2022–2025

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt**

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER

865.493



DER DGB IN ZAHLEN
Bezirk Niedersachsen –
Bremen – Sachsen-Anhalt

101 BESCHÄFTIGTE
66% FRAUEN

8 EINZELGEWERKSCHAFTEN

Ø = 45 JAHRE ALTERSDURSCHNITT

IG BAU
IGBCE
GEW
IG METALL
NGG
GDP
EVG
VER.DI

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in unruhigen Zeiten. Für uns alle ist völlig klar: Gerade jetzt braucht es starke Gewerkschaften und einen starken DGB. | Gemeinsam begleiten wir die Politik in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt. Wir mischen uns ein und liefern Antworten auf komplexe Fragen und Herausforderungen. Auch dank unserer gemeinsamen Anstrengungen konnten viele Krisen der vergangenen Jahre abgemildert und die Stimme der Beschäftigten lautstark in die politischen Debatten eingebracht werden.

Und es waren und sind multiple Krisen, mit deren Folgen wir politisch und gesellschaftlich zu kämpfen haben. Die Folgen der Corona-Pandemie sind immer noch spürbar – wirtschaftlich, aber auch gesellschaftlich. Der Krieg in der Ukraine tobts weiter und treibt die Politik in Europa oftmals vor sich her. Die schrecklichen Folgen des Anschlages der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2024

haben das Gesicht der Nahostregion massiv verändert. Auch die Verunsicherung, die durch die Trump-Administration weltweit ausgelöst wurde, trifft Europa und stellt uns vor neue Herausforderungen. Vieles ist aus den Fugen geraten.

Auch unsere Demokratie steht massiv unter Druck, rechte Hetze hat Einzug in die politische

In diesem Kampf für Demokratie und gegen Rassismus und Intoleranz stehen wir stets an vorderster Front.

Auseinandersetzung gehalten. In diesem Kampf für Demokratie und gegen Rassismus und Intoleranz stehen wir stets an vorderster Front. Wir Gewerkschaften beziehen klar Position für eine demokratische und solidarische Gesellschaft, in der Mitbestimmung und Teilhabe zentrale Eckpfeiler sind.

Vieles ist unsicher. Doch eines bleibt klar: Auf die Gewerkschaften ist Verlass! Während der verschiedenen Krisen haben wir Lösungsvorschläge unterbreitet, um die Belastung der Menschen zu verringern und die wirtschaftlichen Krisenfolgen abzumildern. Während der Corona-Pandemie wurde auf Druck der Gewerkschaften das Kurzarbeitergeld erhöht und die Bezugsdauer verlängert, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und die Kaufkraftverluste abzumildern. Auf Druck der Gewerkschaften wurde der Strompreisdeckel eingeführt, um auch für private Haushalte die Kostenexplosion bei den Energiepreisen abzufedern.

Wir als DGB haben Potenziale der Energiewende analysiert und industriepolitische Konzepte für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation vorgelegt. Der DGB Bremen hat nach jahrelangem Engagement den Ausbildungsunterstützungsfonds erkämpft. Der DGB Sachsen-Anhalt gestaltet die Transformation im Land aktiv mit, u.a. durch das Revierwendeprojekt und die Mitwirkung

im Revierausschuss. Der DGB Niedersachsen hat – ebenso wie der DGB-Bremen – ein modernes und erfolgversprechendes Tarifreue- und Vergabegesetz vorangetrieben.

Unsere Gewerkschaften standen und stehen Unternehmen als verlässliche Partner in Krisen zur Seite. Als Gewerkschaften zeigen wir, wofür wir stehen. Für Gute Arbeit. Für eine starke Wirtschaft. Für soziale Sicherheit. Stabile wirtschaftliche und soziale Verhältnisse entziehen den rechten Menschenfängern und Faschist*innen ihre Grundlage. Für uns Gewerkschaften sind die Aufgaben klar. Und unsere Haltung auch: Wir sind demokratisch, wir sind solidarisch und wir sind bunt!

In unserem Geschäftsbericht dieser vier Jahre zeigen wir einen Teil unserer gewerkschaftlichen Aktivitäten und Erfolge in unserem Bezirk. Es sind nur exemplarische Ausschnitte des Engagements aller Kolleg*innen in diesem Bezirk, egal, ob haupt- oder ehrenamtlich. Hinzu kommen unsere Partnerinnen und Partner, mit denen wir gemeinsam unsere Aktio-

nen und Kampagnen umsetzen. Wir danken allen Beteiligten sehr herzlich für ihre Arbeit!

Die nächsten vier Jahre werden wieder spannend. Gemeinsam werden wir wieder eine Menge bewegen, die Welt ist STÄRKER MIT UNS.

Mit solidarischen Grüßen,

Dr. Mehrdad Payandeh,
DGB-Bezirksvorsitzender



Dr. Ernesto Harder,
Geschäftsführer DGB-Region
Bremen-Elbe-Weser und
Landesleiter Bremen



Susanne Wiedemeyer,
Stellv. Bezirksvorsitzende,
Leiterin Landesvertretung
Sachsen-Anhalt



Inhalt

Der DGB in Zahlen

Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt	1
--	---

Vorwort

	2
--	---

Stimmen aus den drei Ländern

Niedersachsen	8
Sachsen-Anhalt	10
Bremen	12

Gute Arbeit und Transformation

Ausbildung	16
Gute Entscheidung für eine gute Ausbildung	21
Mitbestimmung	22
Gute Arbeit	26
Transformation	30
Impulse geben und Themen auf den Punkt bringen	39
Frauen in der Arbeitswelt	40
Tarifbindung	48
Mit Tarif hast du mehr in der Tasse	53
Tariftreue stärken – faire Arbeit sichern	55
Öffentlicher Dienst	56

1. Mai 2022–2025

1. Mai 2022 – 2025	60
--------------------	----

Gutes Leben

Bildung	70
Wohnen, Gesundheit und Soziales	74
Auf dem Weg zu bezahlbarem Wohnraum	78
Kultur	80
»Letzten auf der Arbeit«	
Geschichten von arbeitenden Frauen	82
Pendleraktionstage	84

Vielfalt und Demokratie

Mehrwert Gleichstellung	88
Denn »Nein« heißt »Nein«	91
75. Jubiläum DGB Niedersachsen	93
Kampf gegen Rechts	94
Demokratie	100
Wahlen	102
Zukunftslounges	105

Frieden, Sicherheit und Internationale Arbeit

Frieden	108
Antikriegstag	111
Gedenk- und Erinnerungsarbeit	114
Internationale Solidarität	118
International Brücken bauen	120

Ehrenamt und Sichtbarkeit

Ehrenamt und Sichtbarkeit	124
Kampagne Orgawahlen	129
Die Regionen und ihre Regionsgeschäftsführer*innen	132





STIMMEN AUS DEN DREI LÄNDERN

Niedersachsen ist ein starker Industriestandort mit guten und mitbestimmten Arbeitsplätzen.

Interview mit Dr. Mehrdad Payandeh, DGB-Bezirksvorsitzender

Was habt Ihr in den letzten vier Jahren als DGB für die Beschäftigten in NDS/HB/SAN bewegt?

Der DGB Niedersachsen hat sich besonders für Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung stark gemacht. Unser Anspruch ist, dass unser Bundesland zum Land der Guten Arbeit wird, in dem alle Menschen gut leben können. Gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften konnten wir auf dem Weg dahin wichtige Erfolge erzielen: Die rot-grüne Landesregierung hat 2022 wichtige gewerkschaftliche Forderungen – darunter den Masterplan Gute Arbeit – in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Nach und nach werden diese Punkte jetzt umgesetzt: In Niedersachsen werden öffentliche Aufträge zukünftig nur noch an Unternehmen vergeben, die den Tariflohn zahlen. Eine neue Landeswohngesellschaft macht

sich auf den Weg, um endlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im Haushalt stehen mehr Mit-

tel für Investitionen bereit, etwa für Krankenhäuser. Die Gewerbeaufsicht wurde gestärkt. Ein toller Erfolg für die Lehrkräfte in Niedersachsen ist auch die Eingruppierung in A/E 13. Aber auf diesen ersten Schritten ruhen wir uns natürlich nicht aus. Jetzt heißt es dranbleiben, denn es gibt noch viel zu tun!

Dabei hat Niedersachsen – wie der gesamte Norden Deutschlands – optimale Voraussetzungen, ein Standort mit Zukunft zu sein.

Aktuell ist das Thema Standort- und Beschäftigungssicherung ein großes Thema. Vor welchen Herausforderungen steht Ihr in Niedersachsen?

Niedersachsen ist ein bedeutender und vielfältiger Wirtschaftsstandort. Aber viele niedersächsische Unternehmen stehen unter Druck: Die aktuelle konjunkturelle Schwäche fällt zusammen mit immer größeren geopolitischen Unsicherheiten und der Notwendigkeit, klimaneutral zu werden. Hohe Energiepreise, marode Infrastruktur und eine zu schwache Binnennachfrage machen den Betrieben dabei zu schaffen. Dabei hat Niedersachsen – wie der gesamte Norden Deutschlands – optimale Voraussetzungen, ein Standort mit Zukunft zu sein. Der Norden ist die Energiedrehscheibe Nummer 1 mit seinen Häfen, seiner Windkraft, seinen Möglichkeiten für die Nutzung von Wasserstoff. Hier braucht es eine politische Flankierung und idealerweise eine abgestimmte Strategie für den gesamten Norden. Der DGB hat dazu Vorschläge gemacht.

Wie gut ist das Land für die sozial-ökologische Transformation aufgestellt und wo gibt es noch Nachholbedarf?

Niedersachsen ist ein starker Industriestandort mit guten und mitbestimmten Arbeitsplätzen. Die Transformation hin zur CO2-Neutralität ist sowohl ein Muss, als auch eine Chance: In Niedersachsen haben wir alle Voraussetzungen, um unser Bundesland zu einer international beachteten Modellregion einer gelungenen sozial-ökologischen Transformation zu machen. Wir haben hier die Chance zu zeigen, dass Wohlstand, Beschäftigung und Klimaschutz vereinbar sind. Deshalb es ist wichtig, dass das sozial gerecht geschieht. Die Transformation wird nur mit den Beschäftigten gelingen. Dafür müssen die Beschäftigten qualifiziert und für neue Technologien und Tätigkeiten an ihren Arbeitsplätzen fit gemacht werden. Neue Stellen, die im Zuge des gegenwärtigen Wandels entstehen, müssen ebenso gute Arbeitsbedingungen haben, wie die alten, gut abgesicherten Industriearbeitsplätze. Und Niedersachsen ist gut aufgestellt in der Mitbestimmung. Das ist ein enormer Standortvorteil, denn es zeigt

sich, dass mitbestimmte Unternehmen innovativer, produktiver und wirtschaftlicher arbeiten als Unternehmen ohne Betriebsräte oder gewerkschaftliche Anbindung.

Wie beurteilt Ihr das Tarifreue- und Vergabegesetz in eurem Bundesland? Ist der öffentliche Dienst gut für die Umsetzung aufgestellt?

Niedersachsens Vergabegesetz hat gerade eine Frischzellenkur hinter sich. Es ist ein modernes und praktikables Vergabegesetz, das die tarifliche Entlohnung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verankert. Das ist ein Meilenstein für die Stärkung der Tarifbindung in unserem Land, für den wir als Gewerkschaften lange gekämpft haben. Wenn die neuen niedersächsischen Regelungen nun richtig angewandt werden, kann das einen echten Booster für die Tarifbindung in unserem Land bringen. Aber auch hier gibt es noch keinen Grund zum Feiern: Die gesetzliche Grundlage ist nun da, aber die Ministerien, Kommunen und öffentlichen Vergabestellen müssen das Gesetz jetzt mit Leben füllen. Darauf werden wir als Gewerkschaften achten und uns konstruktiv einbringen. Und klar ist auch, dass es für effiziente Vergabeverfahren einen guten öffentlichen Dienst braucht.

Das geht nur mit ausreichendem Personal, welches gut qualifiziert ist. Die Digitalisierung in Genehmigungsbehörden muss voranschreiten, damit wichtige Aufträge für die Modernisierung der Infrastruktur nicht an der langsam Papierakte scheitern.

Was ist der wichtigste Auftrag im Land für die nächsten vier Jahre?

Wir brauchen einen Zukunftsplan für Niedersachsen. Das bedeutet: Ein planvolles und koordiniertes Vorgehen bei den Investitionen in die Infrastruktur, einen modernen, effizienten und bürgernahen öffentlichen Dienst mit guten Arbeitsbedingungen und schließlich eine enorme Anstrengung für einen stabilen und zukunftssträchtigen Industriestandort. Diese drei Aspekte gehören zusammen und ergeben eines: Ein lebenswertes Niedersachsen mit guten Arbeitsplätzen und einer guten Zukunftsaussicht für kommende Generationen.



Die größte Herausforderung wird sein, eine stabile und demokratische Landesregierung zu bekommen.

Interview mit Susanne Wiedemeyer, Stellv. Bezirksvorsitzende, Leiterin Landesvertretung Sachsen-Anhalt

Was habt Ihr in den letzten vier Jahren als DGB für die Beschäftigten in Sachsen-Anhalt bewegt?

Pandemie, Inflation und Transformation haben es uns nicht leicht gemacht, dennoch konnten wir in den vergangenen vier Jahren wichtige Verbesserungen für die Beschäftigten erreichen. Dabei ist der Einsatz für Gute Arbeit unser täglich



Brot. Mit markanten Tarifsteigerungen ist es den Gewerkschaften gelungen, Reallohnverluste abzufedern und die Angleichung der Löhne zwischen Ost und West in wesentlichen Bereichen weiter voranzubringen. In Sachsen-Anhalt liegen wir mit etwa 50 Prozent Tarifbindung an der Spitze der ostdeutschen Bundesländer. Doch das reicht uns nicht. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass mehr Tarifverträge gute Löhne, Sicherheit und Perspektiven schaffen.

Mit der mittlerweile 8. Betriebs- und Personalrätekonferenz führen wir die enge Kooperation von Landesregierung und Gewerkschaften zur Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung fort. Durch gewerkschaftlichen Druck wurde eine personelle Aufstockung bei der Polizei und eine bessere Bezahlung von Grundschullehrkräften erreicht. Wir haben dafür gesorgt, dass das Projekt „Beratung migrantischer Arbeitskräfte“ (BemA) in die Landesförderung überführt wurde. Damit die Transformation nicht über die Köpfe der Menschen hinweg geschieht, haben wir für unser Revierwende-Projekt eine Verlängerung durchgesetzt. Und nicht zuletzt ist es uns mit dem Azubi-Ticket gelungen, Auszubildende bei ihren Fahrtkosten zu entlasten.

Aktuell ist das Thema Standort- und Fachkräftesicherung ein großes Thema. Vor welchen Herausforderungen steht Ihr in Sachsen-Anhalt?

Nicht wenige Menschen im Land haben Angst davor, dass sich die Umbrüche der Nachwendezeit wiederholen könnten. Damit der Strukturwandel im Land nicht zulasten der Beschäftigten geht, braucht es zuallererst Arbeitsplätze mit Tarifbindung und Mitbestimmung.

Diese entstehen bzw. bleiben aber nur, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehören in erster Linie bezahlbare Energiepreise.

Die Transformation bietet Chancen, birgt aber auch Risiken. Wie ist der Stand in Sachsen-Anhalt?

Beim Kohleausstieg ist die Crux, dass die bereitgestellten Mittel erst seit kurzem und nur in geringem Umfang für direkte Unternehmensförderung eingesetzt werden können. Wir fordern mehr Investitionen in Betriebe und die wirtschaftliche Infrastruktur. Das Geld muss in den betroffenen Regionen ankommen. Mit der Kraftwerksstrategie des Bundes besteht außerdem die Chance, dass am etablierten Standort Schkopau ein neues Gaskraftwerk errichtet wird. Das hätte positive Effekte auf den Wandel im Mitteldeutschen Revier und würde vielen Menschen eine gute Beschäftigungsperspektive bieten.

Die Transformation zur Elektromobilität stellt vor allem viele Zulieferer vor existenzielle Fragen. Damit Betriebe wettbewerbsfähig bleiben und Beschäftigung gesichert wird, muss der Wandel mit einer aktiven Industriepolitik, gezielten Investitionen und Innovationsförderung gestaltet werden. Es wird darauf ankommen, mit frühzeitiger und bedarfsoorientierter Qualifizierung neue Beschäftigungschancen zu erschließen. Wir sprechen uns auch dafür aus, die Einführung und Umsetzung von sogenannten Arbeitsmarktdrehscheiben auszubauen, um Arbeitslosigkeit vorzubeugen bzw. schnellere Jobwechsel zu ermöglichen.

Wie beurteilt Ihr das Tariftreue- und Vergabegesetz in eurem Bundesland?

Mit der Einführung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in 2022 hat die Landesregierung eine unserer dringlichsten Forderungen umgesetzt. Das ist ein Erfolg, auch weil das Gesetz Betriebe mit Tarifvertrag stärkt und als untere Haltelinie einen Vergabemindestlohn vorsieht. Doch seitdem das Gesetz gilt, nehmen die Angriffe zu. Arbeitgeberverbände und Kammer schließen gegen die ohnehin hohen

Schwellenwerte, Teile von CDU und FDP wollen das Gesetz ganz abschaffen. Wir leisten sowohl öffentlich als auch im parlamentarischen Verfahren erbitterten Widerstand. Aber wenn selbst die SPD in Sachsen-Anhalt munter Beistand dabei leistet, das Gesetz auszuhöhlen, dann droht Ungemach. Unsere Haltung ist klar: Bei öffentlichen Aufträgen muss Tariflohn gezahlt werden. Wir werden uns weiter gegen eine Verschlechterung des Gesetzes zur Wehr setzen.

» Stärker mit uns« – dafür stehen wir Gewerkschaften

Im kommenden Jahr sind Landtagswahl in Sachsen-Anhalt? Was ist der wichtigste Auftrag im Land für die nächsten vier Jahre?

Die größte Herausforderung wird sein, eine stabile und demokratische Landesregierung zu bekommen. Nur auf einem demokratischen Fundament können wir aufbauen und wirksam die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien in den Mittelpunkt der Landespolitik stellen. Dazu gehören entscheidende Weichenstellungen und zielgerichtete Investitionen, um Wirtschaft, Kommunen und Bildung in Sachsen-Anhalt fit für die Zukunft zu machen. Sachsen-Anhalt soll ein Land sein, das allen Menschen Chancen, Sicherheit und ein gutes Leben bietet. Ob im Betrieb, im Verein oder im Ort – wir wollen die Menschen ermuntern, aktiv an einer gerechten und solidarischen Gesellschaft mitzuwirken. Eben „Stärker mit uns“ – dafür stehen wir Gewerkschaften!

Der Transformationsprozess muss fortgesetzt werden.

Interview mit Dr. Ernesto Harder, Geschäftsführer DGB-Region Bremen-Elbe-Weser und Landesleiter Bremen

Was habt Ihr in den letzten vier Jahren als DGB für die Beschäftigten in Bremen bewegt?

Da steht an erster Stelle der Ausbildungsfonds; in Bremen haben wir den ersten umlagenfinanzierten Ausbildungsfonds Deutschlands in die Umsetzung gebracht. Außerdem ist das Tariftreue- und Vergabegesetz erweitert worden, damit hat Bremen das weitreichendste Gesetz bundesweit. Als dritte wichtige Innovation haben wir den Transformationsrat eingeführt. Hier haben wir ein Format entwickelt, bei dem wir uns mit dem Bremer Senat und den Sozialpartnern zu branchenspezifischen Transformationsprozessen austauschen. In dem Zusammenhang ist auch die Kooperation mit der Bremer Arbeitnehmerkammer sowie Sozial- und Umweltverbänden erwähnenswert, die Bremens erste Transformationskonferenz hervorgebracht hat. Dort diskutierten wir als Gewerkschaften jenseits unseres Tellerrands wichtige Bausteine der Transformation in Bremen auf breiter gesellschaftlicher Ebene.

Sprechen wir zunächst über den Ausbildungsfonds. Wie kam es dazu und wie ist der aktuelle Stand?

Beschlossen wurde der Ausbildungsfonds kurz vor der Bürgerschaftswahl. Es war ein heißes Wahlkampfthema, stark umkämpft zwischen Parteien, Arbeitgeberverbänden und uns Gewerkschaften. Bemerkenswert waren zwei Dinge: Zum einen riefen die Arbeitgeberverbände zu Demos und Kundgebungen auf, das ist sehr ungewöhnlich. Zum anderen war da die beeindruckende Geschlossenheit beim DGB. Seit Jahrzehnten fordern wir diese Ausbildungsumlage.

Die Zahl der ausbildenden Betriebe sinkt beständig, aktuell bilden in Bremen nur noch 21 Prozent aller Betriebe aus.

Nun sind wir in der Umsetzung. Zum Beginn des Ausbildungsjahres 2025 ist er erstmals eingezogen und umverteilt worden. Alle Betriebe zahlen ein, ausbildende Betriebe erhalten etwas aus dem Fonds zurück. Neben der eigentlichen Ausbildung sollen aus dem Fonds auch Maßnahmen finanziert werden, die Jugendlichen helfen, einen Ausbildungsplatz zu finden und die sie in der Ausbildung begleiten, damit sie nicht vorzeitig abbrechen.

Wie beurteilt ihr das Tariftreue- und Vergabegesetz in eurem Bundesland?

In Bremen gibt es Tariftreue- und Vergabegesetze wie auch in anderen Bundesländern – aber nirgendwo so weitgehend wie hier. Das Gesetz besagt, dass öffentliche Ausschreibungen nur für Betriebe offen sind, die Tarifverträge haben oder zumindest tarifliche Bedingungen bieten, also gleich gut zahlen und behandeln. Neu ist, dass dies nicht nur für Bau, sondern auch für Dienstleistungen gilt. Bremen hat zudem eine sehr niedrige Ausschreibungshöhe: Ab 5.000 Euro greift das Gesetz für Dienstleistungen. Umgesetzt wird es über Beiräte aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die festlegen, welche Tarifverträge als branchenüblich gelten.

Ist der öffentliche Dienst für die Umsetzung gut vorbereitet?

Meines Erachtens fehlt es an Kontrollmechanismen. Sowohl was das Tariftreue- und Vergabegesetz angeht als auch Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die Gewerbeaufsicht hat weder genug Mittel noch ausreichend Personal zur Verfügung. Nötig wären deutlich mehr Ressourcen. Das Arbeitsschutzkontrollgesetz schreibt vor, dass ab nächstem Jahr, also ab 2026, fünf Prozent der Betriebe bundesweit überprüft werden sollen. Die Bundesländer sind in Vorbereitung, doch bisher sind sie alle noch sehr weit entfernt von der Umsetzung.

Wie gut ist das Land für die sozial-ökologische Transformation aufgestellt? Was stelle ich mir unter einem Transformationsrat vor?

Über 50 Prozent des CO₂-Ausstoßes in Bremen entsteht in nur einem Betrieb, das ist das Stahlwerk. Geplant war eine große Transformation mit öffentlicher Förderung, mit Mitteln vom Land, vom Bund und von der EU sowie Investitionen des Unternehmens. Gemeinsam mit der IG Metall haben wir uns dafür eingesetzt, dass Gelder für den Umstieg von Koks auf Gas- oder Wasserstoffbefeuerung sowie Elektro-Lichtbogen-Technologie bereitstehen. Doch die Konzernfinanzierung wurde vor wenigen Wochen auf Eis gelegt. Damit ruht das Herzstück unserer CO₂-Reduktion. Auch deshalb organisierten wir die große Transformationskonferenz in der Bürgerschaft, um die nächsten Schritte zu diskutieren und eine gesellschaftliche Debatte zu führen.

Wie schon eben erwähnt haben wir mit dem Transformationsrat ein spannendes Format geschaffen. Vorher gab es Krisentreffen, punktuell, wenn es irgendwo brannte. Jetzt sind die Treffen in eine regelmäßige Runde überführt worden. Das ist ganz spannend. Das war eine Forderung von uns, und sie hat es tatsächlich in den Koalitionsvertrag und in die Umsetzung geschafft. Einmal im Quartal lädt der Bürgermeister die Sozialpartner ins Rathaus ein. Vorher wird ein Thema festgelegt, in der Regel bestimmt durch eine Branche. Dann wird darüber diskutiert, und es werden Papiere dazu beraten.

Was ist der wichtige Auftrag im Land für die nächsten vier Jahre?

Der Transformationsprozess muss fortgesetzt werden und gleichzeitig müssen wir gucken, was die nächsten Jahre an wirtschaftlicher Herausforderung bringen. Wir müssen Transformation mit Beschäftigungssicherung und Standortsicherung verknüpfen. Für uns Gewerkschaften ist der Erhalt der Arbeit immer von zentraler Bedeutung. Und selbstverständlich sprechen wir hier auch von Guter Arbeit. Gute Arbeit ist unser Ziel, Tarifbindung und Mitbestimmung sind die Instrumente, sind der Weg dahin und natürlich auch das Ziel. Wenn es um Tarifbindung geht, sind wir mit den Arbeitgeberverbänden interessanterweise gar nicht so oft im Dissens. Wo wir aber ständig im Dissens sind, ist das Thema Mitbestimmung. Auch das ist ein zentrales Thema für die Zukunft. Wir betonen immer, dass Transformation nur mit starken Betriebs- und Personalräten funktionieren kann, daher haben wir als DGB Bremen eine Betriebs- und Personalrätekonferenz eingeführt. Auch das ist eine wertvolle Errungenschaft, die uns auch für die zukünftige Arbeit sehr hilfreich sein wird.





KAPITEL 1

GUTE ARBEIT UND

TRANSFORMATION

Ausbildung

Ausbildungsreports Zukunft sichern – Ausbildung stärken!

Die Ausbildungsreports von Niedersachsen und Bremen zeigen Potenzial | Berufsorientierung, digitale Arbeitswelt, qualifizierte Ausbilder*innen – das sind die Stichworte der Ausbildungsreports für die Jahre 2022 bis 2024. Die Ergebnisse machen deutlich: Nur eine gute Ausbildung sichert die Qualität der Fachkräfte von morgen und in vielen Aspekten läuft es in Niedersachsen und Bremen bereits sehr gut. Trotzdem gibt es in einigen Bereichen erheblichen Verbesserungsbedarf.



Ausbildungsreports Download:
<https://nbs-jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildung/report>

2022 stand der Zugang zur Ausbildung im Fokus. Viele Jugendliche wählen ihren Beruf nach Interesse, doch es hapert an früher und wirksamer beruflicher Orientierung. Der DGB fordert daher mehr Berufsberatung, engere Kooperation zwischen Schulen und Arbeitsagenturen sowie einen Ausbildungssupportfonds, der Ausbildung attraktiver machen und auch benachteiligte Jugendliche besser unterstützen soll.

2023 rückte die Digitalisierung in den Mittelpunkt. Viele Berufsschulen sind technisch schlecht ausgestattet, Auszubildende fühlen sich unzureichend auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet. Auch in den Betrieben fehlt es an notwendiger Technik. Ziel muss es sein, die Ausbildung sowohl in den Betrieben als auch in den Berufsschulen zukunftsfähig und modern zu gestalten – auch indem Lehrkräfte und Ausbilder*innen dahingehend qualifiziert werden.

2024 lag der Fokus auf den Ausbilder*innen. Wenn Ausbilder*innen individuell auf die Lernbedürfnisse der Auszubildenden eingehen, steigt die Zufriedenheit enorm. Der Report fordert verpflichtende Weiterbildungsmöglichkeiten für Ausbilder*innen und Anreize für Fachkräfte, selbst auszubilden.

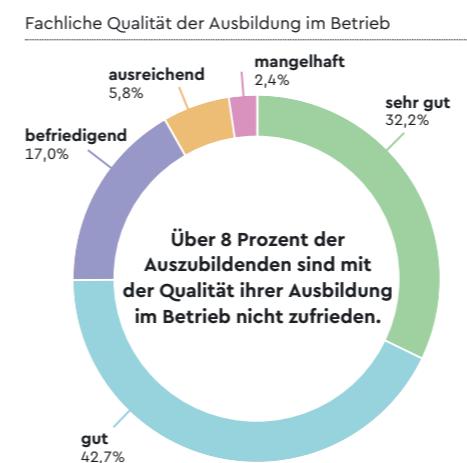
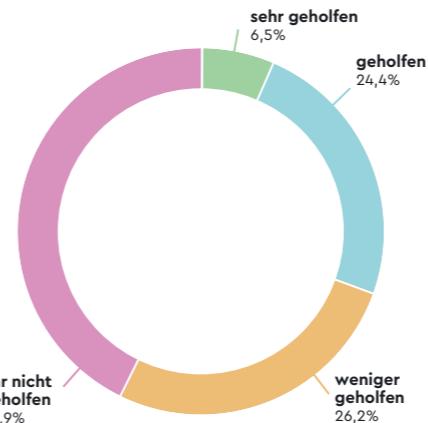
Der geforderte Ausbildungssupportfonds könnte in allen drei Bereichen wertvolle Dienste leisten: eine fundiertere Berufsorientierung für Schüler*innen, eine verbesserte Ausstattung von Berufsschulen und Betrieben und Weiterbildungsmöglichkeiten für Ausbilder*innen. In Bremen wurde der Ausbildungssupportfonds nach jahrelangem Kampf durch die Gewerkschaften schließlich zum Ausbildungsjahr 2024/25 eingeführt.

Mangelhafte Berufsorientierung in Sachsen-Anhalt

Die berufliche Zukunft beginnt bereits vor dem ersten Tag im Betrieb. | Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend Sachsen-Anhalt machte im Jahr 2022 das Thema Berufsorientierung zum Schwerpunkt, denn da hakt es noch gewaltig. An der Befragung hatten sich mehr als 1200 junge Menschen in Sachsen-Anhalt zum Thema Ausbildung geäußert.

Fast 70 Prozent von ihnen bewerteten die schulische Berufsorientierung als wenig oder gar nicht hilfreich. Besonders Gymnasiast*innen fühlen sich schlecht vorbereitet. Dabei ist eine fundierte Orientierung entscheidend, damit junge Menschen den Weg finden, der zu ihren Stärken und Interessen passt – ganz unabhängig von Geschlecht oder Schulabschluss.

Die Angebote der Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule haben mir geholfen, meine Berufswahlentscheidung zu treffen:



Quelle: Infoblatt Sachsen-Anhalt 2022
Ausbildungsreport

Mit der Qualität der Ausbildung im Betrieb zeigen sich drei von vier Auszubildende zufrieden, doch in der Berufsschule gibt es Nachholbedarf. Nur 60 Prozent vergeben hier Bestnoten. Fast jede*r Zweite weiß am Ende des dritten Ausbildungsjahres noch nicht, ob eine Übernahme bevorsteht, das sorgt für Unsicherheit.

Gerade junge Frauen brauchen eine Ausbildung, die mehr bietet: Respekt, Entwicklungschancen und Vorbilder

Gerade junge Frauen brauchen eine Ausbildung, die mehr bietet: Respekt, Entwicklungschancen und Vorbilder. Betriebe müssen klischeefreie Zugänge schaffen, Ausbildungsberufe aufwerten und gezielt daran arbeiten, dass ihre Angebote auch für junge Frauen attraktiv sind. Das ist kein Luxus, sondern dringend nötig, um den Fachkräften von morgen faire Chancen zu bieten.

Die Ergebnisse zeigen deutlich, wo es mangelt. Susanne Wiedemeyer (Stellvertretende Vorsitzende DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Landesleiterin Sachsen-Anhalt) fasst zusammen: »Ich erwarte von den Betrieben, dass sie die Qualität der Ausbildung ernst nehmen und nachhaltig steigern: Das gilt insbesondere für schlecht bewertete Ausbildungsberufe. Gerade für junge Frauen muss die Berufsausbildung in den Betrieben deutlich attraktiver werden.«

Ausbildung zwischen Mangel und Möglichkeiten

Ohne Ausbildungsperspektive ist eine wachsende Zahl junger Menschen, während Betriebe händeringend nach Fachkräften suchen. | Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, trotzdem finden viele Jugendliche keine Stelle. Die Situation ist paradox und zeigt strukturelle Schwächen.

Die Vorschläge zur Reform vom DGB Niedersachsen wurden in Politik, bei Verbänden und in der Öffentlichkeit breit gestreut und in verschiedenen Gremien letztes Jahr wie heute intensiv diskutiert.

Im Papier Ausbildungssituation in Niedersachsen benennt der DGB die zentralen Ursachen der Misere und bietet Vorschläge für eine Reform:

- **Berufsorientierung als Ankerfach ab Klasse 7:** Schüler*innen können hier über Praktikumsformate strukturiert und klischeefrei Orientierung erhalten.
- **Eine flächendeckende Erfassung aller Schulabgänger*innen** könnte sicherstellen, dass keine Abbrecher*innen durchs Netzt fallen. So kann eine weiterführende Beratung und Betreuung für alle geplant werden.

- Mit einer **Bildungs-ID** könnte man individuelle Lernverläufe durchgehend dokumentieren, von der Grundschule bis zur ersten beruflichen Qualifikation. Frühzeitig wären individuelle Schwierigkeiten erkennbar und Förderangebote könnten rechtzeitig starten.
- Mit dem **Versprechen, dass alle Schulabgänger*innen einen Ausbildungsplatz erhalten**, würden junge Menschen zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Wer keinen betrieblichen Platz findet, wird außerbetrieblich ausgebildet, so wie es bereits in Hamburg und in ganz Österreich angeboten wird.
- Ergänzt durch einen **Ausbildungsunterstützungsfonds nach Bremer Vorbild**, der alle Betriebe gerecht an der Finanzierung beteiligt, könnte ein solides Fundament für eine gerechte Ausbildungskultur entstehen.



Ausbildungsgarantie DGB-Jugend 2022 | Foto: DGB NDS/Martin Bender

Berufliche Orientierung

Eine strukturierte, moderne und klischeefreie, aber auch praxisnahe berufliche Orientierung ist für junge Menschen der zentrale Baustein für das künftige Arbeitsleben. | Bei der Umsetzung der beruflichen Orientierung besteht jedoch noch großer Handlungsbedarf an den allgemeinbildenden Schulen. Aus diesem Grund haben die Gewerkschaften in Niedersachsen 2024 gemeinsam mit den Arbeitgebern, Verbänden und Kammern ein Positionspapier verfasst. Dieses richtet sich an die Politik und die Verwaltung. Bei Gesetzesänderungen und dem Erstellen von Erlassen sollen sie sich daran orientieren und entsprechende Rahmenbedingungen ableiten können.



Pressekonferenz Ausbildungsreport 2023 | Foto: DGB NDS/Martin Bender



Wohnen muss für alle sein

Die Gründung von Azubi-Werken und die Förderung von Azubi-Wohnen im gesamten Bezirk standen im Fokus der DGB-Bezirkjugendkonferenz im Juni 2025 in Springe.

Alle vier Jahre treffen sich die jungen Gewerkschafter*innen und bestimmen die politische Richtung. Über 50 Delegierte und Gastdelegierte aus allen Mitgliedsgewerkschaften diskutierten unter anderem darüber, wie die Wohnsituation für junge Menschen in Ausbildung verbessert werden kann.

Für viele Auszubildende wird es immer schwieriger, in räumlicher Nähe zum Ausbildungsort zu wohnen, denn Wohnraum ist oft knapp und teuer. Bundesweit fordert die DGB-Jugend: »Wohnen muss bezahlbar sein! Um attraktiven und günstigen Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, braucht es Förderprogramme, Mietpreisregulierung und eine gemeinwohlorientierte Trägerschaft.

Da ist vor allem für Ballungszentren wie Hannover, Göttingen, Braunschweig, Lüneburg, Osnabrück, Oldenburg, Bremen, Magdeburg und Halle Unterstützung gefragt.

Nach dem Vorbild der Studentenwerke soll mit Azubi-Werken bezahlbarer Wohnraum entstehen. Neben Wohnheimplätzen soll es auch Beratungs- und Unterstützungsangebote geben – Vorbild ist das Azubi-Werk in München. Die konkrete Forderung lautet: »In Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt soll jeweils eine Koordinierungsstelle für Azubi-Wohnen eingeführt werden. Diese Stelle kann in den jeweiligen Bauministrien angesiedelt sein. Ihre Aufgabe ist es, Investor*innen und Kommunen zum Bau von bezahlbaren Azubi-Wohnheimen oder Apartments zu beraten und ermutigen.«

Im Stadtteil Ellener Hof in Bremen ist gerade die erste Wohnanlage im Bezirk speziell für Auszubildende als gemeinnütziges Projekt im Entstehen. Die gesamte Entwicklungsphase wird von der DGB-Jugend begleitet. Sie steht als Kooperationspartnerin bei der Errichtung künftiger Werke zur Verfügung.

Gute Entscheidung für eine gute Ausbildung

Spotlight

Mit der Einführung des bundesweit ersten Ausbildungsunterstützungsfonds auf Landesebene setzt Bremen ein starkes Zeichen. | Am 23. März 2023 verabschiedete die Bremische Bürgerschaft das Gesetz – ein Meilenstein für junge Menschen, ausbildende Betriebe und eine solidarische Arbeitswelt.

Die Idee ist so einfach wie gerecht: Alle Unternehmen zahlen in den Fonds ein und die ausbildenden Betriebe bekommen Geld zurück. Je mehr Auszubildende ein Unternehmen beschäftigt, desto höher fällt die Unterstützung aus. So werden gerade kleine und mittlere Betriebe ermutigt, mehr auszubilden. Unterstützende Angebote gibt es zusätzlich: Beratungsangebote, Weiterbildung für Auszubildende, Coachings zum Recruiting oder zum Umgang mit Social Media, Angebote zur Stärkung der Sozialkompetenz und vieles mehr.

Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte brachte es auf den Punkt: In den letzten 15 Jahren sind 1.200 Ausbildungsplätze verloren gegangen, dem steuert Bremen jetzt entschieden entgegen. Mit dem Fonds wird Ausbildung wieder zur gemeinschaftlichen Aufgabe – für starke Fachkräfte und eine gerechtere Zukunft.

Dass diese solidarische Umlage nicht allen gefällt, zeigte der Widerstand der Arbeitgeber*innen. Im Vorfeld kam es zu Protestaktionen, sogar Klagen wurden eingereicht. Der DGB und seine Jugendorganisationen reagierten mit deutlichem Gegenwind: Kundgebungen, Demonstrationen, Flugblätter, Diskussionsrunden und jede Menge Überzeugungsarbeit hinter den Kulissen. »Jetzt müssen sich alle an den Ausbildungskosten beteiligen – das ist fair und stärkt die Perspektiven junger Menschen«, so Antalia Westkämper, Jugendbildungsreferentin des DGB Bremen.

Der Ausbildungsunterstützungsfonds war auch Thema am 1. Mai und stand als Symbol einer zukunftsorientierten Ausbildungspolitik. Mit dem Start zum Ausbildungsjahr 2024/2025 begann die Umsetzung. Das Bremer Modell hat eine Signalwirkung für ganz Deutschland. Auch beim DGB Niedersachsen hofft man auf Nachahmung. Und Berlin zeigt vermehrt Interesse.

Klage abgewiesen!
Der Ausbildungsunterstützungsfonds in Bremen kommt!



Mitbestimmung

Mitbestimmung zu Digitalisierung

Betriebs- und Personalrätekonferenz Sachsen-Anhalt | Mitbestimmung gestalten und den Wandel zur Digitalisierung begleiten, das waren die Themen der siebten Betriebs- und Personalrätekonferenz des DGB Sachsen-Anhalt in Leuna.

Am 15. August 2024 wurde Leuna zum Treffpunkt für engagierte Interessenvertretungen. Zur siebten Betriebs- und Personalrätekonferenz des Landes Sachsen-Anhalt kamen rund 160 Teilnehmende aus Betrieben, Behörden und Gewerkschaften zusammen. Im Fokus der Konferenz standen zwei zentrale Herausforderungen der Gegenwart: Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Arbeitswelt verbunden mit der Frage, wie Mitbestimmung dabei gestaltet werden kann.

Zur Eröffnung der Konferenz betonte Arbeitsministerin Grimm-Benne die Bedeutung starker Betriebs- und Personalräte, und dass eine starke Sozialpartnerschaft und höhere Tarifbindung zentrale Bausteine im Kampf gegen den Fachkräftemangel

seien. Gute Arbeitsbedingungen – von fairer Bezahlung bis zur familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung – ließen sich ohne Mitbestimmung nur schwer erreichen, so die Ministerin. Entsprechend müsse auch der digitale Wandel gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden. Grimm-Benne machte im Anschluss klar, dass Gute Arbeit aktive Interessenvertretungen und verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen bräuchte.

Informative Vorträge zur Rolle von Künstlicher Intelligenz im Arbeitsalltag und anschließende Diskussionen bestimmten den Vormittag in Leuna. Am Nachmittag vertieften fünf Workshops aktuelle Fragestellungen vom betrieblichen Gesundheitsschutz über Öffentlichkeitsarbeit mit digitalen Mitteln bis hin zu familienfreundlicher Arbeitsgestaltung. Im Workshop zur Mitbestimmung bei KI zeigte sich die hohe Relevanz der betrieblichen Interessenvertretung.

Susanne Wiedemeyer, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen

– Sachsen-Anhalt und Leiterin der Landesvertretung in Sachsen-Anhalt, wies darauf hin, dass Beschäftigte in Sachsen-Anhalt tiefgreifende Veränderungen in Produktion, Verwaltung und im Sozialbereich erlebten. Digitalisierung, KI, Transformation und Fachkräftesicherung stellten große Herausforderungen dar. Gute Arbeit mit Tarifbindung, fairer Bezahlung und Weiterbildung komme nicht von selbst – sie werde durch engagierte Betriebs- und Personalräte sowie starke Gewerkschaften gesichert.

Neben inhaltlichem Input gab es Raum für persönlichen Austausch und Vernetzung. In den Pausen wurden Kontakte geknüpft, Erfahrungen geteilt und neue Kooperationen angestoßen. Dabei ging der Blick auch in die Zukunft. Die nächste Konferenz setzt mit dem Thema digitale Kommunikation mit Kolleg*innen und Nachwuchsgewinnung fort. Erstmals wird im September 2025 der Betriebs- und Personalrätepreis des Landes vergeben, eine Auszeichnung, die innovative Projekte und das Engagement für Mitbestimmung würdigt.



Betriebs- und Personalrätekonferenz Quedlinburg 2023 | Foto: Viktoria Kühne



Betriebs- und Personalrätekonferenz Leuna 2024 | Foto: Martin Mandel



Betriebs- und Personalrätekonferenz Quedlinburg 2023 | Foto: Viktoria Kühne

Betriebs- und Personalrätekonferenzen in Niedersachsen: Nur wer schnell ist, ist dabei!

Seit 2019 treffen sich Minister*innen und Mitbestimmungsakteur*innen einmal im Jahr in Hannover und diskutieren über Zukunft und Gegenwart der Arbeit | Einen Platz bei der Niedersächsischen Betriebs- und Personalrätekonferenz zu ergattern, ist mittlerweile schon fast ein Glücksfall. Denn das gemeinsame Format von DGB und Landesregierung ist so beliebt, dass zuletzt schon wenige Tage nach Versand der Einladungen alle Plätze belegt sind. Dabei wurden die ursprünglich mal 100 Plätze schon auf über 200 erweitert.

Bei der ganztägigen Veranstaltung kommen Betriebs- und Personalräte aus unterschiedlichsten niedersächsischen Betrieben in Hannover mit dem Ministerpräsidenten und Minister*innen zusammen und diskutieren über Gegenwart und Zukunft des Arbeitslebens. Es gibt immer ein anderes Schwerpunktthema. So ging es 2022 beispielsweise um »Mitbestimmung in der Transformation« und 2023 um »Fachkräfte nur mit Guter Arbeit und Mitbestimmung!«. Hinter dem Format steht die Überzeugung, dass der Wandel der Arbeitswelt nur gemeinsam mit den Beschäftigten und einer starken Mitbestimmung gelingt. Und dafür geben Gewerkschaften und Politik einander Impulse.

Die Niedersächsischen Betriebs- und Personalrätekonferenz finden seit 2019 einmal im Jahr statt – immer in Hannover. Eine Ausnahme bildeten die Corona-Jahre 2020 und 2021, in denen sie virtuell stattfanden. Sie haben sich als wichtige Austauschplattform zwischen Landesregierung und Mitbestimmungsakteuren fest etabliert und werden vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Niedersachsen gemeinsam veranstaltet.

Bremer Betriebs- und Personalrätekonferenzen: Neu und erfolgreich

Beim ersten Mal ging es um Wahlforderungen: Die wichtigsten sind inzwischen umgesetzt | In Bremen gibt es seit 2022 jährliche Konferenzen für Betriebs- und Personalrät*innen. Beim ersten Mal stand die ein Jahr später bevorstehende Wahl der Bürgerschaft im Mittelpunkt – ein guter Zeitpunkt, um Einfluss auf die Wahlprogramme der Parteien zu nehmen. Die Betriebs- und Personalrät*innen diskutierten bei ihrer ersten Konferenz deshalb vor allem darüber, was sie in Sachen Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik von der Politik erwarteten und leiteten daraus ihre Wahlforderungen ab. Im Kern ging es dabei um die Frage, wie die anstehende Mobilitäts-, Energie- und Technologiewende so gelingen könnte, dass die Region gestärkt daraus hervorgeinge – nach Ansicht der Gewerkschafter*innen könnte dies nur mit Guter Arbeit, Tarifbindung, Mitbestimmung und der Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten gelingen. »Denn so entstehen Arbeitsplätze, die den Menschen gerecht werden und sie nicht verbrennen«, sagte Ernesto Harder, Geschäftsführer der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser, bei der Vorstellung der



BRPR-Konferenz Niedersachsen | Foto: M. Bender

Stärker mit uns. Geschäftsbericht 2022–2025

Wahlforderungen. Konkret verlangten die Gewerkschafter*innen von den Parteien unter anderem, den schon lange diskutierten Ausbildungsunterstützungsfonds zu beschließen und umzusetzen sowie die Gründung einer Transitionsgesellschaft. Diese sollte Beschäftigte, deren Tätigkeiten im Zuge der Transformation wegfallen, beraten, begleiten und darin unterstützen, zum Beispiel durch geeignete Weiterbildungen, gleichwertige neue Arbeit zu finden.

Und die Arbeit der ersten Konferenz für Betriebs- und Personalrät*innen war erfolgreich: Der Ausbildungsfonds, in den alle Betriebe gemäß der Zahl ihrer Mitarbeitenden einzahlen und aus dem die ausbildenden Betriebe unterstützt werden, ist inzwischen Realität in Bremen. Andere Maßnahmen warten leider noch auf die Umsetzung.

Die jährlichen Konferenzen für Betriebs- und Personalrät*innen sind inzwischen in Bremen fest etabliert – sie werden gut besucht und zum übergewirtschaftlichen Austausch über betriebliche Themen genutzt.



Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Gewerkschaften im Bremer Rathaus

Einmal im Jahr lädt Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte – wie auch seine Vorgänger – eine ausgewählte Gruppe von Betriebs- und Personalrät*innen ins Rathaus ein. | Die Veranstaltung würdigte die Arbeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung und bietet Raum für Austausch zu aktuellen tarif- und betriebspolitischen Themen. Kolleg*innen berichten dabei aus ihrer Praxis – über Auseinandersetzungen, Herausforderungen und Erfolge in Betrieben und Einrichtungen.

Der Senat unterstreicht mit diesem Format den Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und würdigte die zentrale Rolle, die sie für Demokratie, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit in Bremen spielen. Bürgermeister Bovenschulte bringt dabei regelmäßig seine Wertschätzung für das gewerkschaftliche Engagement zum Ausdruck – eine Arbeit, die nicht immer bequem, aber unverzichtbar für ein solidarisches Gemeinwesen ist.

Die Redner*innenliste 2024 demonstrierte die Vielfalt der betrieblichen Interessenvertretung. Mitarbeitendenvertreter*innen der Kirchen (MAV), Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung und Beauftragte des Arbeitsschutzes kamen zu Wort.



BRPR-Konferenz Bremen | Foto: Miriam Bömer



Hochschulpolitische Diskussion | Foto: Jelca Kollatsch

Gute Arbeit

(Un-)Gute Arbeit an Hochschule

Flankierend zur Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) veröffentlichte der DGB kurz vor Weihnachten 2024 die »Eckpunkte zum Kodex Gute Arbeit an Hochschulen«. Mit kritischem Blick auf die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen forderte der DGB Niedersachsen mit den Eckpunkten zum Kodex u. a. mehr unbefristete Stellen, eine geringere Teilzeitquote und Karriereperspektiven für die Mitarbeitenden, unterstützt durch professionelle Personalentwicklung. Seit Jahren schon werden unsichere Entwicklungsperspektiven, unfreiwillige Teilzeitarbeit und schwierige Qualifikationsbedingungen bemängelt.

Geschrieben wird der Kodex unter Beteiligung des DGB. Über ein Monitoring mit verbindlichen Kennzahlen soll in den nächsten Jahren das Einhalten der Ziele überprüft werden.



Kooperationsstellen Hochschule und Gewerkschaft 2023 | Foto: M. Bender

KI-Konferenz – Was hat Künstliche Intelligenz mit Guter Arbeit zu tun?

Technologische Innovationen entwickeln sich rasant. Die Konferenz »Mit KI zu guter Arbeit?!« bot ein spannendes Podium für die gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der zentralen Frage: Kann die Künstliche Intelligenz tatsächlich dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu verbessern?

In Halle trafen sich im Oktober 2023 Arbeitnehmer*innen, Arbeitgeber*innen sowie politische Entscheidungsträger*innen und betrachteten den aktuellen Einsatz der KI und ihr Potenzial mit einer Mischung aus Hoffnung und Skepsis.

Den Auftakt machte Prof. Dr. Korinna Bade von der Hochschule Anhalt. Sie zeigte eindrucksvoll auf, was KI heute leisten kann und was nicht. Es folgte Oliver Suchy, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und Gute Arbeit beim DGB-Bundesvorstand, mit einer pointierten gewerkschaftlichen Perspektive. Aus der Praxis berichteten Prof. Dr.-Ing. Hartmut Zadek (Uni Magdeburg) und Dr. Andreas Schwarz von der Technischen Universität Ilmenau, über

automatisiertes Fahren – ein Feld, in dem Automatisierung längst Realität ist.

In einer lebhaften Diskussionsrunde gab es unterschiedliche Stimmen zu einem verantwortungsvollen Einsatz von KI im Sinne der Beschäftigten. In allen Beiträgen wurde deutlich, dass KI nicht nur als Werkzeug zur Effizienzsteigerung dient, sondern auch zu einer gerechteren Verteilung von Ressourcen und Chancen in der Arbeitswelt beitragen kann.

Veranstaltet wurde die Konferenz vom DGB Sachsen-Anhalt und der DGB-Region Halle-Dessau in Kooperation mit dem Zukunftszentrum Digitale Arbeit Sachsen-Anhalt und Arbeit und Leben sowie dem DGB-Projekt »Revierwende« Büro Halle, gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.



Oliver Suchy auf der KI Konferenz 2023 |
Foto: Steigleder

Mehr Fachkräfte durch gute Arbeit und Chancen für alle

Der DGB Niedersachsen legt ein umfassendes Papier mit eigenen Vorschlägen in der Fachkräftedebatte vor: »Fachkräftesicherung? Nur mit Guter Arbeit!« | Das Rezept gegen Fachkräftemangel? Alle, die arbeiten, müssen das eben noch mehr Stunden pro Woche tun, später in Rente gehen und zusätzlich müssen noch mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben werden. So fordern es jedenfalls viele Politiker*innen. Der DGB kritisiert die oft vereinfachte und verkürzte Diskussion über das Thema und fordert stattdessen einen differenzierten Blick und eine ganze Reihe von Maßnahmen, die ineinander greifen müssen, um den Fachkräftemangel zu lindern. Der DGB Niedersachsen hat dazu im Januar 2024 ein umfassendes Papier mit eigenen Vorschlägen veröffentlicht: »Fachkräftesicherung? Nur mit guter Arbeit!« Dazu gehören faire und gerechte Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und gute Ausbildung. Denn einerseits kommen heute tatsächlich auf 100 freie Stellen nur noch rund 150 arbeitslose Fachkräfte, während die Relation vor zehn Jahren eher bei 100 zu 500 lag. Andererseits braucht es einen genauen Blick: Denn während es besonders in der Pflege, in Erziehungs- und Sozialberufen und einigen Berufen des Baugewerbes, des Handwerks und der Industrie tatsächlich zu wenig Fachkräfte gibt, sind etwa in Bereichen wie Büro und Verkauf nach wie vor Fachkräfte arbeitslos.



Überhaupt lenkt der DGB den Blick auch auf die Potenziale der Menschen, die arbeitslos sind. Denn die haben – besonders wenn sie ohne Ausbildung sind – kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und auch viele junge Menschen mit Hauptschulabschluss oder Migrationshintergrund finden keinen Ausbildungsplatz. Rund 17 Prozent der jungen Erwachsenen bleiben in Niedersachsen dauerhaft ohne Berufsausbildung und gehen als potenzielle Fachkräfte verloren. Dagegen schlägt der DGB unter anderem ein Recht auf Weiterbildung auch für Arbeitslose vor, mehr Berufs- und Lebensweltorientierung in den Schulen, eine flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen, die erfassen, wie es mit den Abgänger*innen nach der Schule weitergeht sowie eine Ausbildungsplatzgarantie.

Aber natürlich geht es auch darum, die einmal gewonnenen Fachkräfte zu halten. Der DGB macht deshalb in seinem Papier konkrete Vorschläge für gute Arbeit und Tarifbindung.

Und auch zu der Frage, wie sich die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen und von Menschen mit Migrationsgeschichte verbessern lassen, hat der DGB viele mögliche Antworten. Das umfassende Papier liefert jede Menge Anregungen und differenzierte Perspektiven auf ein wichtiges Zukunftsthema für Wirtschaft wie Arbeitnehmer*innen.



NDR-Interview zum Thema Fachkräfte 2024 | Foto: DGB NDS

Arbeit soll nicht krank machen

Regeln sind gut, Kontrolle ist besser: Bei der Gewerbeaufsicht fehlt es genau daran. Deshalb forderte der DGB mehr Personal für die Arbeitsschutzaufsicht – und war damit erfolgreich | Damit Arbeit nicht krank macht, gibt es Regeln zum Arbeitsschutz. Die nützen aber nichts, wenn niemand kontrolliert, ob sie eingehalten werden. Bundesweit ist die Zahl der Betriebsbesichtigungen in den vergangenen 20 Jahren immer weiter zurückgegangen – es gibt zu wenig Beschäftigte in diesem Bereich. Auch in Niedersachsen hat die Arbeitsschutzaufsicht in den vergangenen zehn Jahren nur halb so viele Betriebe kontrolliert wie früher. Der DGB Niedersachsen hat sich deshalb 2023 dafür eingesetzt, dass bei der Gewerbeaufsicht Personal aufgestockt wird. Denn mit dem momentanen Personal ist die ab 2026 gesetzlich vorgeschriebene Quote, wonach jährlich mindestens fünf Prozent aller Betriebe zu kontrollieren sind, keinesfalls zu erreichen. Aktuell bekommen weniger als drei Prozent der Betriebe Besuch von den Kontrolleur*innen. »Diese Entwicklung ist besorgniserregend, denn am Ende sind die Beschäftigten in den Betrieben die Leidtragenden. Vor diesem Hintergrund brauchen wir dringend eine Trendwende«, forderte Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Niedersachsen.

Und immerhin: Die Forderung war erfolgreich, das Land hat trotz angespannter Haushaltsslage für 2024 weitere acht Stellen bewilligt.

Am Ende sind
die Beschäftigten
in den Betrieben
die Leidtragenden



Die Forderung war erfolgreich,
das Land hat trotz angespannter
Haushaltsslage für 2024 weitere
acht Stellen bewilligt.



Transformationsbeirat 2024 | Foto: DGB NDS/M. Bender

Transformation

Chancen für Gute Arbeit und soziale Gestaltung in der Energiewende

Studie: Niedersachsens Nordwesten als Energie-drehscheibe mit Zukunft Über die wirtschaftlichen Folgen der Energiewende wird viel diskutiert, aber welche sozialen Auswirkungen hat sie? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Studie »Sozial-ökologische Transformation der Energiewirtschaft in der Nordwest-Region« und wirft einen konzentrierten Blick auf die Beschäftigungswirkung.

Der nördliche Teil des Bezirks Weser-Ems gilt als wichtige Energiedrehscheibe Deutschlands. Hier wird Energie erzeugt, verarbeitet und verteilt. In der Energiekrise wurde das Potenzial der Region deutlich. Die Studie betrachtet die Perspektiven zur Transformation von Arbeitnehmer*innen, Interessensvertretungen und Gewerkschaften in der Region. »Strukturwandel muss und kann sozial gestaltet werden, wenn der Beschäftigungsabbau in den fossilen Bereichen sozialverträglich stattfindet und

die Beschäftigungsbedarfe in der nachhaltigen Energiewirtschaft mit einer hohen Beschäftigungsqualität bzw. Guter Arbeit attraktiv werden«, erläuterte Dorothee Koch, Geschäftsführerin der DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland.

Die Studienergebnisse zeigen auch, dass der Transformationsprozess eine regional- und strukturpolitische Flankierung braucht. Autor der Studie, Prof. Dr. Ulrich Scheele (ARSU GmbH) forderte somit eine »aktive« Transformation, die Arbeitsmarkt-, Energie- und Klimapolitik strategisch langfristig verzahnt,

auch branchenübergreifend. Statt Wettbewerb in der Wirtschaft und zwischen Städten und Kreisen bräuchte es Kooperation, Qualifizierung und soziale Sicherung, so Scheele.

Erstellt wurde die Studie zur Beschäftigungswirkung in Partnerschaft mit der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit, der DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland, der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften der Universität Oldenburg und Arbeit und Leben Niedersachsen mit Daten bis zum Anfang des Jahres 2023.



Transformationslotsen 2023, Bornemann Gewindetechnik | Foto: DGB NDS/M. Bender



Norddeutsche Industriepolitik: für den Standort und die Umwelt

2025 legten DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und DGB-Bezirk Nord nach und veröffentlichten, wiederum gemeinsam, die Studie »Industriepolitik in der sozial-ökologischen Transformation Norddeutschlands«. Die Autor*innen aus den Bereichen der Makro-, Arbeits-, Regional- und Transformationsökonomie sowie der öffentlichen Finanzen schlagen dafür einen »Zukunftsplan für Norddeutschland« vor, der konkrete Ansatzpunkte für eine gemeinsame Strategie der fünf Länder umfasst. Ihre Forderung: Der Wandel hin zu einer klimaneutralen Industrieproduktion sollte nicht einfach dem Markt überlassen bleiben, sondern aktiv gestaltet werden. Denn mit politischer Unterstützung könnte Norddeutschland mit seinen Standortvorteilen wie etwa viel grüner Energie, riesigen Speichermöglichkeiten, mit seinen qualifizierten Beschäftigten und einer großen Import- und Hafeninfrastruktur im internationalen Wettbewerb um die zukunftsreichsten Technologien punkten.

Dafür solle die Politik beispielsweise jährlich 7,5 Mrd. Euro für öffentliche Klimainvestitionen und die Förderung privater Investitionen in den norddeutschen

Bundesländern ausgeben. Denn nur mit erneuerbarer Energie aus Norddeutschland und mit einem zügigen Netzausbau könnte die Energiewende gelingen. Die Bundesregierung müsse dafür die Netzentgelte, die Umlagen und die Stromsteuer senken. Im Rahmen von sozialpartnerschaftlichen Branchenallianzen müssten zudem branchenspezifische Stufenpläne entlang der vielfältigen Handlungsfelder zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes aufgestellt werden. Dabei sollten Arbeitnehmervertreter*innen mit den Arbeitgebern darüber beraten, was die Unternehmen konkret an industrie-politischen Maßnahmen benötigten, um die klimapolitischen Ziele zu erreichen und gleichzeitig den Industriestandort Norddeutschland zu stärken.

Der DGB erinnerte in der Studie außerdem daran, dass sich besonders in Krisen und Umbruchzeiten immer wieder gezeigt habe, wie wertvoll Mitbestimmung und die Aushandlung von branchenspezifischen Tarifverträgen durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sind. Dies sollten sich die norddeutschen Länder auch angesichts der aktuellen Herausforderungen zunutze machen, um den

Wandel demokratisch und gerecht für alle zu gestalten.

In beiden Studien macht der DGB deutlich: Norddeutschland braucht eine gemeinsame Industriestrategie für einen erfolgreichen Wandel – um die Chancen zusammen nutzen zu können.



Das gilt übrigens auch für die Wasserstoffwirtschaft. Auch die hat in Niedersachsen wegen der schon erwähnten Standortvorteile ein besonders großes Potenzial. In einer im Herbst 2025 publizierten Studie stellt der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt dar, welche Effekte der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft auf den Wirtschaftsstandort Niedersachsen hat. Die Studie wurde von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, Kooperationspartner waren das Niedersächsische Wasserstoff-Netzwerk, Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit und das Netzwerk der Kooperationsstellen Hochschulen und Gewerkschaften in Niedersachsen.

**PeTra steht für
»Perspektive Transformation
im Handwerk«**

**PeTra verbindet verschiedene
Perspektiven zur Zukunft des
Handwerks**

Gemeinsam sprechen das Bundeswirtschaftsministerium, der Zentralverband des Deutschen Handwerks und der DGB über Themen wie Energiewende, Digitalisierung, Fachkräftemangel und die Rolle der Selbstverwaltung. Wo der Schuh drückt, wissen die, die den Schuh tragen, am besten. Ziel von PeTra ist, gemeinsam mit den Beschäftigten im Handwerk über die Herausforderungen der Zukunft zu sprechen, konkrete Bedarfe zu erfassen und diese direkt in den zentralen Dialog zu geben.

Transformationslotsen führen den Wandel

**Das sozialpartnerschaftliche Projekt von
DGB Niedersachsen und den Unternehmerverbänden
Niedersachsen bleibt bundesweit einzigartig und hält
Vorbildcharakter.**

Beschäftigte werden mit geförderten Qualifizierungen als »Transformationslotsen« fit gemacht für den digitalen Strukturwandel in der Wirtschaft. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung

bei der Firma Bornemann Gewindetechnik, dem weltweit führenden Hersteller von Gewindeteilen, würdigte Andrea Nahles, Vorsitzende der Agentur für Arbeit, die Idee als Leuchtturmpunkt.



Transformationslotsen 2023, Bornemann Gewindetechnik | Foto: DGB NDS/M. Bender

»Zwischen Fachkräftemangel und Transformation«

Transformation und Fachkräftemangel sind die künftigen Herausforderungen im Handwerk.

Das gemeinsam erstellte Positionspapier für die IG Metall benennt fünf Aufgaben, um die Zukunft zu meistern:

- | | | | | |
|---|--|---|---|--|
| 1. Attraktivität
der Ausbildung
steigern | 2. Fachkräfte
gewinnen
und binden | 3. Tarifliche
Rahmen-
bedingungen
anpassen | 4. Transformation zur
Klimaneutralität
aktiv gestalten | 5. Gute Arbeits-
bedingungen
schaffen |
|---|--|---|---|--|

Im Dialog zur Revierwende

Gute Arbeit, ein zukunftsicherer Umbau der Energieregion und die Einbindung der Menschen vor Ort – das sind die Maßstäbe für einen erfolgreichen Strukturwandel. Mit dem Projekt Revierwende, initiiert von der DGB-Bundesebene, sollen diese Maßstäbe im Zuge des Kohleausstiegs sozial gerecht umgesetzt werden. Das Projekt arbeitet auch in Sachsen-Anhalt erfolgreich.

In der Transformation sind die Gewerkschaften die gestaltende Kraft. Die Revierwende informiert, berät und vernetzt Beschäftigte und ihre Vertretungen mit unterschiedlichsten Akteur*innen aus Kommunen und Landespolitik sowie Projekten. Ein zentrales Format für diesen Austausch sind die jährlichen Revierwendekonferenzen im Mitteldeutschen Revier, an denen rund 150 Menschen teilnehmen.

Die erste Revierwendekonferenz 2022 in Hohenmölsen fand unter besonderen Vorzeichen statt: Während die Planung der Revierwende begann, verschärfte sich zugleich die Energiekrise. Im Zentrum



Auftakt Revierwende 2022 | Foto: M. Bender

Thema in den Mittelpunkt: Jugend, Aus- und Weiterbildung. Es wurde nicht über, sondern mit jungen Menschen diskutiert: Was brauchen sie, um ihre Zukunft in der Region zu sehen? Wie müssen Ausbildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur gestaltet sein, damit das Revier auch für die nächste Generation attraktiv bleibt?

der Diskussion stand die Frage, wie Gute Arbeit auch in Zeiten des Wandels gesichert und neue Perspektiven für die Region geschaffen werden können. Zugleich schwang die Unsicherheit mit, welche Rolle die Kohle im Zuge der Energieknappheit weiterhin spielen würde.

Die Themen der Konferenzen kommen direkt aus den Betrieben. Wie sieht die Revierwende aus Perspektive der Belegschaften aus? Welche Auswirkungen hat der Strukturwandel und um welche Themen sorgen sich die Menschen in der Region besonders?

So rückte bei der zweiten Revierwendekonferenz 2023 in Böhlen ein neues

Neben Diskussionen sind Qualifizierungsangebote ein wichtiger Bestandteil der Konferenzen. In Workshops erhalten Betriebsräte*innen und andere Teilnehmende Impulse, wie sie den vielschichtigen Herausforderungen des Wandels gestärkt begegnen können. In Böhlen standen unter anderem die Wasserstoffwirtschaft und die Digitalisierung der Arbeitswelt im Fokus.

Gute Arbeit heißt auch, den Arbeitsplatz gut erreichen zu können. Ganz bewusst wählen die Veranstaltenden Konferenzorte im strukturschwachen ländlichen Raum. In Zeitz ging es in der dritten Revierwendekonferenz im Jahr 2024 um den Öffentlichen Personennahverkehr. Als Leuchtturmprojekt wurde die geplante S-Bahn-Verbindung Leipzig-Zeitz-Gera fokussiert. In einem offenen, demokratischen Dialog sprachen Vertreter*innen der Deutschen Bahn gemeinsam mit Politik aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über vernetzte Infrastruktur. Kluge Verkehrsanbindungen sind entscheidend, sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Lebensqualität im Revier.

Die engagierte Arbeit wurde belohnt und das Projekt Revierwende wird für weitere vier Jahre fortgesetzt.

Transformationsgespräche

Die Gesprächsreihe der DGB-Region Niedersachsen-Mitte zur sozial-ökologischen Transformation dient als Plattform für den Austausch zwischen Gewerkschaften, Politik, Wissenschaften und Umweltaktivist*innen.



Im Jahr 2023 standen die Themen »Fachkräfte- sicherung in der sozial-ökologischen Transformation«, »Wie kann die Wärmewende gelingen?« und »Verantwortung in globalen Lieferketten«. Zu ökologischer Nachhaltigkeit diskutierten Gewerkschafter*innen mit Umweltaktivist*innen. ■



Revierwendekonferenz Zeitz 2024 | Foto: Martin Bender



4. Revierwendekonferenz Pegau, 1. April 2025 | Foto: Stefan Thielicke

Der Norden geht gemeinsam

Beim Energiekonvent entwickelte der DGB zusammen mit den norddeutschen Landesregierungen und Unternehmen Positionen für eine gute Energiewende | Wie lässt sich der norddeutsche Industriestandort vor dem Hintergrund der Energiekrise sichern? Und wie gelingt es, die Energiewende sozial, wirtschaftlich und ökologisch verantwortungsvoll zu gestalten? Um diese Fragen ging es 2023 beim Energiekonvent der gemeinsamen Konferenz Norddeutschland (KND) mit den norddeutschen Gewerkschaften und dem Unternehmerkuratorium Nord (UKN). In der KND arbeiten die Regierungschefinnen und die Regierungschefs der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen, um ihre gemeinsamen Interessen zu entwickeln und zu koordinieren. Regelmäßig treffen sie sich dabei auch mit Vertreter*innen von Gewerkschaften und Unternehmen.

Bei dem Energiekonvent haben die Regierungschef*innen der norddeutschen Länder, die Spitzen der norddeutschen Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern und Unternehmensverbände gemeinsame Positionen zur Energiezukunft Norddeutschlands entwickelt und veröffentlicht. Darin

haben sie unter anderem den Bund aufgefordert, zugesagte Investitionen in die Energiewirtschaft und in die klimaneutrale Transformation der deutschen Industrie einzuhalten.

Norddeutschland hat aufgrund seiner Häfen und der Nähe zum Meer und damit zu grünem Strom gute Voraussetzungen, eine beispielgebende Modellregion zu werden, in der eine zuverlässige, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung mit guten Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherung einhergeht. Um die norddeutsche Dynamik – im Sinne der ganzen Bundesrepublik – fortführen zu können, müssten allerdings die Rahmenbedingungen optimiert und eine Reihe von weiteren Schritten in den Bereichen Energieversorgung, Industriepolitik und Fachkräftegewinnung unternommen werden.

Mit den gemeinsamen Positionen bekräftigten Gewerkschaften und Wirtschaft ihren Willen, den Strukturwandel im Norden aktiv mitzugestalten – im Sinne einer nachhaltigen und sozial gerechten Energiezukunft. Und der DGB macht einmal mehr deutlich: Die Gewerkschaften sind auch beim Thema industrielle Transformation wichtige Triebfedern.



Grün schrumpfen oder grün wachsen

Gewerkschaftlicher Talk

Die Alte Mensa in Göttingen ist rappelvoll. Im »Gewerkschaftlichen Talk« am 31.01.2024 konfrontierte Wirtschaftsjournalistin und Autorin Ulrike Herrmann Dr. Mehrdad Payandeh, den Vorsitzenden des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, mit ihrer These: »Wenn wir komplett auf grüne Energie umstellen, wird sie knapp und teuer sein. Grünes

Wachstum ist eine Illusion, es geht um grünes Schrumpfen.« Im Hintergrund stand die Frage, wie sich Kapitalismus in Zeiten der globalen Klimakrise sozial gerecht verändern lässt. Payandeh widersprach ihrer These und entgegnete: »Um grüne Energie zu produzieren, brauchen wir sehr viele Investitionen. Das schafft Beschäftigung und Wachstum.«

Gewerkschaftlicher Talk
Göttingen 2024 |
Foto: Christoph Lokotsch-Schmidt

Erfolgreiche Regionalentwicklung braucht soziale Innovationen

Gipfeltreffen »Soziale Innovation« 2024 | Einen Startschuss für die Förderung weiterer »Sozialer Innovationen« in Niedersachsen gab es am 9. Dezember 2024. Auf einem Treffen mit Spitzenvertreter*innen von Gewerkschaft, Unternehmerverband und der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen übergab die Ministerin für Regionale Entwicklung, Wiebke Osigus, Förderbescheide aus dem vom Europäischen Sozialfonds (ESF+) geförderten Programm »Soziale Innovation« für Projekte, die im Jahr 2025 gestartet wurden.

Damit geht das Förderprogramm in die vierte Runde. »Soziale Innovationen sind Wegbereiter für die gesellschaftliche Transformation der unmittelbaren Zukunft«, erklärte Dr. Mehrdad Payandeh auf der Veranstaltung. Benedikt Hüppe von den Unternehmerverbänden Niedersachsen ergänzte: »Technische Lösungen allein reichen nicht aus – soziale Innovationen sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Transformation.«

Das Programm, das seit 2015 läuft, fördert Kommunen und soziale Einrichtungen bei der Entwicklung neuer Ansätze, um aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Die Richtlinie wird dabei sozialpartnerschaftlich durch die drei Stellen für Soziale Innovation des Deutschen Gewerkschaftsbundes Niedersachsen, des Unternehmerverbands sowie der Freien Wohlfahrtspflege begleitet. Ziel ist es, Veränderungen aktiv zu gestalten und die Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.



Soziale Innovation 2023,
Jury-Laudatio der Preisverleihung |
Foto: M. Bender



Soziale Innovation, Gewinnerteam und Juroren 2023 | Foto: M. Bender

Impulse geben und Themen auf den Punkt bringen

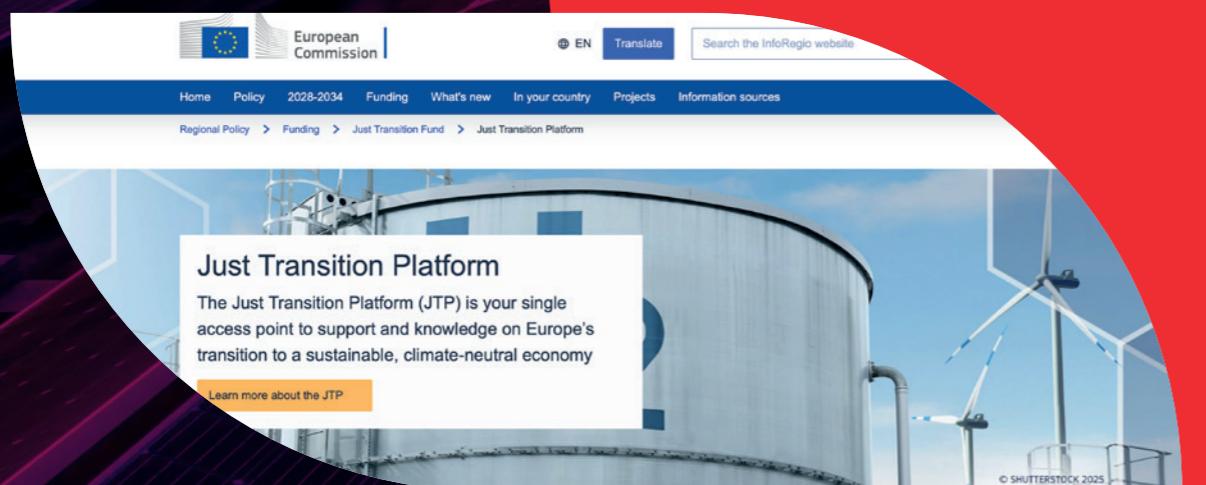
Die Reihe »Gerechter Wandel« befasst sich mit Themen für eine sozial-ökologische Transformation. | »Gerechter Wandel« – oder auch »Just Transition« – definiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als ein politisches Konzept für einen klimaneutralen, resilienten und sozial gerechten Strukturwandel in unserer Gesellschaft. Ökologische, ökonomische und soziale Herausforderungen sollen gleichwertig berücksichtigt werden. Vulnerable Bevölkerungsgruppen sollen geschützt werden, niemand darf zurückgelassen werden, weder Einzelpersonen noch ganze Regionen oder zukünftige Generationen. Just Transition ist ein riesiger Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Auch im DGB-Bezirk gibt es dazu umfangreiche gewerkschaftliche Aktivitäten, die auf der »Just Transition Platform« der EU als Best Practice dargestellt und gewürdigt wurden.

Die gewerkschaftliche Sicht auf den Gerechten Wandel zeigt sich in der gleichnamigen Reihe, die seit 2022 für Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt erscheint. Mit Impulspapieren und Fachbeiträgen möchte der DGB Lösungsansätze aufzeigen und politische Debatten um die großen Fragen zur Transformation aktiv mitgestalten. Es geht um Dekarbonisierung, Digitalisierung, Globalisierung.

Die Reihe erscheint in zwei verschiedenen Formaten. Die ausführliche Version »Gerechter Wandel – Impulspapier« für

Leser*innen mit Expertise soll zur innergewerkschaftlichen Diskussion anregen. In der zweiten Version »Gerechter Wandel – Auf den Punkt« werden die Themen zur Transformation kürzer behandelt und sind auch ohne Vorwissen gut verständlich.

Am Start der Reihe steht das Thema Wasserstoff als ein wichtiger Rohstoff für die Chemieindustrie und in der Stahlerzeugung. Welche Rolle wird der grüne Wasserstoff im Energiesystem spielen, was muss an Infrastruktur geschaffen werden und wie ist der Bedarf an Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sind nur einige von vielen Fragen, die in den Beiträgen diskutiert werden. Ein weiteres Thema im Format »Auf den Punkt« ist das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Die Gewerkschaften haben sich lange für faire Lieferketten stark gemacht. Nun ist es erforderlich, die Umsetzung kritisch zu begleiten und über Rechte und Pflichten aufzuklären. ■



Website »Just Transition Platform«, September 2025 |
https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/just-transition-fund_en

Just Transition ist ein riesiger Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Auch im DGB-Bezirk gibt es dazu umfangreiche gewerkschaftliche Aktivitäten, die auf der »Just Transition Platform« der EU als Best Practice dargestellt und gewürdigt wurden.



Essaywettbewerb »Transformation ist weiblich« | Foto: blachura_photography

Frauen in der Arbeitswelt

Der Wandel ist weiblich

Essaywettbewerb zu Geschlechterperspektiven auf die ökologische Transformation | In Studien ist nachgewiesen: Frauen legen mehr Wert auf Umweltbelange als Männer und sie engagieren sich auch stärker dafür. Gründen sie Unternehmen, implementieren sie häufiger als ihre männlichen Kollegen Ziele innerhalb ihres Geschäftsmodells, die einen Beitrag zu den Zielen der Green Economy leisten. Und auch im Privaten entscheiden Frauen sich häufiger für umweltfreundliche Produkte und Mobilität als Männer – und weil sie immer noch den Großteil der häuslichen Arbeit schultern, oft für die ganze Familie mit.

Frauen sind also wichtige Treiberinnen, wenn es um den Wandel hin zu einer umweltfreundlicheren Welt geht. Die Wissenschaftlerin Nina Heiting bezeichnet sie in ihrem Essay als »Change Agents«, die für die Energiewende dringend gebraucht werden. »Keine Mauerblümchen: Frauen als Change Agents für eine gelungene Energiewende sichtbar machen!« ist der

Titel ihres Beitrags, mit dem sie 2024 den ersten Preis in dem Essaywettbewerb »Transformation ist weiblich – Geschlechterperspektiven auf die Dekarbonisierung in Niedersachsen« gewonnen hat.

Der DGB Niedersachsen und die Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit hatten den Wettbewerb ausgerichtet, um ein Thema in den Mittelpunkt zu rücken, das bislang kaum beachtet ist. Denn wir wissen einerseits, dass die Klimakrise Geschlechterungleichheiten auf Grundlage stereotyper Geschlechterrollen und struktureller Diskriminierung eher noch verstärken. Über die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten ist jedoch wenig bekannt. Es fehlt an einer geschlechtsspezifischen Perspektive auf Dekarbonisierung, Klimawandel, Arbeitswelt und Teilhabe.

Mit dem Essaywettbewerb, für den Anka Dobslaw, die niedersächsische Umweltstaatssekretärin die

Schirmherrschaft übernommen hatte, fragten DGB und Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit Studierende, junge Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen nach ihren Gedanken und Ideen zu Fragen wie: Welchen Einfluss haben Klimaschutzmaßnahmen auf das Erwerbs- und Alltagsleben von Frauen in Niedersachsen? Welche Rolle spielen geschlechtsspezifische Aspekte im Zuge von Dekarbonisierungsprozessen am niedersächsischen Arbeitsmarkt? Und wie gestalten sich Beteiligung, Mitbestimmung und/oder Förderung von Frauen in politischen und betrieblichen Transformationsprojekten in Niedersachsen?

Herausgekommen sind Essays mit vielen Gedanken und Ideen zu der Frage, wie sich die ökologische Transformation aktiv und geschlechtergerecht gestalten ließe. Mit der Preisverleihung und der Veröffentlichung der Texte ist nun eine wichtige Diskussion eröffnet.



Preisverleihung »Transformation ist weiblich« | Foto: blachura_photography



Begrüßung »Transformation ist weiblich« | Foto: blachura_photography



Equal Pay Day: Ungleich auf vielen Ebenen

Frauen schultern mehr Care Arbeit und verdienen weniger: DGB macht auf Gender Pay Gap und andere Ungerechtigkeiten aufmerksam | Im Jahr 2022 fiel der Equal Pay Day auf den 7. März. Das bedeutet, dass Frauen bis zu diesem Tag rechnerisch unbezahlt gearbeitet haben. In Niedersachsen betrug der Gender Pay Gap – die geschlechtsspezifische Lohnlücke – 19 Prozent, Frauen verdienten durchschnittlich über 4 Euro brutto pro Stunde weniger als Männer. Darauf hat der DGB Niedersachsen aufmerksam gemacht und in Bezug auf den Gender Pay Gap proklamiert: »Jeder Cent ist einer zu viel!« In einer mit 100 Teilnehmenden sehr gut besuchten Online-Veranstaltung des DGB zum Equal Pay Day gab es zudem am 9.3. unter dem Titel »Ungleich auf vielen Ebenen. Was braucht es für einen Equal Pay für alle Frauen?« reichlich Informationen und Austausch.

In mehreren Vorträgen ging es dabei beispielsweise um die verschiedenen Aspekte der Ungerechtigkeit – nicht nur zwischen den Geschlechtern und in Bezug auf Geld. Denn neben ungleicher Bezahlung von Frauen und Männern gibt es auch einen »Migrant Pay Gap«, einen »Gender Care Gap« und als Folge von dem »Gender Pay Gap« im Alter auch einen »Gender Pension Gap«. Auf all diese Themen wird der DGB nicht müde, Jahr für Jahr hinzuweisen und engagiert sich deshalb auch im niedersächsischen Equal-Pay-Day-Bündnis, bei dem neben Gewerkschaften auch verschiedene Verbänden, Stiftungen und Institutionen mitmachen.

alle Bilder dieser Seite: DGB Frauenkonferenz 2025 | alle Fotos dieser Seite: Franziska Gili



Frauenarbeit über drei Generationen in drei Epochen

Themenwoche zur Ausstellung »Frauenarbeit / Frauennalltag / Frauenrechte« | Acht Brandenburgerinnen zeigten Gesicht in der F2_Eventgalerie von Halle in der Ausstellung »Frauenarbeit – Frauennalltag – Frauenrechte«. Sie sind oder waren Gewerkschafterinnen und Betriebsrätiinnen und berichteten von ihren Erfahrungen aus 60 Jahren Arbeit: in der DDR, nach der Wende und in der Gegenwart. Dabei ging es um Themen, die an Aktualität bis heute nichts verloren haben. Es ging um den Erhalt von Arbeitsplätzen, bessere Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Arbeitszeiten und um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Kuratiert wurde die Ausstellung im November 2022 von der DGB-Region Halle-Dessau in Kooperation mit dem Projekt Revierwende. Die begleitende Lesung und ein Erzählsalon regten zum Dialog zwischen Frauen verschiedener Generationen aus Ost und West an.



Demo Equal Care Day | Foto: Familienbüro TU

Frauen stärken Frauen – Mentoring-Programm

Alle zwei Jahre startet in Bremen ein Mentoring-Programm für Betriebs- und Personalrättinnen. | In Tandems treffen sich jeweils erfahrene Kolleginnen mit neu gewählten Frauen und begleiten diese durch das erste Jahr im Ehrenamt. »Wie kann ich meine Position und Geschlechterrolle nutzen, um mich erfolgreich für Kolleginnen bei frauenspezifischen Themen und Herausforderungen einzusetzen?«, ist eine zentrale Frage im Coachingprozess. Dabei geht es neben der inhaltlichen Ebene vor allem auch um wertvolle Tipps und Erfahrungen im strategisch-taktischen und kommunikationspsychologischen Bereich. Für die Arbeit in der männerdominierten Welt der Personalrats-, Betriebsrats- und Mitarbeitervertretungsarbeit soll die Weitergabe von Erfahrung und Wissen den Rücken der neuen Ehrenamtlerinnen stärken.

Das Matching der Tandems übernehmen die Organisatorinnen: Wer passt zu wem? Wer bringt welche Perspektive ein? Wer kann von wem am meisten lernen? Die eigentliche Arbeit im Tandem gestalten die

Mentees ganz nach ihren individuellen Bedürfnissen – regelmäßige Treffen, spontane Beratung oder gemeinsames Reflektieren, jedes Duo findet seinen eigenen Weg. Auch für die Mentorinnen ist das Programm attraktiv. Viele von ihnen waren vorher selbst in der Rolle des Mentees und geben gern weiter, was sie selbst einmal erfahren durften. Gleichzeitig erleben sie Empowerment in einem bereichern den Netzwerk.

Getragen wird das Projekt von ver.di, IG Metall, Arbeit und Leben, der Arbeitnehmerkammer und dem DGB Bremen. Es ist bundesweit einzigartig und wirkt über Landesgrenzen hinaus. Der letzte Programm-Durchlauf begann mit einer Auftaktveranstaltung im August 2024. Im Februar 2025 gab die Feedbackrunde den Tandems neue Impulse. Auf der Abschlussveranstaltung im Juni 2025 wurde das Programm ausgewertet und ein Blick in die Zukunft geworfen. Im Sommer 2026 starten starke Frauen eine neue Mentoring-Runde.



Betriebsrättinnen-Mentoring Bremen | Foto: DGB Bremen/Isabelle Ruth

WandelMacherinnen. Für eine geschlechtergerechte und grüne Zukunft!

Wie können Frauen von den Mitteln profitieren, die in den klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Industrie fließen? Welche Fähigkeiten, die traditionell weiblich konnotiert sind, können dabei an Bedeutung gewinnen? | Während beim Umbau eines Stahlwerks oft männerdominierte Berufe im Fokus stehen, stellt sich hier die Frage: Wie kann die Dienstleistungsbranche, in der überwiegend Frauen beschäftigt sind, von Förderprogrammen profitieren? Für den vierten Gleichstellungsbericht wünschte sich Prof. Dr. Silke Bothfeld Antworten aus einer gewerkschaftlichen Sicht und bekam wertvollen Input auf dem ersten Treffen der WandelMacherinnen, von Frauen aus der Bremer Stadtgesellschaft, die im Bereich Arbeit und Wirtschaft tätig sind.

Die gelungene Veranstaltung im Februar 2024 mit mehr als 30 Gästinnen wurde im November mit ungefähr 70 Gästinnen fortgesetzt und soll zu einer regelmäßig stattfindenden Reihe ausgebaut werden. Ziel der Veranstalterinnen von DGB Bremen, Arbeitnehmerkammer und Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) ist es, die WandelMacherInnen zu einer festen Plattform für Austausch, Sichtbarkeit und Zukunftsgestaltung zu etablieren. Beim nächsten Treffen im Jahr 2025 steht das Thema Netzwerken im Mittelpunkt.



Parlamentischer Abend »Wandel ist weiblich« | Foto: J. Kollatsch

Frauenpolitik in Barcamp und auf Leinwand

Zwei weitere Veranstaltungen befassten sich mit einer geschlechtergerechteren (Arbeits-)Welt. | Anlässlich des Equal Pay Day diskutierten Teilnehmende am 2. März 2024 im Mitmachformat »Barcamp Equal Pay – Geschlechtergerechte Arbeitswelt 5.0« in selbst gestalteten Workshops über faire Bezahlung, Chancengleichheit und die Zukunft der weiblichen Arbeitswelt. Impulse lieferte Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja mit Forschungsergebnissen zu geschlechtspezifischer Ungleichheit.

Der mit dem DGB-Filmpreis prämierte Film »Elaha« ist eine psychologische Reise zur Emanzipation. Thematisiert ist der Konflikt einer jungen Frau zwischen Selbstbestimmung und patriarchalen Zwängen. Die Regisseurin Milena Aboyan war zur Vorführung am 6. März in Hannover dabei. Im gemeinsamen Filmgespräch mit Naciye Celebi-Bektaş, Projektleiterin des DGB-Projektes »Netzwerk Migrantinnen und Arbeitsmarkt«, wurden Fragen rund um sexuelle Selbstbestimmung, Migrantinnen in der Arbeitswelt, kurdische Identität und biografische Erfahrungen von Frauen besprochen.



Migrantinnen-Forum NeMiA-Netzwerk

Sichtbarkeit und Chancen für Migrantinnen in der Arbeitswelt

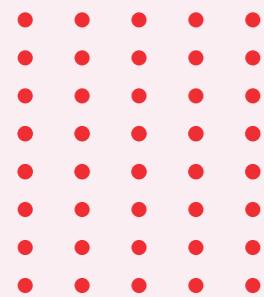
Das NeMiA-Netzwerk in Niedersachsen setzt sich für die berufliche Integration und Förderung von Frauen mit Migrationsgeschichte ein. Ziel ist es, ihre Einstiegs- und Aufstiegschancen in der Arbeitswelt zu verbessern – unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad oder Branche. Denn noch immer sind viele Migrantinnen benachteiligt und unterqualifiziert beschäftigt: Ob in pflegenden Berufen oder mit doppeltem Doktortitel. Strukturelle Benachteiligungen wie zum Beispiel komplizierte und langwierige Anerkennungsverfahren verhindern den Zugang zu angemessener Beschäftigung.

NeMiA will Stärken stärken: »Meine Migrationsbiografie ist meine Zusatzkompetenz« titelt der Flyer des Netzwerk-Projektes. »Denn Leben ist Vielfalt und Unterschiede in der Arbeitswelt sollten wir als Erfolgschancen und nicht als Defizite verstehen«, erklärt Gründerin Naciye Celebi-Bektaş.

»Mein Akzent ist mein Markenzeichen«, hat eine Vortragende mal gesagt. Das finde ich klug: die eigenen herkunftsbedingten Merkmale zur Marke machen, statt sie zu verstecken. Das ist die Haltung, mit der wir die Teilnehmerinnen im NeMiA-Migrantinnen-Forum stärken wollen. Und das gelingt: Viele Frauen verlassen die Treffen mit gestärktem Selbstbewusstsein und einem aufrechteren Gang.«

Das Netzwerk wird sicher bis Ende 2026 gefördert, eine Weiterfinanzierung wird im Sommer 2026 beantragt. Denn die Arbeit von NeMiA ist nicht nur notwendig, sondern auch wirksam.





Tarifbindung

Bremen stärkt Tariftreue

Während Sachsen-Anhalt das Gesetz zur Tariftreue aushöhlt, stärkt Bremen seine Wirkkraft. | Im Dezember 2022 hat die Bremische Bürgerschaft das Tariftreue- und Vergabegesetz novelliert. Seine Gültigkeit wurde auf alle öffentlichen Bau- und Dienstleistungs-aufträge erweitert, unabhängig vom Auftragswert. Als absolute Lohnuntergrenze gilt der Landesmindestlohn. Damit hat Bremen das weitreichendste Tariftreue- und Vergabegesetz bundesweit. ▀

Tariftreue stärken – faire Arbeit sichern

Wo öffentliche Aufträge vergeben werden, sollen die Menschen, die die Arbeit erledigen, nicht zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen. | Im Tariftreue- und Vergabegesetz ist geregelt, dass nur noch solche Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zum Zug kommen, die ihren Beschäftigten Tariflohn zahlen. So werden Firmen, die fair entlohen, vor Unterbietungswettbewerb geschützt.

Immer mehr Bundesländer führen solche Regelungen ein. In Sachsen-Anhalt hat der Landtag im Dezember 2022 das Vergabegesetz um volle Tariftreue und einen Vergabemindestlohn ergänzt und damit eine zentrale gewerkschaftliche Forderung erfüllt. Aber leider ist dieser Erfolg gefährdet.

Im September 2025 wurde gegen gewerkschaftlichen Widerstand eine Änderung des Gesetzes verabschiedet, die seinen Wirkungsbereich einschränkt. Dazu erklärte DGB-Landesleiterin Susanne Wiedemeyer in einer Pressemitteilung: »Mit der Gesetzesänderung wird das Tariftreue- und Vergabegesetz zur reinen Mogelpackung. Die Landesregierung nutzt alle Möglichkeiten, um das Tariftreue- und Vergabegesetz auszuhöhlen.«

Die Schwellenwerte zur Anwendung des Gesetzes wurden derart geändert, dass Auftragsvergaben im Verkehrsbereich und bauliche Großprojekte gar nicht mehr erfasst werden. Kontrollen, ob wirklich Tarif oder der Vergabemindestlohn gezahlt werden, sind zukünftig freiwillig. Überhaupt soll nur noch der Auftragnehmer selbst kontrolliert werden, nicht aber die Nachunternehmer, ohne die kein Großprojekt realisiert werden kann. Und für den Fall, dass doch einmal ein Verstoß gegen die Vertragsbedingungen auffliegt, wurden die Sanktionen reduziert.

Dabei hält sich der bürokratische Mehraufwand für eine Tariftreueerklärung in Grenzen. Mit dem neuen digitalen Tariftreue-Portal sind Informationen für Vergabestellen und Auftragnehmer einfach und schnell zugänglich. Zudem erhalten Kommunen für den Mehraufwand bei der Bearbeitung von Vergabefahren eine Erstattung.

Die Gesetzesänderung ist befristet bis Ende 2028. Mit der Landtagswahl im September 2026 gilt es, die Tariftreuregelung wieder zu voller Wirksamkeit zu bringen. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen mit Tariftreue und Guter Arbeit vergeben werden! Kein Dumping durch öffentliche Aufträge!

Niedersachsen weitet Tariftreue aus

Auch in Niedersachsen soll künftig die Tariftreue gestärkt werden. | Bisher war die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur im Personenverkehr an Tarifverträge gekoppelt. Nach dem aktuellen Gesetzesentwurf der Landesregierung sollen Tariflöhne bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zukünftig über Rechtsverordnungen zum Standard werden. Die Ausweitung der Tariftreue ist eine zentrale Forderung des DGB Niedersachsen, der sich umfassend in die Debatte um das Tariftreue- und Vergabegesetz eingeschaltet hat.

Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB Niedersachsen, erläutert den Weg bis zum aktuellen Gesetzesentwurf: »In vielen Gesprächen hat sich gezeigt, dass es in Niedersachsen einen gemeinsamen Willen für eine bessere Regelung gibt. Auch wenn dafür Kompromisse nötig waren. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf ist eine praktikable und unbürokratische Regelung, die eine Entlohnung nach Tarif zum Standard macht. Das kommt vielen Beschäftigten zugute, die dann mehr Geld in der Tasche haben werden. Auch die Unternehmen profitieren von einem fairen Wettbewerb und müssen sich nicht in ihrem Preiskampf unterbieten. Wichtig ist, dass die Novelle des Gesetzes nun auch zügig, in dieser Form und ohne weitere Ausnahmen im Landtag verabschiedet wird.«





Frittenkampagne Frittenmobil 2024 | Foto: DGB Niedersachsen/M.Bender

Fritten und Tarifvertrag

Pommes rot-weiß und reichhaltige Informationen zu den Vorteilen von Tarifverträgen. | Mit dem Frittenmobil, das die Bundesbund für die Kampagne »Eintreten für die #Tarifwende« entwickelt hatte, tourten Gewerkschafter*innen durch die Regionen und machten Halt vor Firmen in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt, um mit Beschäftigten über die Vorteile von Tarifbindung ins Gespräch zu kommen.

In Morgen zum Beispiel gaben DGB und IG Metall gemeinsam eine Runde Fritten aus. Pünktlich zu Mittagspause und Schichtwechsel gab es für die Beschäftigten der Firma Piller Gelegenheit zum Austausch über den Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Tarifbindung. Seit einigen Jahren ist das Unternehmen nach einem Wechsel in der Geschäftsführung nicht mehr tarifgebunden – zum großen Bedauern der Beschäftigten. Diese wünschen bessere Verhandlungschancen für kürzere Arbeitszeiten und höhere Entlohnung und mehr Sicherheit durch einen Tarifvertrag: Mit Tarifvertrag ist mehr für dich drin!

Seine Premiere hatte das Frittenmobil jedoch am 1. Mai 2024. Da fand die bundesweite Hauptkundgebung des DGB in Hannover statt und die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi verteilte Fritten an das geneigte Publikum. Immer mit der Frage: »Mit oder ohne Tarifvertrag?« Getreu dem Kampagnen-Slogan ist nicht nur in der Lohn-, sondern auch in der Pomestüte mehr drin.

Das Frittenmobil ist Teil der Kampagne »Eintreten für die #Tarifwende«. Die Tarifbindung in Niedersachsen sinkt seit Jahren und liegt derzeit bei 46 Prozent, in Sachsen-Anhalt sind es 49 Prozent und in Bremen zahlen 53 Prozent der Unternehmen nach Tarif. Mit der Kampagne will der DGB die Tarifwende hin zu einer höheren Tarifbindung einleiten.



Streikvorbereitung mit Frittenmobil 2025, Calvörde | Foto: DGB-Martin Mandel



Frittenmobil Tarifwende 2025, Bremerhaven | Foto: Sinem Kayabasi



Frittenmobil in Göttingen | Foto: DGB Niedersachsen/M.Bender



Frittenmobil bei SWM Magdeburg 2025 | Foto: Martin Mandel





Kampagne »Auf eine Tasse mit« | Foto: @squirrelandnutsgmbh Instagram

Mit Tarif hast du mehr in der Tasse

spotlight

»Auf eine Tasse mit« heißt das Angebot, das der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt als Teil der bundesweiten Kampagne zur Tarifwende entwickelt hat. »Wir wollten ein Tool finden, das unkompliziert und gleichzeitig verbindend ist«, erklärt Nicole Martens (Interne Organisation, Kreis- und Stadtverbände). »Unser Vorbild war das Frittenmobil, das hier im Bezirk ganz erfolgreich im Einsatz ist. Auf der Suche nach etwas, dass spontaner, flexibler und vielfältiger einsetzbar ist, haben wir die Tasse gefunden. »Auf eine Tasse mit« ist eine attraktive, niedrigschwellige Ergänzung, die leicht einsetzbar ist. Egal ob Keramiktasse oder Pappbecher, egal ob Kaffee oder Tee – uns ist wichtig, dass die Tarifwende im Gespräch bleibt.«

Die »Tasse« kam bereits zu unterschiedlichsten Gelegenheiten zum Einsatz: In Osterode (Region Südniedersachsen-Harz) gab es im Februar 2025 Kartoffelsuppe aus der Tasse. Unter dem Motto »Beschäftigte machen Druck, Politik ist am Zug« gingen Betriebs- und Personalräte sowie Kolleg*innen aus den regionalen Betrieben ins Gespräch mit Kandidat*innen der demokratischen Parteien und diskutierten zentrale Zukunftsfragen. Die Beschäftigten nutzten die Gelegenheit, ihre Forderungen klar zu benennen und machten deutlich, dass gute Arbeitsbedingungen nur mit Tarifbindung und starker Mitbestimmung möglich sind. ■

»Auf eine Tasse mit ... Janina Böttger«, der Bundestagsabgeordnete der Linken, verabredete sich Karsten Priedemann, Geschäftsführer der Region Halle-Dessau. Neben der Tarifwende sprachen sie über gesetzlichen Mindestlohn, das Arbeitszeitgesetz und die Lage am regionalen Arbeitsmarkt.

Und auch auf den Inseln kamen die Tassen zum Einsatz. Auf Norderney, Borkum und Langeoog in der DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland gab es im Juli 2025 kreative Aktionen mit Infoständen sowie Gesprächen mit lokalen Politiker*innen. Im Format »Auf eine Tasse mit« haben die Gewerkschafter*innen zur Hochsaison den Fokus auf die Arbeitsbedingungen in Gastronomie und Hotellerie gelegt. Ihre Botschaft: »Wer arbeitet, muss auch leben und wohnen können. Gute Arbeit braucht Tarifverträge.«

Zur Unterstützung des Engagements für die Tarifwende stellt der Bezirk allen Organisator*innen neben Keramiktassen und Pappbechern (Aufschrift »Mit Tarifvertrag hast du mehr in der Tasse«) auch Aufsteller zur Verfügung, die ihre Aktionen anschaulich begleiten. ■



Tariftreue stärken – faire Arbeit sichern

Spotlight

Wo öffentliche Aufträge vergeben werden, sollen die Arbeiter*innen und Arbeiter, die das erledigen, nicht zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen. | Im Tariftreue- und Vergabegesetz ist geregelt, dass nur noch solche Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zum Zug kommen, die ihren Beschäftigten Tariflohn zahlen. Diese Regelungen sind ein starker Hebel, da sie Firmen, die fair entlohen, vor dem Unterbietungswettbewerb schützen.

Immer mehr Bundesländer führen solche Regelungen ein. In Sachsen-Anhalt hat der Landtag im Dezember 2022 das Vergabegesetz um volle Tariftreue und einen Vergabemindestlohn ergänzt und damit eine zentrale gewerkschaftliche Forderung erfüllt.

Um Vergabeverfahren zu vereinfachen, sind Aufträge mit geringem Volumen unterhalb der sogenannten Schwellenwerte von den Regelungen ausgenommen. Für die Tariftreue ist es entscheidend, dass diese Schwellenwerte nicht zu hoch liegen.

Im Frühjahr 2025 plante die Koalition drastische Veränderungen bei den Schwellenwerten zu erhöhen. Dazu erklärte DGB-Landesleiterin Susanne Wiedemeyer in einer Pressemitteilung: »Mit der Gesetzesänderung wird das Tariftreue- und Vergabegesetz zur reinen Mopelpackung. Die Landesregierung nutzt alle Möglichkeiten, um das Tariftreue- und Vergabegesetz auszuhöhlen: Die Schwellenwerte zur Anwendung des Gesetzes

werden derart geändert, dass Auftragsvergaben im Verkehrsbereich und bauliche Großprojekte gar nicht mehr erfasst werden. Kontrollen, ob wirklich Tarif oder der Vergabemindestlohn gezahlt werden, sind freiwillig. Überhaupt soll nur noch der Auftragnehmer selbst kontrolliert werden, nicht aber die Nachunternehmer, ohne die kein Großprojekt realisiert werden kann. Und für den Fall, dass doch einmal ein Verstoß gegen die Vertragsbedingungen auffliegt, schraubt man noch die Sanktionen herunter.«

Dabei hält sich der bürokratische Mehraufwand für eine Tariftreueerklärung in Grenzen. Mit dem neuen digitalen Tariftreue-Portal sind Informationen für Verabestellen und Auftragnehmer einfach und schnell zugänglich. Zudem erhalten Kommunen für den Mehraufwand bei der Bearbeitung von Vergabefahren eine Erstattung.

Mit Spannung erwartet der DGB Sachsen-Anhalt die nächsten Entwicklungen und das Ergebnis der Landtagswahlen im Jahr 2026. Neue Perspektiven könnte es nach Ende der Gesetzeslaufzeit im Jahr 2028 geben. ▀



ÖD-Kampagne »Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch«, Bremen | Foto: DGB BSAG

Öffentlicher Dienst

Bremen:

»Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch«

Für mehr Respekt: Bremer Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst zeigen Gesicht auf einem Bremer Bus – Bremer DGB beteiligt sich an bundesweiter Kampagne | Sie arbeiten bei der Polizei, bei der Feuerwehr, im Krankenhaus oder als Fahrausweisprüferin bei der Bremer Straßenbahn AG (BSAG). Und sie zeigen Gesicht: Zwei Jahre lang war in Bremen ein Gelenkbus mit den Porträts von fünf Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst plakatiert und mahnte großflächig: »Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch«. Eine Selbstverständlichkeit – und doch nicht: Denn zwei Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben schon Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe erlebt, während sie ihren Dienst für die Gesellschaft versahen. Der DGB Bremen hat sich deshalb an der bundesweiten Kampagne für mehr Respekt gegenüber den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes beteiligt. In Kooperation mit der BSAG ist dafür ein eigenes Motiv mit Bremer Kolleg*innen entstanden, mit dem der Gelenkbus von 2021 bis 2023 auf verschiedenen Linien in der Stadt unterwegs war.

Zum Auftakt gab es außerdem eine zentrale Veranstaltung in der Bremer Innenstadt, bei der DGB, ver.di und BSAG die Kampagne vorstellten und forderten, was auch auf den Bus plakatiert war: »Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privaten Sektor beenden!«

Teil der Kampagne war zudem eine Ausstellung, die auf ihrer zwei Jahre dauernden Tour durch Deutschland auch in mehreren Bremer Betrieben und dem DGB-Haus in der Hansestadt Station machte.



ÖD-Kampagne »Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch«, Hannover Hbf | Foto: DGB NDS/M.Bender

Niedersachsen:

»Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch«

Im Rahmen der bundesweiten DGB-Kampagne gegen Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst setzt auch der DGB in Niedersachsen kraftvolle Zeichen. Mit verschiedenen Initiativen engagieren sich Gewerkschafter*innen für mehr Schutz, mehr Anerkennung und ein respektvollereres Miteinander.

Ein zentrales politisches Signal setzte der DGB-Bezirk im Juli 2023, als er im Namen aller Mitgliedsgewerkschaften eine Stellungnahme zur CDU-Initiative »Mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst« verfasste.

Bei einer Anhörung im Innenausschuss des niedersächsischen Landtags am 31. August 2023 forderte der DGB gemeinsam mit seinen Mitgliedsgewerkschaften ver.di und GdP einen Aktionsplan gegen Gewalt gegen alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Denn nicht nur Einsatzkräfte sind betroffen – auch Beschäftigte in Verwaltungen, Jobcentern, im ÖPNV,

in Bädern, Krankenhäusern oder Ordnungsämtern sind regelmäßig verbalen und physischen Übergriffen ausgesetzt.

Zudem hat der DGB eine gemeinsame Grundsatz-Erklärung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zu Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes initiiert.

Für alle sichtbar wurde die Kampagne im September 2025 am Hauptbahnhof Hannover. Drei Kampagnenmotive zeigten auf verschiedenen Werbeflächen die Gesichter von Sophie, Moritz und Michael. Die drei stehen stellvertretend für alle Kolleg*innen im öffentlichen Dienst.

Im Jobcenter Hannover klärte eine Ausstellung mit 32 verschiedene Motiven – mit Zahlen, Daten, Fakten und Hintergrundinformationen über verbale und körperliche Übergriffe und deren Folgen auf. Das Jobcenter ist ein Ort, wo Beschäftigte oft mit Gewalt konfrontiert sind.

ÖD-Kampagne »Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch«, Hannover Hbf | Foto: DGB NDS/M.Bender



Freie Wahl bei der Krankenversicherung

Seit Februar 2024 ist es endlich so weit: Niedersachsen führt die pauschale Beihilfe ein. | Beamtinnen und Beamte können nun frei wählen, ob sie sich privat oder gesetzlich krankenversichern möchten, ohne finanzielle Nachteile. Die Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben damit eine wichtige Reform auf den Weg gebracht, die der DGB seit Jahren gefordert hatte. Sie stärkt die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber und hilft, Fachkräfte zu gewinnen.

Gute Zukunft für den öffentlichen Dienst

Beamtenforum | Unzureichende Wertschätzung, hohe Arbeitsbelastung, Gewalt gegen Beschäftigte und schlechte Bezahlung. Das waren die Themen die beim DGB-Beamtenforum 2022 zwischen Gewerkschafter*innen und Politiker*innen im Vorfeld der Landtagswahlen von Niedersachsen diskutiert wurden.

Nach zweieinhalb Jahren rot-grüner Regierungsarbeit zog der DGB im Juni 2025 Bilanz. Die gewerkschaftliche Forderung nach einer Pauschalen Beihilfe wurde umgesetzt, ein Erfolg für die Lehrkräfte ist die Eingruppierung in A/E 13, Beamt*innen werden Bildungsurlaub nutzen können und das Niedersächsische Gleichstellungsgesetz kommt. Was bleibt, ist die Dauerbaustelle der Besoldung von Beamt*innen.



Beamtenforum 2022 | Foto: DGB NDS/M.Bender



DGB-Aktion zur Haushaltksklausur der Landesregierung Niedersachsen | Foto: Heiko Stumpe

Poesie und Politik

»Wir alle sind dem Bundesland Niedersachsen zuge-
tan – doch mit Vernunft und Sachverstand brauchen
wir 'nen Zukunftsplan!« | Mit Poesie forderte der DGB
bei der Haushaltksklausur 2025 der Landesregierung
einen Zukunftsplan für Niedersachsen. Poetry Slam-
mer Tobias Kunze brachte das Anliegen humorvoll,
aber mit ernster Botschaft vor Ministerpräsident Olaf
Lies und dem Kabinett auf den Punkt. Auf Bannern
zeigten die Gewerkschafter*innen ihr zentrales Anlie-
gen: »Zukunft für Niedersachsen!« Gefordert wurden
eine klare Strategie für den Industriestandort, gute
Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und eine
starke Infrastruktur für alle.

Die Aktion zur Haushaltksklausur hat Tradition. Jedes Jahr setzen DGB und Mitglieds-gewerkschaften ein gemeinsames Thema auf die Agenda und sorgen so regelmäßig für öffentliche Aufmerksamkeit.

In den vorigen Jahren waren alle Aktionen auf The-
men des Öffentlichen Dienstes fokussiert. Seit 2025
sind nun alle gewerkschaftlichen Bereiche vertreten.
Im Jahr 2024 stellten die Aktiven unter dem Motto
»Baustellen Niedersachsen – Investitionen für Ge-
nerationen« marode Gebäude an den Pranger und
forderten Renovierung und Restaurierung von Poli-
zeistationen, Krankenhäusern, Schulen und Univer-
sitäten. Im Jahr davor stand auf den Bannern der
Gewerkschafter*innen »Fachkräftemangel? Fach-
kräftesicherung!« auf den Bannern der Gewerk-
schaftler*innen. Ver.di, GEW, GÖD und DGB forderten
damit bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeit-
nehmenden im öffentlichen Dienst.

1. Mai 2022



Braunschweig | Foto: Peter Frank



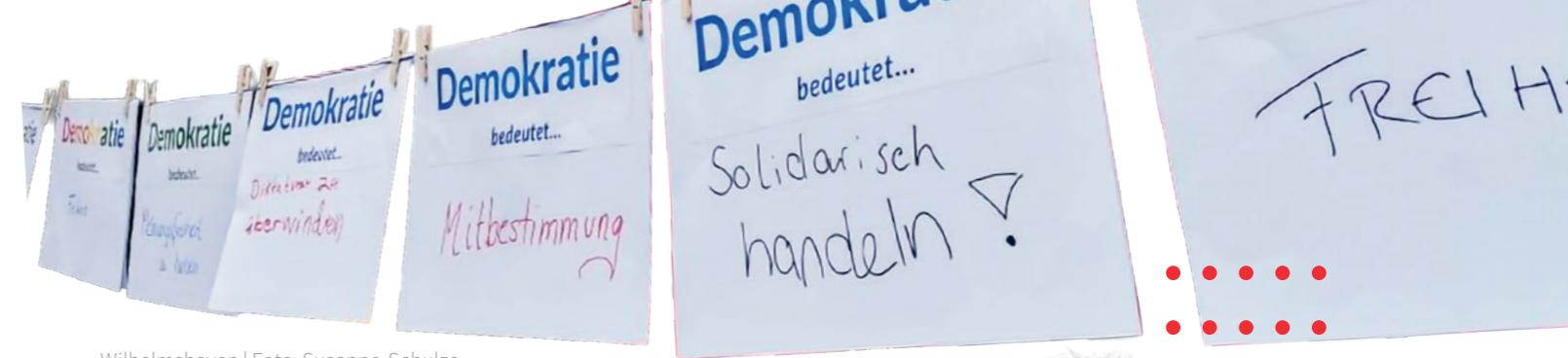
Halle | Foto: Christine Dose



Halle | Foto: Christine Dose



Bernburg | Foto: DGB-Region ABH



Wilhelmshaven | Foto: Susanne Schulze

**Das Motto zum
Tag der Arbeit 2022
lautete:
»GeMAInsam Zukunft
gestalten.«**



Wilhelmshaven | Foto: Susanne Schulze



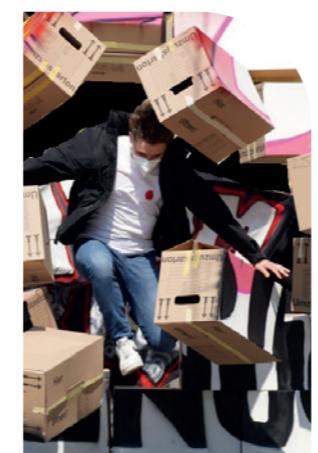
Halle | Foto: Christine Dose



Bremen | Foto: Michael Winter



DGB



Halle | Foto: Pauline Ampler



Braunschweig | Foto: Peter Frank

1. Mai 2023

Maibanner aufhängen am DGB-Haus Hannover | Foto: DGB NDS/M. Bender



Helmstedt | Foto: Michael Kleber



Halle | Foto: Chrisitne Dose



ÖA - Pressekonferenz | Foto: DGB NDS/M. Bender



Kundgebung
Salzgitter | Foto: IGM SZ

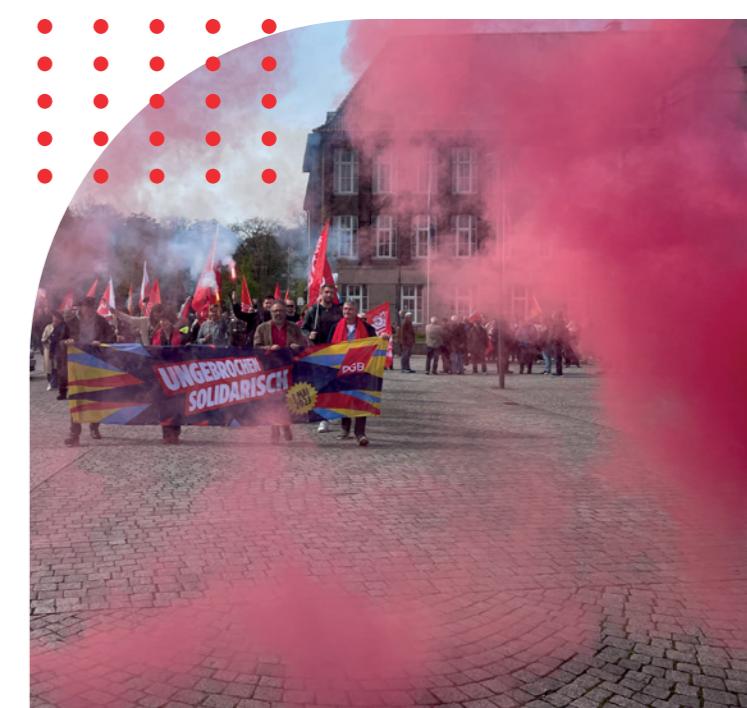


Salzgitter | Foto: IGM SZ

Delmenhorst | Foto: Christian Altkirch



Magdeburg | Foto: Martin Mandel



Delmenhorst | Foto: Christian Altkirch



Familienfest Darrigsdorf | Foto: Heiko Jordan



Cuxhaven |
Foto: Silke Tietje



Wolfsburg | Foto: IGM WOB

1. Mai 2024

2024 stand
der 1. Mai unter
dem Motto
»Mehr Lohn.
Mehr Freizeit.
Mehr Sicherheit.«

Halle | Foto: Pauline Ampler



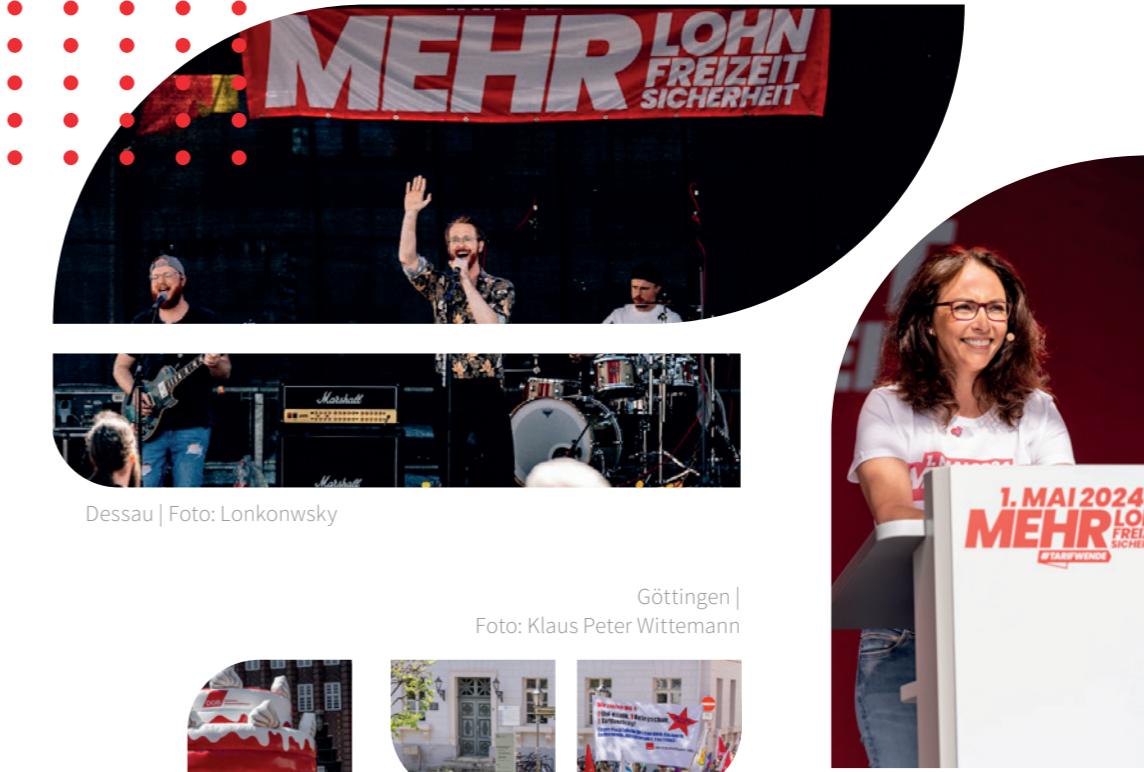
Dessau-Roßlau | Foto: Martin Mandel



Auftakt, Bremen | Foto: Antalia Westkämper



Bremen | Foto: Miriam Bömer



Dessau | Foto: Lonkonwsky

Göttingen |
Foto: Klaus Peter Wittemann

Hannover



Hannover



Hannover

Varel | Foto: Frank-Holthusen



Aufhängen des Maibanners |
Foto: DGB NDS/M. Bender

1. Mai 2025

Das Motto des 1. Mai 2025 war mit „Mach Dich stark mit uns“ identisch mit dem Motto zur Bundestagswahl 2025.

Peine | Foto: IGM/Jan Laging



Celle | Foto: Jürgen Elendt



Göttingen



Lüneburg | Foto: Matthias Richter-Steinke



Bremen | Foto: Hergen Deuther



Göttingen | Foto Daniel Hornburg



Wolfsburg | Foto: C. Beinlich

Celle und Lüneburg



Hannover | Foto: Oliver Fleck



KAPITEL 2

GUTES LEBEN



Bildung

Bildung beginnt schon bei den Kleinsten, und hört im Erwachsenenalter nicht auf.

Mehr und bessere Kitas

Bremer Kitagipfel gegen die Krise | Viele Erzieher*innen, die ihre Jobs so unattraktiv finden, dass sie den Beruf verlassen, Kolleg*innen, die zwar bleiben, aber mit den Bedingungen absolut unzufrieden sind und Eltern, die für ihre Kinder keine Kitaplätze finden: In Bremen läuft es nicht rund in Sachen Kindertagesbetreuung. 2023 haben deshalb die zuständige Senatorin für Kinder und Bildung, der DGB und die Universität Bremen gemeinsam den 1. Kitagipfel veranstaltet. Zwei Tage lang tauschten sich rund 500 Personen aus Politik, Wissenschaft und Behörden, Trägervertreter*innen, Kita-Leitungen, Fachkräfte, Eltern und Gewerkschafter*innen in Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden darüber aus, wie Kinderbetreuung und fröhkindliche Bildung für alle Beteiligten qualitativ hochwertig und gerecht organisiert werden kann. Es ging um nicht weniger als eine Quadratur des Kreises: Wie lassen sich schnell mehr Kitaplätze schaffen und trotzdem hohe Standards gewährleisten? Wie kann das Personal trotz Fachkräftemangel die dringend erforderliche Entlastung erfahren? Wie lassen sich die Betreuungszeiten ausdehnen, obwohl die Zahl der Kinder zunimmt? Und das alles am besten gleichzeitig und bei nicht gerade gut gefüllten Kassen? In Workshops erarbeiteten die Teilnehmenden – bei denen besonders der DGB darauf geachtet hatte, dass möglichst viele Beschäftigte dabei sind – Lösungsideen zu den Themen »Ausbau von Betreuungsplätzen«, »Fachkräftemangel« und »Qualität«.

Die sind zwar inzwischen längst noch nicht alle umgesetzt, aber der Gipfel war der Auftakt, miteinander ins Gespräch zu kommen, die Probleme in der Praxis in Politik und Öffentlichkeit zu tragen und erste Verbesserungen anzustoßen. So wird in Bremen die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zur/zum Erzieher/

in ausgebaut, bei der von Anfang an praktische und schulische Ausbildung parallel laufen. Der Bremer Senat hat die Gründung einer sogenannten Pilotgesellschaft für Bildungsbau beschlossen, die sich unter anderem um den schnellen Bau von Kitas kümmern soll. Und die Senatorin für Kinder und Bildung hat – zusammen mit der Arbeitnehmerkammer – eine Studie in Auftrag gegeben, für die Erzieher*innen befragt wurden, warum sie so häufig ihren Arbeitsplatz wechseln oder den Beruf sogar ganz verlassen und was nötig wäre, um sie zum Bleiben zu bewegen. Die Ergebnisse werden mit Spannung erwartet.

Streiken für gute Kitas

Damit Erzieher*innen bei den Kindern bleiben: Veranstaltung in Meppen vor der Landtagswahl | Unter dem Motto »Kitas am Limit« versammelten sich am 3. September 2022 rund 100 Teilnehmende auf dem Marktplatz in Meppen – klein und groß, jung und alt. Unzufriedene Erzieher*innen, die den Job oder gar den Beruf schon verlassen haben oder darüber nachdenken, massiver Fachkräftemangel, immer weniger Zeit für die Kinder: Der Druck ist enorm, die Gefahr, dass Gruppen oder Einrichtungen schließen müssen, ist groß. In Meppen waren auch Kandidierende zur Landtagswahl aus den emsländischen Wahlkreisen dem Aufruf der Gewerkschaft ver.di gefolgt. Denn klar ist: Es braucht kurz- mittel- und langfristige politische Strategien, um die Probleme der Kitas zu lösen.

Erzieher*innen entlasten!

Schlaglicht zur Kita-Krise | Berufstätige Eltern, die immer wieder den Job verlassen müssen, weil die Kita das Kind nicht zuverlässig betreuen kann, Erzieher*innen am Rande des Burnouts oder auf dem Absprung in einen neuen Beruf und Kinder, die unter all dem leiden: Das Kita-System ist am Anschlag. In einem Schlaglicht zur Kita-Krise forderte der DGB-Niedersachsen 2024 attraktivere Arbeitsbedingungen in Kitas, um Fachkräfte zu gewinnen und vor allem auch zu halten.

Denn derzeit wechseln viel zu viele Erzieher*innen schon nach kurzer Zeit in andere Jobs oder sogar Berufe. Der DGB forderte von der Landesregierung Niedersachsen deshalb einen verbindlichen Maßnahmenplan. So sollen pädagogische Fachkräfte etwa durch multiprofessionelle Teams, Hauswirtschafts- und Küchenkräfte, Verwaltung und technisches Personal entlastet werden. Ebenso braucht es mehr Verfügungszeiten für Leistungsfunktionen und Vorbereitungen. Eine bezahlte Ausbildung (PiA-Modell) soll zudem die Attraktivität des Berufes erhöhen. Und die vereinbarte dritte Fachkraft in Kita-Gruppen soll überall da, wo sie vorhanden ist, auch schon früher finanziert werden können.



Kita-Aktion Landtagswahl 2022 Meppen | Foto: Daniel Vollbrecht

Studi-Job an der Hochschule?

Nicht die beste Wahl

Schlaglicht zu prekärer Arbeit an den Hochschulen |

Mit einem Schlaglicht hat der DGB Niedersachsen 2021 auf die nicht gerade rosigen Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten an niedersächsischen Hochschulen hingewiesen: Für rund 30 Stunden Arbeit gab es rund 346 Euro monatlich – häufig sogar ohne Vertrag und mit Überstunden. Durchschnittlich 948 Euro hatten niedersächsische Studierende im Monat zur Verfügung – damit galten fast 83 Prozent von ihnen als armutsgefährdet. Der DGB fordert, dass es endlich einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte geben muss.

Gegen ein Comeback der Campus-Maut

Schlaglicht zur Diskussion um die Wiedereinführung von Studiengebühren | Und täglich grüßt das Murmeltier: Nachdem 2005 einige CDU-regierte Bundesländer erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Verbot von Studiengebühren geklagt hatten, wurden sie in vielen Bundesländern eingeführt. Aber sie bewährten sich nicht und wurden deshalb schon wenige Jahre später wieder abgeschafft. Als 2024 die Wirtschaftsweise Veronika Grimm und der CDU-nahe Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) sie nun erneut in die Diskussion brachten, positionierte sich der DGB Niedersachsen deutlich dagegen: »Bildung darf kein Luxus sein!« war der Titel des Schlaglichts zu dem Thema. Die Argumente: Studierende litten ohnehin erheblich unter gestiegenen Kosten – insbesondere für das Wohnen. So kostet ein WG-Zimmer in der Landeshauptstadt Hannover durchschnittlich 445 Euro – die BAföG-Wohnkostenpauschale betrage hingegen nur 380 Euro. Bei den Studiengebühren rangierten zudem die Universitäten in Braunschweig, Göttingen und Hannover im Bundesvergleich ganz oben. Statt Studiengebühren forderte der DGB deshalb mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und eine grundlegende BAföG-Reform für leichtere Zugangsvoraussetzungen und bedarfsdeckende Fördersätze.



Faire Verträge für die Wissenschaft

DGB diskutiert mit Landtagskandidat*innen über Hochschulpolitik |

Seit über 50 Jahren gibt es in Niedersachsen den so genannten »HOPO-AK«, den Arbeitskreis Hochschulpolitik. Darin beobachten, analysieren und begleiten DGBler*innen, Personalräte von niedersächsischen Hochschulen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Student*innen kritisch die Hochschulpolitik des Landes. Im Vorfeld der Landtagswahl 2022 luden sie die hochschulpolitischen Sprecher*innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung ein und machten dabei auch die eigenen Positionen deutlich: Mehr Beteiligung von Mitarbeitenden und Studierenden an den Hochschulen, mehr »Dauerstellen für Daueraufgaben« und weniger Kettenverträge von immer wieder befristeten Stellen.



Mehr Demokratie an den Hochschulen!

DGB legt Positionen zur geplanten Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vor |

Was an niedersächsischen Hochschulen anders werden muss, damit es besser werden kann? Zur Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG), die die Landesregierung für 2025 plant, hat der DGB klare Vorstellungen: Wenn die Hochschulen mehr Autonomie erhalten sollen, dann bitte mit mehr Demokratie! »Unser Ziel ist eine demokratische Hochschule für eine demokratische Gesellschaft«, heißt es in einem von dem Hochschulpolitischen Arbeitskreis (HOPO-AK) des DGB im Dezember 2024 vorgelegten Positionspapier zu der anstehenden Novelle.

Das bedeutet: Mehr Mitspracherechte der Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung sowie der Student*innen bei wichtigen Entscheidungen. Denn wenn die Präsidien mehr Macht bekommen, dann muss das auch für die Gremien gelten, denen das Präsidium der Hochschulen Bericht erstatten muss.

» Das fordern wir schon lange. Aber nur, weil es bislang nicht umgesetzt wurde, ist es ja nicht weniger richtig und wichtig.

sagt Eva Clasen, beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt für Bildungs- und Hochschulpolitik zuständig.

Weitere Forderungen aus dem Positionspapier: Weniger befristete Stellen für dauerhafte Aufgaben, und dass forschende und lehrende Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an den Hochschulen auch unabhängig von ihrer Promotion eine unbefristete Stelle bekommen können. In Bremen und Hamburg gibt es das schon, in Niedersachsen noch nicht. Aber mit dem Positionspapier liegt eine gute Grundlage für Gespräche mit der Landesregierung vor.

Wohnen, Gesundheit und Soziales

Grundstein für gerechtes Wohnen

DGB und Landesarmutskonferenz legen symbolischen Grundstein für Landeswohnungsbau- gesellschaft | Weil Wohnen ein Menschenrecht ist: Am 17. Oktober 2023, dem Weltarmutstag, legten der DGB Niedersachsen und die Landesarmutskonferenz vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover den symbolischen Grundstein für eine gemeinnützige Landeswohnungsgesellschaft – mit Kelle, Mörtel und einer Zeitkapsel, die Forderungen für ein menschen- gerechtes Wohnen enthielt.

Gemeinsam begrüßten sie zudem, dass die rot-grüne Landesregierung in ihrem zuvor verabschiedeten Koalitionsvertrag – endlich – die Gründung einer solchen landeseigenen Gesellschaft beschlossen hatten. Der DGB hatte genau die als ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Wohnungsnot seit vielen Jahren gefordert. Denn in Niedersachsen fehlen rund 100.000 bezahlbare Wohnungen.

Aktion »Huntern oder Frieren« auf der Landesarmutskonferenz 2022 | Foto: DGB NDS



Krankenhäuser leiden chronisch

DGB fordert mehr Investitionen in Kliniken. Die kommen – nicht genug, aber immerhin | Krankenhäuser gelten in Deutschland als chronisch unterfinanziert. Dabei ist die Rechtslage klar: Für Investitionen in Gebäude und Geräte sind die Bundesländer verantwortlich, für Betriebskosten die Krankenkassen. Die Länder aber investieren nicht so viel, wie es für eine gute und moderne Medizin nötig wäre – allein in Niedersachsen geht man von einem Investitionsstau in Höhe von über drei Milliarden Euro aus. Kliniken verschulden sich deshalb oder zweckentfremden Gelder von Versicherten, indem sie Gelder der Kas- sen für Investitionen nutzen. Der DGB kritisiert die zu geringen Investitionen der öffentlichen Hand seit vielen Jahren und hat 2023 eine Investitionsoffensive für Niedersachsen gefordert. Gemeinsam mit Kran- kenkassen, Kommunen und Niedersächsischer Krankenhausgesellschaft appellierten die Gewerkschafter*innen an die Lan- desregierung, die Mittel für die Kliniken deutlich zu erhöhen. Und sie hatten damit Erfolg: Niedersachsen hat sich auf den Weg gemacht, das reguläre In- vestitionsprogramm für die Krankenhäuser deutlich zu erhöhen: Von 120 Mio. Euro im Jahr 2021 auf nun- mehr rund 300 Mio. Euro. Zusätzlich stellt das Land eine Pauschalförderung für Niedersachsens Kliniken im Umfang von jährlich rund 115 Mio. Euro bereit. Der DGB hat diese politischen Entscheidungen aus- drücklich begrüßt, das Land aber auch zum Nachle- gen aufgefordert. Denn selbst mit den zusätzlichen Mitteln werden ab 2025 nur knapp vier Prozent der Gesamtkosten eines Krankenhauses gegenfinan- ziert. Um den Investitionsbedarf kostendeckend zu finanzieren, geht man aber von einer Quote von acht Prozent der Gesamtkosten aus.

Gemeinsam mit Krankenkassen, Kommunen und Niedersächsischer Krankenhausgesellschaft appellierten die Gewerkschafter*innen an die Landesregierung, die Mittel für die Kliniken deutlich zu erhöhen



Investitionsprogramm für Krankenhäuser deutlich erhöht dank DGB Forderung einer Investitionsoffensive

Equal Care Day: Kümmern ist politisch!

Aktionstag in Braunschweig macht Probleme in der professionellen Fürsorge sicht- und hörbar |

Pflege, Bildung, Betreuung: In allen professionellen Fürsorgebereichen fehlt es an Fachkräften, und das stellt die Gesellschaft vor immer größere Probleme. Darauf macht – alle vier Jahre – der Equal Care Day am 29. Februar aufmerksam. Beim Braunschweiger Aktionstag 2024 gab es unter dem Motto »Kümmern ist politisch!« dazu eine Demonstration durch die Innenstadt, eine Kundgebung auf dem Schlossplatz und eine vom DGB moderierte Podiumsdiskussion im Roten Saal.

Neben der DGB-Region SüdOstNiedersachsen hatten die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Braunschweig und die Frauenberatungsstelle zu der Kundgebung aufgerufen, er stand unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters. Viele betroffene Menschen, aber auch Institutionen, Organisationen und Projekte waren an dem Tag dabei, und haben den Sorge-Notstand sicht- und hörbar gemacht.

Nicht an Perspektiven sparen!

DGB verhindert Kürzungen bei Eingliederungsmitteln für Bürgergeldempfänger | Einen Berufsabschluss nachholen, eine spezifische Weiterbildung oder gemeinnützige öffentliche Beschäftigung mit regulärem Arbeitsvertrag: Das sind drei zentrale

Maßnahmen mit denen Menschen, die Bürgergeld erhalten, sich weiter qualifizieren und so fit machen für den Arbeitsmarkt und von denen gleichzeitig die Gesellschaft profitiert. In den vergangenen Jahren hat der DGB gleich mehrmals verhindert, dass an diesen Maßnahmen massiv gespart wird. Denn 2025 und 2024 sollten die »Eingliederungsmittel für Bürgergeldempfänger« jeweils drastisch gekürzt werden. Und das von der Öffentlichkeit weitgehend unberichtet. Denn während über die Höhe des Bürgergeldes öffentlich viel debattiert wird, interessiert sich kaum jemand für diese Leistungen der Jobcenter. »Dabei sind die besonders wichtig, denn es geht um Weiterbildung, um Qualifizierung von Menschen, die oft keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, sich aber vielen offenen Stellen gegenübersehen, die genau das erfordern«, erklärt Lars Niggemeyer, beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt für die Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig. Es geht um Perspektiven, um Chancen, um Lebenszufriedenheit. Um das deutlich zu machen, haben Lars Niggemeyer und Kolleg*innen mehrfach mit den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten gesprochen, sich an öffentlichen Veranstaltungen beteiligt und in zahlreichen Veröffentlichungen immer wieder gefordert, die Gelder nicht zu streichen. Mit Erfolg: 2024 konnten die Kürzungen ganz verhindert werden, für 2025 sind sie immerhin weit weniger dramatisch ausgefallen als zunächst angekündigt.



Equal Care Day Braunschweig 2024 | Foto: Nanni Rietz-Heering

Guter Rat, bevor es teuer wird

Verbraucherzentrale ist wichtiger denn je – DGB hat geholfen, die Finanzierung zu sichern |

Wer hilft, wenn Vermieter*innen eine Heizkostennachzahlung in Höhe von mehreren tausend Euro verlangen? Wenn das eigene Haus fit gemacht werden soll gegen immer weiter steigende Energiekosten? Wenn die Inflation das Leben so teuer macht, dass es sich scheinbar nur noch mit Schulden finanzieren lässt? In allen Fällen ist es in Niedersachsen die Verbraucherzentrale, die hilft. Schuldner- oder Energieberatungen und erste Hilfe bei gehackten Online-Konten sind dabei nur einige der Themen, bei denen der Beratungsbedarf in den vergangenen Jahren massiv gestiegen sind.

Dass die Verbraucherzentrale darauf mit mehr Personal reagieren konnte, ist auch dem DGB Niedersachsen und seinen Mitgliedsgewerkschaften zu verdanken. Denn die haben sich, gemeinsam mit der Verbraucherzentrale, dafür eingesetzt, die Finanzierung zu sichern – und waren dabei erfolgreich. »Die Menschen in Niedersachsen haben auch künftig eine starke Verbraucherzentrale an ihrer Seite. Auch mit dezentralen Beratungsstrukturen in den Kommunen«, sagt Ruben Eick, der für den DGB im Vorstand der Verbraucherzentrale Niedersachsen ist.

Neben dem erhöhten Beratungsbedarf durch weltweite Kriege und Krisen ist die fortschreitende Digitalisierung eine weitere Herausforderung. Und so bietet die Verbraucherzentrale inzwischen immer mehr Beratungen online an und macht sie so für die Ratsuchenden zeitlich und örtlich flexibler. Aber auch bei den Online-Aktivitäten selbst bietet die Verbraucherzentrale Unterstützung. So gibt beispielsweise der Fakeshop-Finder Orientierung, ob ich gerade bei einem seriösen Online-Shop einkaufe oder nicht.

Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen



Vor der Landtagswahl 2022: Positionspapier mit Vorschlägen zur sozialen Erneuerung |

Für bezahlbaren Wohnraum sorgen, Strom- und Gaspreisdeckel einführen, einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose fördern, mit einem landeseigenen Investitionsfonds den Investitionsstau auflösen, mehr Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien legen: Das waren einige der Forderungen zur sozialen Erneuerung, die der DGB 2022 zusammen mit anderen Verbänden und Gewerkschaften im Vorfeld der niedersächsischen Landtagswahl öffentlichkeitswirksam vorstellten. In dem von DGB, dem Paritätischen, der AWO, dem Mieterbund, dem SoVD und der Landesarmutskonferenz zusammen veröffentlichten Positionspapier skizzieren sie ihre Vorstellungen von einem sozialen Niedersachsen, in dem die Politik verhindert, dass Armut und soziale Ausgrenzung sich weiter verfestigen.



DGB-Talk Landtagswahl 2022 | Foto: Jelca Kollatsch

Auf dem Weg zu bezahlbarem Wohnraum

Niedersachsen gründet landeseigene Wohnungsgesellschaft und setzt damit eine Forderung des DGB um.

Na also – geht doch | Viele Jahre lang hatte der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt immer wieder gefordert, das Land Niedersachsen möge eine Landeswohnungsgesellschaft gründen, die bezahlbare Wohnungen für alle schaffen sollte. Die Politik hatte hingegen auf Förderung, Selbstverpflichtungen, Beteuerungen der Wohnungswirtschaft und Appelle gesetzt – doch nichts davon hatte die Krise um das Wohnen verschärft. Dass die rot-grüne Landesregierung 2023 die landeseigene WohnRaum Niedersachsen GmbH gegründet und mit einem Startkapital in Höhe von 100 Millionen Euro ausgestattet hat, sehen die niedersächsischen DGBler*innen deshalb auch und vor allem als Folge ihrer beharrlichen und hartnäckigen Arbeit. Schon 2019 war so eine Landeswohnungsgesellschaft eine der drei Kernforderungen im damals veröffentlichten DGB-Konzept »Schritte aus der Wohnungskrise in Niedersachsen. Bezahlbarer Wohnraum für alle!«. Die zwei anderen zentralen Anliegen: 100.000 neue Sozialwohnungen und das Bekenntnis, öffentliche Baugrundstücke nicht zu verkaufen, sondern zu behalten und mit bezahlbarem Wohnraum zu bebauen.

»Immer mehr Wohnungen fallen aus der Sozialbindung, und es kommen nicht genügend nach. Der Staat gibt also öffentliches Geld für Wohnungen aus, über die er ab einem bestimmten Zeitpunkt gar nicht mehr bestimmen kann. Das ist bei einer Landeswohnungsgesellschaft anders«, erklärt Johannes Grabbe, beim DGB-Bezirk Referent für Wirtschafts-, Umwelt- und Europapolitik.

Einst hatte das Land mit der niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft (NILEG) rund 30.000 Wohnungen besessen, unter anderem in Hannover, Osnabrück und Braunschweig. Doch die verkaufte die schwarz-gelbe Landesregierung unter Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) 2005 für 1,5 Mrd. Euro. Seitdem verschärft sich die Krise um bezahlbaren Wohnraum auch in vielen Regionen Niedersachsens immer weiter. Instrumente wie die Mietpreisbremse helfen, lösen das Problem aber nicht.

2019 hatte der DGB die Forderung nach einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft mit der Hoffnung verbunden, dass diese bis 2030 mindestens 40.000 landeseigene Wohnungen in angespannten Wohnungsmärkten anbieten könnte. Angesichts der

momentanen Krisen, die das Bauen unter anderem wegen hoher Material- und Energiepreise, Zinswende und Fachkräftemangel besonders schwierig und teuer machen, ist dies mittlerweile eine schwer zureichende Zielmarke.

»Es ist trotzdem gut, dass der Fehler, der mit dem Verkauf der NILEG gemacht wurde, nun endlich korrigiert ist. Der Weg ist richtig, und jede bezahlbare Wohnung hilft«, sagt Johannes Grabbe. Im Oktober 2023 legten DGB und Landesarmutskonferenz

am Weltarmutstag vor dem Landtag in Hannover einen symbolischen Grundstein für die Landeswohnungsgesellschaft und wiesen noch einmal darauf hin, dass in Niedersachsen rund 100.000 bezahlbare Wohnungen fehlen.

Die WohnRaum Niedersachsen GmbH soll vorerst nicht als Bauherrin auftreten und auch keine großen Wohnungsbestände aufkaufen, sondern eher helfen, Projekt zu realisieren, die unter den aktuellen Umständen sonst nicht umgesetzt würden. Langfristig soll so mehr Wohnraum entstehen und den Druck auf den niedersächsischen Wohnungsmarkt verringern.

Unfares Vererben

Was bedeutet ungerecht verteiltes Vermögen für die Demokratie? DGB Bremen lud zur Diskussion

Vermögen sind in Deutschland noch ungleicher verteilt als Einkommen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung erben die Hälfte des gesamten Erbvermögens in Deutschland, die ärmeren Hälften geht leer aus. Über diese Ungerechtigkeit und ihre Folgen veranstaltete der DGB Bremen in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer

und der Friedrich-Ebert-Stiftung 2024 eine Diskussionsveranstaltung im Bremer Gewerkschaftshaus. »Reichtum gerecht besteuern: Zusammenhalt sichern« war der Titel, auf dem Podium saßen unter anderem die damalige Staatsministerin beim Bundeskanzler, der Bremer Senator für Finanzen sowie der Sprecher der CDU-Fraktion für

Haushalt in der Bremer Bürgerschaft. Auch dabei: die Erbschaftssteuer-ruhr der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie zeigt an, wieviel uns die Privilegien von Superreichen bei der Erbschaftsteuer in Deutschland seit 2009 kosten.

Kultur

Zum Guten Leben gehört auch die Kultur. Der DGB ist auch in den Bereichen Kino und Theater unterwegs. Mit dem DGB-Filmpreis schon seit einem viertel Jahrhundert.



DGB-Filmpreis Gala 2024, Gewinner »Striking The Palace (Petites Mains)« und »The Riot (Sulis 1907)« | Foto: Rouven Kirchhoff

Filmfest Emden-Norderney

DGB-Filmpreis für Filme, die bewegen | Schon seit über 25 Jahren werden beim Filmfest Emden-Norderney besonders engagierte Spiel- oder Dokumentarfilme mit dem DGB-Filmpreis ausgezeichnet – er ist mit 7000 Euro dotiert. Damit unterstützt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Arbeit von Regisseur*innen, die sich innovativ und unterhaltsam mit sozialkritischen Themen auseinandersetzen. Es soll mittlerweile Filmemacher*innen geben, die bei ihrer Arbeit speziell auf diesen Preis schielen. Etliche Preisträger wurden später sehr bekannte Filme, wie etwa »Systemsprenger«, der in acht Kategorien den Deutschen Filmpreis 2020 gewann.

2024 gab es erstmals in der Geschichte des DGB-Filmpreises gleich zwei Gewinner: Die Zuschauer*innen

gaben sowohl dem Film »Striking The Palace (Petites Mains)«, der einen Blick hinter die Kulissen der scheinbar schönen Welt der Pariser Luxushotellerie und auf den mutigen Arbeitskampf der Reinigungskräfte wirft, wie auch »The Riot (Sulis 1907)« die höchste Wertung. Letzterer erzählt die Geschichte des Kampfes gegen Unterdrückung in einer skandinavischen Bergbaustadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Wie immer, dienen die ausgezeichneten Filme aber nicht nur dem kurzfristigen Filmgenuss, sondern auch der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Der DGB zeigt sie zu entsprechenden Anlässen wieder und sorgt so dafür, dass Menschen über gesellschaftliche relevante Themen miteinander ins Gespräch kommen. ■

Von Mut und seinem Preis

DGB bringt Theaterstück »Der Prozess des Hans Litten« in Magdeburg auf die Bühne

| 1931 stellt der junge Rechtsanwalt Hans Litten in einem Prozess Adolf Hitler bloß. Der vergisst nicht: Kurz nach seiner Machtübernahme 1933 lässt er den Anwalt aus Halle (Saale) verhaften. Fünf Jahre später stirbt Hans Litten im KZ-Dachau.

Das 2014 in London uraufgeführte Theaterstück »Der Prozess des Hans Litten« (Taken at Midnight) erzählt dessen schmerzhafte Reise durch verschiedene Konzentrationslager und den Kampf seiner Mutter um sein Leben.

Um das Andenken an den mutigen Anwalt aus Sachsen-Anhalt zu bewahren, haben die vom DGB getragene Einrichtung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung Arbeit & Leben Sachsen-Anhalt und das Pauken & Poeten Theater Magdeburg das Stück neu inszeniert und es 2024 in der Gedenkstätte am Moritzplatz Magdeburg aufgeführt – unterstützt vom DGB Sachsen-Anhalt und der DGB-Region Altmark-Börde-Harz, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt sowie dem Kloster Bergesche Stiftung und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.



»Der Prozess des Hans Litten«, Ein Theaterstück von Mark Hayhurst | Foto: Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt

Antonio Gramsci,
Anfang der
1920er-Jahre |
Foto: Wikimedia
Commons

Ideen von gestern für heute

In Braunschweig bewahren die Gramsci-Tage den italienischen Denker vor dem Vergessen

Wie bildet die Gesellschaft sich eigentlich ihre Meinung? Wie entsteht die Mehrheit, die ein Gesellschaftsbild bestimmt, und was ist Hegemonie? Zu Fragen wie diesen hat der italienische Kommunist Antonio Gramsci sich in den 1920er und 30er Jahren Gedanken gemacht, die unter anderem in seinen 32 »Gefängnisheften« veröffentlicht wurden. In Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks sind sie aktueller denn je. In Braunschweig veranstalten die DGB-Region SüdOstNiedersachsen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Bezirksverband Braunschweig, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V. und Einzelpersonen gemeinsam seit 2007 die »Gramsci-Tage«. Sie dienen dazu, die Ideen des Philosophen und politischen Denkers zu bewahren und ins Heute zu übertragen. 2023 ging es dabei in Workshops, Diskussionen und Vorträgen um das Thema »Der Kapitalismus an den Kippunkten. Von Natur und Gesellschaftsperspektiven für einen nachhaltigen Sozialismus«.

»Letztens auf der Arbeit« Geschichten von arbeitenden Frauen

In einer Schreibwerkstatt von DGB und Klassenbuch Verlag spüren Frauen ihre Geschichten auf und schreiben sie auf. Am Ende wird ein Buch daraus.

Da ist Rita, die ihre Stelle verliert, weil sie nach der Geburt ihres zweiten Kindes nicht direkt wieder einsteigen will. Und Sahra, die sich beim Chef über ihren übergriffigen Vorgesetzten beschwert und dafür gefeuert wird. Da ist Eva, die sich darüber wundert, dass der gleichzeitig mit ihr eingestellte Klaus schon drei Stufen höher auf der Karriereleiter ist als sie und Mia, die irgendwie dafür zuständig ist, die Kaffeemaschine im Büro sauber zu machen, obwohl sie selber momentan gar keinen Kaffee trinkt.

Seitdem sie schwanger ist, ekelt sie sich davor. Es merkt nur niemand.

In dem vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und dem Klassenbuch Verlag herausgegebenen Buch »Letztens auf der Arbeit – Kurzgeschichten von Frauen« erzählen acht Autorinnen aus ihrem Arbeitsleben. Ihre Geschichten sind 2023 in der von DGB und Klassenbuch Verlag veranstalteten Schreibwerkstatt »Frauen in der Arbeitswelt« entstanden. Die Idee dabei: »Geschichten von Arbeiterinnen handeln oft davon, wie die Frauen sich »hocharbeiten« und so die Arbeiterklasse verlassen. Dabei haben sie so viel zu erzählen«, erklärt Merle Mangels vom DGB Niedersachsen. Gemeinsam spürten die Workshop-Teilnehmerinnen ihre eigenen Geschichten auf, teilten sie miteinander und schrieben sie auf.

In ihren eigenen Worten erzählen sie, wie es sich anfühlt, gegen die gläserne Decke zu stoßen, aber auch, wie es ist, sich zu wehren und Erfolg zu haben. Sie machen damit oft beschriebene Phänomene lebendig. Ergänzt werden die Geschichten durch elf gewerkschaftliche Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen – denn natürlich hat der DGB Ideen dazu, wie sich die beschriebenen Probleme lösen ließen.

Am 8. März 2024 – am Internationalen Frauentag – stellten die Frauen das Buch schließlich mit einer Lesung der Öffentlichkeit vor. Und sie stießen damit auf große Resonanz: Medien berichteten, und mittlerweile ist das Buch in der zweiten Auflage erschienen und schon wieder fast vergriffen. Und das Modell macht Schule: Ähnliche Schreibwerkstätten sollen nun auch in anderen DGB-Regionen laufen.

Mittlerweile ist das Buch in der zweiten Auflage erschienen und schon wieder fast vergriffen.



Buchrelease
»Letztens auf der Arbeit«,
Schreibworkshop 2024 |
Foto: Merle Mangels



Pendler-aktionstage



Pendleraktion Stendal 2024 | Foto: DGB-Region ABH

Pendleraktionstag 2024 Uslar | Foto: Jürgen Budzinsky



Pendleraktion Tarifwende 2024 Peine | Foto: DGB SON



Pendleraktionstag Mindestlohn 2022 | Foto: DGB NDS/ M.Bender



Pendleraktionstag Halle 2024 | Foto: C. Dose



Pendleraktion 2024



Pendleraktion Oscherleben 2021 | Foto: DGB-Region ABH



Pendleraktion 2024



Pendleraktion Gifhorn 2022 | Foto: Boris Jügle



Pendleraktion 2024





KAPITEL 3

VIELFALT UND DEMOKRATIE



Mehrwert Gleichstellung

Geld und Ressourcen sind in der Wirtschaft und Arbeitswelt immer noch ungleich verteilt. Die DGB-Frauen kämpfen auf vielen Feldern um Gleichstellung.

Der Wandel ist weiblich. Das ist nicht nur ein wichtiges DGB-Motto bei der Transformation der Arbeitswelt. Es gilt weit darüber hinaus. | Um die Gleichstellung und Rolle von Frauen weiterhin zu stärken, haben Frauen eine eigene Struktur im DGB. Und darin waren sie in den vergangenen vier Jahren auf vielen Spielfeldern sehr aktiv.

Zentral waren die Bezirksfrauenkonferenzen, die alle vier Jahre organisiert werden, zuletzt am 17. Mai 2025 in Hannover. Es ist die höchste beschlussfassende Konferenz der Frauen im Bezirk, in der auch Leitlinien der künftigen Gleichstellungspolitik festgelegt werden.

40 DGB-Delegierte waren bei der Konferenz 2025 in Hannover, mit Gästen zusammen an die 90 Teilnehmende. Das Motto der Konferenz lautete: Mehrwert Gleichstellung. Das sollte vor allem aufzeigen, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik noch mehr geschlechtergerecht gestaltet werden muss – Geld und Ressourcen sind immer noch ungleich verteilt. Zum Mehrwert Gleichstellung hat die Bezirksfrauenkonferenz dann auch einen Leitantrag beschlossen, der breite Forderungen zur Gestaltung einer geschlechtergerechten Wirtschafts- und Finanzwelt enthält und in die allgemeine Bezirkskonferenz eingebracht werden soll.

Im Sommer 2024 war politisch von großer Bedeutung, dass der DGB zur geplanten Novelle des Gleichstellungsgesetzes für Niedersachsen Stellung genommen hat. Beim ersten Entwurf hat der DGB positiv hervorgehoben, dass die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt und der Geltungsbereich des Gesetzes ausgeweitet werden soll. Als negativ ist dagegen aufgefallen, dass zu viele unscharfe

Soll-Regelungen enthalten und Ausnahmen etwa für Ausschreibungen enthalten waren. Es braucht zudem Sanktionen, wenn Zielvorgaben im Gleichstellungsplan nicht erreicht werden. Auch nach dieser Stellungnahme wird der DGB den Gesetzgebungsprozess weiter begleiten.

Daneben haben die DGB-Frauen über alle Jahre hinweg zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen rund um die beiden bedeutenden Daten 8. März und 25. November organisiert.

Zum Weltfrauentag am 8. März gab es jedes Jahr zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, Aktionen und Demonstrationen, insgesamt waren es in den vergangenen vier Jahren um die 150 im ganzen Bezirk. Die Veranstaltungen standen stets unter einem bestimmten Motto, beim Frauentag 2025 beispielsweise im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung: »machen was nötig ist.« 2024 war das Motto »Frauen wählen«. Da standen die Europa- und Kommunalwahlen im Vordergrund.

Und 2023 hieß es beim DGB: »Wer Fachkräfte sucht, kann auf Frauen nicht verzichten.«

Auch zum sogenannten Orange Day, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November, hat der DGB im Bezirk – ebenso wie der DGB auf Bundesebene – jedes Jahr eine Kampagne unter einem bestimmten Motto organisiert.

Ein weiterer Schwerpunkt war auch für die DGB-Frauen der Kampf gegen Rechts. Am 4. Juni 2024 hat der DGB im Endspurt vor der Europawahl in Hannover die Veranstaltung: »Frauen gegen den Rechtsruck in Europa – rechtsextreme Parteien und ihre frauenfeindlichen Positionen zur Europawahl« organisiert, auf der unter anderem Esmeralda Rizzi gesprochen hat. Sie ist beim italienischen Gewerkschaftsbund CGIL für Frauenpolitik zuständig und hat über die antifeministische Politik der extremen Rechten berichtet.



DGB Frauen Forderungen 2021 | Foto: DGB NDS/M. Bender



Frauentag 2022, Halle | Foto: Christine Dose

Internationaler Frauentag, Frauenstreik Osnabrück 2022 | Foto: Olaf Cramm



Internationaler Frauentag Osnabrück 2022 | Foto: Olaf Cramm



Frauentag 2023 Lutherstadt Wittenberg | Foto: Barbara Renker



Frauentagskino Halle 2025 | Foto: Christine Dose

Denn »Nein« heißt »Nein«

Spotlight

DGB Niedersachsen entwickelt Awareness-Konzept für 1. Mai 2024 und exportiert es bundesweit | Keine Anmache, keine Diskriminierung von niemandem, keine frauenfeindlichen, homophoben, sexistischen Sprüche oder gar Übergriffe, keine sexualisierte Gewalt: »Wir stehen als DGB gegen Diskriminierung. Und wir wollen, dass die Menschen sich auf unseren Veranstaltungen wohl und sicher fühlen«, erklärt Merle Mangels, beim DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt unter anderem für das Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig, warum der DGB ein Awareness-Konzept für Veranstaltungen entwickelt hat.

Anlass war die DGB-Hauptkundgebung zum 1. Mai, die 2024 in Hannover stattfand – dabei kam das Awareness-Konzept auch zum ersten Mal zum Einsatz: Merle Mangels und eine weitere DGB-Kollegin waren durch ihre lila Warnwesten als Awareness-Team zu erkennen, jederzeit für alle ansprechbar, die sich belästigt oder bedrängt fühlten und über ein spezielles Handy die ganze Zeit über für Notfälle erreichbar. Und sie hatten einen Raum vorbereitet, der Rückzug und Ruhe ermöglichte. Plakate überall auf dem Veranstaltungsgelände informierten über das Awareness-Team, die Notfallnummer und machten deutlich, dass der DGB es auch auf diesem

1. Mai ernst meint mit Werten wie Frieden, Freiheit,

Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Die Plakate setzten den Ton: »Awareness bedeutet übersetzt ‚Achtsamkeit‘ oder ‚Bewusstsein‘. Es geht um ein Bewusstsein für Grenzüberschreitungen und Übergriffe. Wir bitten euch: Achtet auf die Grenzen anderer und respektiert sie. Fragt nach, bevor ihr beispielsweise andere Menschen berührt. Wir wünschen uns ein von Respekt und Empathie geprägtes Miteinander unter den Teilnehmenden«, hieß es darauf unter anderem.

Denn das Awareness-Konzept will zweierlei: »Zum einen wollen wir vorbereitet sein, wenn etwas passiert, dafür die passenden Strukturen und Ansprechpersonen haben. Und zum anderen wollen wir Regeln für das Miteinander festlegen. Also konkret machen, wie wir uns wünschen, dass die Leute miteinander umgehen«, erklärt Merle Mangels. Für letzteres gab es viel Lob, für ersteres beim 1. Mai 2024 glücklicherweise keinen Bedarf. Es gab keinen Vorfall, um den sich das Awareness-Team kümmern musste.

Inzwischen hat der DGB-Bundesvorstand das Konzept aus Niedersachsen aufgegriffen und allen Regionen zur Verfügung gestellt. 2025 war es wieder im bundesweiten »Materialienkoffer« für 1.-Mai-Veranstaltungen und kam auch in Hannover wieder zum Einsatz.



Ausstellung zum Internationalen Frauentag 2025, Sangerhausen



Spotlight

75. Jubiläum DGB Niedersachsen

Seit 75 Jahren gestaltet der Gewerkschaftsbund Politik und Gesellschaft mit – ein Grund zu feiern. | 2021 ist der DGB in Bremen 75 Jahre alt geworden, 2022 hat der Verband in Niedersachsen seinen 75. Geburtstag gefeiert. Bei dem großen Festakt im alten Rathaus in Hannover war auch Ministerpräsident Stephan Weil Festredner. Historiker*innen hatten drei Filme über die Geschichte des Landesverbandes produziert, die beim Festakt gezeigt wurden. Und auch in Bremen wurde das Jubiläum gebührend gefeiert. Dort wurde zu dem Anlass ein Buch über die Geschichte der Gewerkschaft und des Dachverbandes veröffentlicht, das bei einem Festakt im Oktober 2021 vorgestellt wurde.



Vernetzungstagung gegen Rechts, 2024, Hustedt | Foto: Dirk Garrels

Kampf gegen Rechts

Die Demokratie zu schützen, heißt, viele Abwehrkämpfe zu führen – vor allem gegen die immer weiter aufstrebende AfD. Gleichzeitig steht der DGB für eine demokratische, vielfältige und solidarische Gesellschaft. Dafür hat sich die Gewerkschaft in den vergangenen Jahren in vielen Bündnissen und Veranstaltungen gegen Rechts engagiert.

Abwehrkampf gegen Rechts

Protestveranstaltungen gegen rechte Aktivitäten waren – leider – in allen Regionen vonnöten, denn die AfD und andere rechtsextreme Gruppen fühlen sich bundesweit im Aufwind. | So hat der DGB in Magdeburg ganz maßgeblich die Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag im Juli 2023 mitorganisiert. Die AfD hält ihre Parteitage grundsätzlich gerne in ostdeutschen Städten ab, weil sie dort mehr Zulauf bekommt – die Mobilisierungsfähigkeit der Zivilgesellschaft ist entsprechend geringer. Auch in Magdeburg kamen 2020 bei Protesten gegen die AfD nur 500 Menschen.

2023 dann waren es sechs Mal so viele. Die AfD hat sich drei Tage lang auf die Europawahlen vorbereitet, und drei Tage lang haben zivilgesellschaftliche Organisationen dagegen protestiert. Der DGB hat von Anfang an das Bündnis »solidarisches Magdeburg« mitgetragen und sich mit anderen Bündnissen wie »Aufstehen gegen Rassismus« und der

DGB-Jugend zusammengetan. Alle zusammen haben die Delegierten der AfD am ersten Veranstaltungstag vor den Messehallen unfreundlich begrüßt, mit Transparenten und Sprechchören.

Am Samstag dann fand die zentrale, bundesweite Demonstration mit einem großen Gewerkschaftsblock statt, an der der DGB ganz maßgeblich beteiligt war. 3600 Teilnehmende sind vom Hauptbahnhof zu den Messehallen gelaufen – eine bemerkenswerte Zahl. Zusätzlich gab es in Sichtweite des Veranstaltungsortes ein Bühnenprogramm mit Konzerten und Redebeiträgen. Für viele Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, waren diese breiten Proteste ein Hoffnungsschimmer.

Einen weiteren Schub im Kampf gegen Rechts hat die Veröffentlichung des Rechercheverbundes Correktiv im Januar 2024 gegeben. Das Geheimtreffen von AfD-Politiker*innen mit Neonazis hat auch Menschen mobilisiert, die sich bei den Protesten gegen die AfD vorher eher zurückgehalten hatten. Bundesweit sind ztausende auf die Straßen



Stärker mit uns. Geschäftsbericht 2022–2025

Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

gegangen. Der DGB hat die Proteste in Halle und Magdeburg intensiv unterstützt. Getragen wurden die Proteste von einem breiten Bündnis aus Kirchen, Migrantenorganisationen, der Zivilgesellschaft und natürlich den Gewerkschaften. Um die 5000 Menschen sind beim Protestzug mitgelaufen – ein wirklicher Erfolg.

Die Demonstration war zugleich der Auftakt für das landesweite Bündnis »Sachsen-Anhalt weltoffen« aus 166 Organisationen, das sich am 6. Mai 2024 formiert hat und seitdem aktiv ist. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist seitdem die Vorbereitung einer Kampagne zu den Landtagswahlen 2026. Die gilt schon jetzt als Schicksalswahl. Es ist zu befürchten, dass die AfD in Sachsen-Anhalt an die Regierung kommt, zumindest eine Sperrminorität erhält. Auf diese Wahl bereitet sich das Bündnis unter Mitwirkung des DGB intensiv vor. Gerade in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt ist es dem DGB dabei ein Anliegen, Vereine und Initiativen im ländlichen Raum zu unterstützen. In dem Bundesland schreitet der Strukturwandel voran, es gibt einen großen Niedriglohnsektor, um nur einzelne Probleme zu skizzieren.

Doch auch in den westlichen Bundesländern erstarkt die AfD immer mehr und damit auch das Engagement gegen die rechte Partei.

So hat das Lüneburger Büro der DGB-Region Nord-Ost-Niedersachsen in einem breiten Bündnis gegen den AfD-Landesparteitag im April 2024 in Unterlüß bei Celle mitgearbeitet. Als die AfD ihre Veranstaltung im dortigen Bürgerhaus angekündigt hatte, hat sich das Bündnis »Solidarisches Celle« gebildet, in dem sich Initiativen und einzelne Aktive aus der Region engagiert haben. Beteiligt waren beispielsweise das

Netzwerk Südheide, demokratische Parteien und das Celler Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Alle zusammen haben am Tag des AfD-Parteitages 2500 Menschen zum Protest auf die Straße gebracht – eine beeindruckende Zahl.

Es ist zu befürchten, dass die AfD in Sachsen-Anhalt an die Regierung kommt, zumindest eine Sperrminorität erhält

Zeit. 2023 und 2024 wollte die AfD dann ausgerechnet dort Parteitage abhalten. Im Sommer 2023 ihren Landesparteitag, im Dezember 2024 einen Parteitag, um die Landesliste für die vorgezogene Bundestagswahl aufzustellen. Dagegen hat sich das Bündnis »Brettorf bleibt bunt« formiert. Zu beiden Parteitagen gab es Demonstrationen mit bis zu 1000 Teilnehmenden – mehr, als Brettorf an Einwohner*innen hat. Im Nachgang wird der DGB nun noch die unrühmliche Geschichte des Ortes aufarbeiten lassen, zusammen mit der Uni Oldenburg und Bewohner*innen vor Ort.

Beeindruckend war auch das Engagement der Bürger*innen in Brettorf im Landkreis Oldenburg in den vergangenen Jahren. Der Ort hat eine braune Vorgeschichte in der NS-

Regelmäßige Proteste unter Beteiligung des DGB gibt es zudem gegen den Nazihof in Eschede. Den hatte die rechtsextreme NDP seinerzeit gekauft, heute gehört er der Nachfolgepartei »Die Heimat.« Drei Mal im Jahr feiern Rechtsextremist*innen dort Brauchtumsfeiern zur Sommersonnenwende, zur Wintersonnenwende und zum Erntefest. Und drei Mal im Jahr ist der DGB bei Gegenprotesten mit dabei.

Auch in Niedersachsen haben die Correctiv-Enthüllungen große Entrüstung und Proteste ausgelöst. In Celle haben im Januar 2024 3500 Menschen demonstriert, das war dort der größte Protest gegen Rechts, den es jemals in der Stadt gab. In Oldenburg hat das Bündnis gegen Rechts zu dem Anlass sogar 17000 Menschen auf die Straße gebracht.

»Rock gegen Rechts«-Konzert – Klare Kante gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung in Oldenburg

Unabhängig von solchen Anlässen organisieren die Ehrenamtlichen der DGB-Jugend zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften bereits seit 2001 jährlich am Vorabend des 1. Mai ein »Rock gegen Rechts«-Konzert – Klare Kante gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung in Oldenburg. Die Besucher*innenzahlen steigen stetig, 2024 waren es an die 6500.



Konzert gegen Rechts, Oldenburg 2022



Demo gegen Rechts | Foto: DGB Niedersachsen Mitte



Demo »Dem Rechtsruck widersetzen«, Magdeburg 2024 | Foto: Lin Boewer



CSD-Auftakt Bremen 2024 | Foto: HegenDeuter

Engagement für Vielfalt

Der Kampf gegen Rechts ist zugleich immer ein Eintreten für mehr Vielfalt. Auch dazu hat sich der DGB mit vielen Aktionen engagiert.

Unter anderem waren unsere DGB-Regionen sehr aktiv bei den Veranstaltungen zum Christopher-Street-Day. Sie setzen damit ein Zeichen für Vielfalt und Gleichberechtigung. Und beim CSD zeigt sich wohl am deutlichsten, wie "Bunt statt Braun" der DGB ist.

CSD-Demo-Raupe 2023 Oldenburg



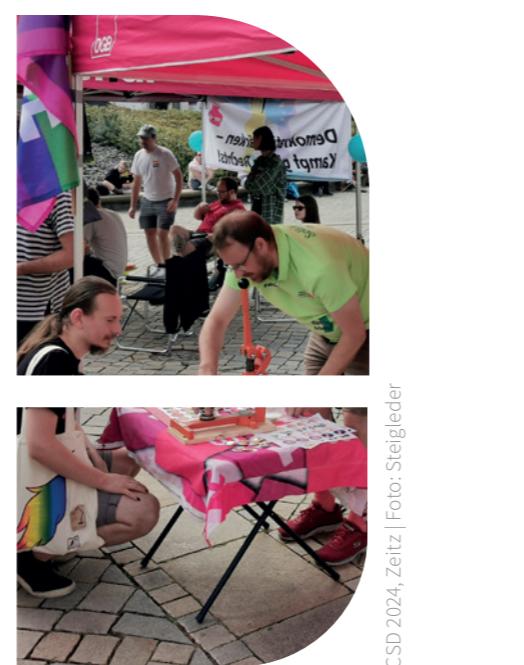
CSD 2024, Zeitz | Foto: Steigleder



CSD 2024, Zeitz | Foto: Steigleder



CSD 2023 Halle | Foto: Christine Dose



CSD 2024, Zeitz | Foto: Steigleder



CSD 2024 | Foto: DGB Niedersachsen Mitte



Demokratiemeile Lüneburg 2024 | Foto: Dirk Garrels

Demokratie

Seit das Grundgesetz 1949 für die Bundesrepublik geschrieben wurde, schien es selbstverständlich zu sein, in einer Demokratie zu leben. | Teilhabe, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, ein soziales Fundament – das ist die Basis unserer Gesellschaft. Seit dem Aufstieg rechter Kräfte wie der AfD wird all das allerdings immer mehr infrage gestellt. Das Fundament, so scheint es, wird fragil.

Es gilt, diese rechten Bestrebungen abzuwehren und unsere Demokratie zu verteidigen. Darin allerdings erschöpft sich der Kampf um die Demokratie leider oft schon. Es ist ein Abwehrkampf – es geht um Abwehr und kaum mehr um eine Vision dessen, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen.

Der DGB will wieder Raum für echte Debatten schaffen, denn das Ringen um Positionen und Standpunkte gehört zu einer Demokratie zwingend dazu. Um dem Raum zu geben, hat die DGB-Region Oldenburg-Ostfriesland zwei Demokratiekongresse organisiert und realisiert. Beide Kongresse wurden von Ehrenamtlichen aus 14 Kreis- und Stadtverbänden organisiert, vorbereitet und durchgeführt.

Zum ersten Demokratiekongress 2022 in Oldenburg sind rund 80 Teilnehmer*innen gekommen, viele Kolleg*innen und Interessierte aus befreundeten Verbänden und Initiativen. Themen waren Bürger*innenbeteiligung, Medienkompetenz und Medienkritik, das Wohnen als neue soziale Frage, Wandel der Arbeit, Demokratie und Mitbestimmung und ganz praktisch die Frage, wie den demokratifeindlichen Äußerungen und Fake News der Rechten zu begegnen ist.

Zwei Jahre später, am 24.8.2024, waren beim zweiten Demokratiekongress in Oldenburg etwa 110 Interessierte aus der ganzen Region dabei. Es war ein Highlight für die Ehrenamtlichen, die alles vorbereitet und veranstaltet haben, dass die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Elke Hannack ihrer Einladung

gefolgt ist und ein Inputreferat gehalten hat. Im Vordergrund stand dieses Mal der Kampf gegen Rechts.

Beim Demokratiekongress 2024 ging es vor allem um die Frage: Was tun? Gegen die Fake News, die Lügen, die Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen? Darüber wurde in den Arbeitsgruppen intensiv und leidenschaftlich diskutiert.

Viele Menschen sind auch zu den Demokratiemeilen zusammengekommen, die der DGB in den vergangenen Jahren an verschiedenen Orten mitorganisiert hat. An der Lüneburger Demokratimeile im Mai 2024 sind über 100 Verbände, Parteien und Institutionen dem Aufruf gefolgt, anlässlich des 75. Geburtstages des Grundgesetzes und der Enthüllungen des Recherche-Netzwerkes Correctiv zivilgesellschaftliches Engagement in die Innenstadt zu bringen. Dort haben sie tausende Grundgesetze verteilt. Neben den Demonstrationen gegen die Pläne der AfD sollte die Demokratiemeile Lüneburg ein Fest der Demokratie werden, und so war es auch: an rund

35 Ständen haben sich Sozialverbände, Sportvereine, Aktivist*innengruppen, Initiativen und einzelne Engagierte mit ihren Ideen zur Demokratie präsentiert und an diesem Tag ein beeindruckendes Bild der Vielfalt gezeigt.

Und nur wenige Tage später, im Juni 2024, hat der DGB in Northeim als Gründer und Hauptträger eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses eine Demokratiemeile mit rund 30 Ständen von Einzelgewerkschaften und sozialen Verbänden mitorganisiert. Eine weitere Meile der Demokratie gab es dann bereits am 7. Juni 2024 in Göttingen. Auch hier war der DGB eng mit eingebunden. Der DGB-Kreisverband Wolfenbüttel hat 2024 zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren gleich einen ganzen Aktionsmonat »Für Freiheit und Demokratie – gestern, heute, morgen« initiiert. Darunter eine Ausstellung anlässlich »100 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, die an die demokratische Bewegung von vor einem Jahrhundert erinnert hat.

Im Vordergrund stand dieses Mal der Kampf gegen Rechts.



Demokratiekongress 2022 Oldenburg



Wahlen

Wahlkampf rund um die Uhr

Der DGB hat bei den Parlamentswahlen in allen Bezirken Gewerkschaftsforderungen eingebracht – die oft in die Regierungsprogramme mit eingeflossen sind. | Eine demokratische Wahl wird nicht erst in den Wochen vor dem Urnengang vorbereitet, sondern schon die ganze Legislaturperiode davor. Denn natürlich sind große Verbände wie der DGB regelmäßig im Kontakt mit den demokratischen Parteien und deren Politiker*innen. Auf der Zielgeraden vor der Wahl werden die Gewerkschaftsthemen dann noch einmal in Forderungen an die Parteien konkretisiert und an die Öffentlichkeit gebracht.

In Sachsen-Anhalt waren 2024 die Kommunalwahl und die Europawahl an einem Termin. Ein großes Thema war der zunehmende Rechtsruck und der Kampf gegen die AfD. Dabei hat der DGB vermieden, die AfD in der Wahlkampagnen direkt anzugreifen. Die rechtsextreme Partei ist gerade im ländlichen Raum stark verankert. Die Bevölkerung sollte nicht kompromittiert werden. Die Idee war, vielmehr für ein demokratisches, weltoffenes und solidarisches Miteinander zu werben.



Wahlbrettspiel 2021, Stadthagen

Wenn sich die Menschen an ihrem Ort wohlfühlen, wenn die kommunale und soziale Infrastruktur gut ausgestaltet ist, hat das direkte Auswirkungen auf das Zusammenleben und trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei – die besten Waffen gegen rechte Parolen. Der DGB hat deshalb Themen wie Gute Arbeit, Bildung, Daseinsvorsorge und Infrastruktur auf die Agenda der Wahlkämpfe gesetzt.

Im Kommunalwahlkampf war das Motto: »Jetzt die Weichen stellen – Für handlungsfähige Kommunen im Wandel« – unter diesem Titel haben der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften Ansprüche, Schwerpunkte und Ziele formuliert. Konkrete Forderungen waren beispielsweise, in die Infrastruktur und Bildung zu investieren und öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen zu vergeben. Dafür hat sich der DGB in vielen Gesprächen mit den demokratischen Parteien stark gemacht. Und natürlich wurden die Wähler*innen dazu aufgerufen, demokratisch zu wählen, damit Rechtsextremismus keinen Platz in den Parlamenten hat.

Auch die Vorbereitung der Landtagswahl in Niedersachsen 2022 ging schon lange vorher los. 2021 hat der DGB im Bezirk mit den Vertreter*innen von SPD und Grünen Eckpunkte für gemeinsame Ziele vereinbart, die in gemeinsamen Positionspapieren veröffentlicht wurden. Viele dieser Punkte sind dann auch in den späteren Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen eingegangen.

Allem voran ist im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Tariftreue- und Vergabegesetz novelliert werden soll – der DGB hatte sich dafür stark gemacht, dass auch in Niedersachsen öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen erteilt werden. Zudem ist die Gewerkschaftsforderung im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart, die Gewerbeaufsicht zu stärken und die Unternehmen verstärkt zu kontrollieren. Das Land hat inzwischen mit anderen Bundesländern auch die Modernisierung

des Betriebsverfassungsgesetzes in den Bundesrat eingebracht, auch das eine wichtige Forderung des DGB.

Wichtig waren ebenfalls die DGB-Forderungen zur Gleichstellungspolitik, da hat die rot-grüne Landesregierung einiges in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Beispielsweise wird in Niedersachsen nun die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt umgesetzt, es gibt eine Koordinierungsstelle dafür. Auch darüber hinaus werden der Gewaltschutz auf der einen Seite und die Präventionsarbeit mit Tätern auf der anderen Seite gestärkt.

Die gewerkschaftlichen Themen hatte der DGB in Veranstaltungen und Aktionen im Vorfeld der Wahl

nach außen getragen, etwa im Juni 22 die DGB-Region Südniedersachsen-Harz in Lütgenrode oder der DGB Niedersachsen bei Podiumsdiskussionen zwischen dem DGB-Bezirksvorsitzenden Mehrdad Payandeh und Kandidat*innen der demokratischen Parteien. Die AfD wurde selbstverständlich nie zu den DGB-Talks eingeladen.



Zukunftslounges

Spotlight

Liegestühle, Grünpflanzen, chillige Lounge-Musik vom Live-DJ. Wer am 3. September 2022 in der Hannoveraner Innenstadt in den Beachclub mit Kinderhüpfburg und Cocktailstand geraten ist, wird kaum sofort an Wahlkampf gedacht haben. Auch das Programm auf der Bühne war unterhaltsam: zehnminütige Kurztalks, kurz und prägnant zu einem Thema. Organisiert hatte alles der DGB – in den Talks wurden die gewerkschaftlichen Themen behandelt, die der DGB in den Landtagswahlkampf 2022 einbringen wollte: Gute Arbeit, Transformation, bezahlbares Wohnen beispielsweise. Das Format kam gut an. Mit dem niedrigschwlligen Angebot konnten viele Passant*innen angesprochen werden, die vorher weniger Zugang zu gewerkschaftlichen Themen hatten.

Auch vor der Europawahl 2024 konnten sich die Passant*innen im Juni 2024 in einer Zukunftslounge in angenehmer Atmosphäre über Gute Arbeit in Europa informieren, über die Gefahr für die Demokratie durch die AfD und warum die AfD auch für Beschäftigte keine gute Wahl ist. Daneben hatten sie die Möglichkeit, Europa- und Gewerkschaftsbingo zu spielen, was auch gut angekommen ist und für Gewerkschaftsthemen sensibilisiert hat.



DGB-Zukunftslounge |
Foto: J. Kollatsch

»Mensch-wähl-mich-Aktion« zur Landtagswahl 2022, Verden | Foto: Boris Kramm



Bei der Europawahl 2024 hat sich die Gewerkschaft gezielt auf neue Zielgruppen konzentriert. Auf dem Campus-Fest der Universität Hildesheim im Mai 2024 hat der DGB eine Europa-Aktion veranstaltet, zusammen mit der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften, dem Europaministerium, der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege sowie dem Landesjugendring. Neben Infoständen gab es ein kleines Bühnenprogramm unter anderem mit einer lokalen Band und ein Europa-Quiz für die Student*innen. Ein großer Erfolg – es war möglich, mit jungen Leuten in Kontakt zu kommen, die bisher noch kaum an Gewerkschaften angebunden waren.

Auch in Bremen hat der DGB zur Bürgerschaftswahl 2023 einen Forderungskatalog aufgestellt – und zwar beteiligungsorientiert: Schon im Jahr davor wurden die Ziele auf einer Betriebs- und Personalrätekonferenz erarbeitet. Arbeitnehmervertreter*innen aus allen Branchen haben sich daran beteiligt und beispielsweise einen Ausbildungsfonds gefordert – den es in Bremen inzwischen schon gibt. Weitere Forderungen waren, dass es keinen Jobverlust durch Transformation geben darf, dass neue Arbeitszeitmodelle getestet werden sollten und das Potenzial durch weibliche Fachkräfte besser genutzt werden muss. Diese Forderungen hat der DGB in Bremen in vielen Hintergrundgesprächen mit Vertreter*innen der demokratischen Parteien thematisiert, und sie sind in den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag mit eingeflossen. Der trägt dadurch eine klar gewerkschaftliche Handschrift.



DGB-Wahlforum Peine 2021 | Foto: Nanni Rietz-Heering



KAPITEL 4

FRIEDEN, SICHERHEIT UND INTERNATIONALE ARBEIT



Frieden

Tauben und Sicheln für den Frieden

Der DGB ist in allen Regionen friedenspolitisch aktiv. Vor allem der Antikriegstag am 1. September bietet regelmäßig einen Anlass, sich für den Frieden zu engagieren. | In den vergangenen Jahren waren die friedenspolitischen Aktivitäten natürlich viel vom Angriffskrieg Russlands in der Ukraine bestimmt.

In Sachsen-Anhalt hat der Stadtverband Halle/Saale beispielsweise nach Ausbruch des Krieges in großem Umfang Spenden gesammelt und Hilfsgüter mit einem Konvoi in die Ukraine geschickt. Außerdem haben DGB-Aktive aus dem Kreisverband Bitterfeld mit Beginn des Krieges im Februar 2022 an wöchentlichen Mahnwachen eines örtlichen Bündnisses auf dem Marktplatz in Bitterfeld teilgenommen. Daraus ist die Idee entstanden, ein großes Friedensfest zu veranstalten, das 2025 bereits zum vierten Mal stattgefunden hat und immer viele Besucher*innen anzieht.

Für das Friedensfest 2023 hatte der DGB zudem die Aktion »1000 Tauben für den Frieden« mitinitiiert. Über Monate hinweg hatten Kinder in den örtlichen Kindertagesstätten und Schulen aus Papptellern Tauben gebastelt. Die wurden beim Friedensfest an ein mehrere Meter breites Transparent gebunden, von der Feuerwehr hochgezogen und am Landkreisamt Bitterfeld befestigt, wo die Tauben nun als stete Mahnung für den Frieden hängen.

In Halle veranstaltet der DGB zudem seit 2023 regelmäßig zum 2. Mai, dem Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften im Nationalsozialismus 1933, einen Gedenkwalk – das ist ein Stadtrundgang, der die Geschichte der Gewerkschaften in der Region thematisiert.

»1000 Tauben für den Frieden«, Bitterfeld 2024 | Foto: Christine Dose

Ein Highlight der friedenspolitischen Aktivitäten war die Aktion »Schwerter zu Pflugscharen« 2022. Die war angelehnt an eine Tradition in der früheren DDR in den 70er Jahren. Friedensaktivist*innen hatten schon damals Schwerter zu Sicheln umgeschmiedet. Waffen sollen für die zivile Nutzung umgerüstet werden, das ist die Botschaft. Diese Tradition hat der DGB in der Lutherstadt Wittenberg am Antikriegstag am 1. September wieder aufleben lassen. Jugendliche hatten einen Rohling in Form eines Schwertes in einer öffentlichen Aktion zu einer Sichel umgeschmiedet. Das Ganze war in eine größere Veranstaltung in den Luther-Höfen eingebunden, in Anwesenheit des Oberbürgermeisters von Wittenberg. Um die 150 Teilnehmende sind gekommen. Anschließend wurde die Sichel zu einer Steele umgebaut und einer Partnerstadt in der Ukraine geschenkt. Dort steht sie jetzt als Friedenssymbol.

Auch in den anderen DGB-Regionen im Bezirk gab es in den vergangenen Jahren viele Antikriegs-Aktivitäten. In Bremen etwa 2022 die Ausstellung »Sophie Scholl und die Weiße Rose« im DGB-Haus, zu deren Eröffnung am Antikriegstag im September der Autor des Werkes »Das kurze Leben der Sophie Scholl« anwesend war. Ebenfalls 2022 hat sich der DGB im März an einer Antikriegsveranstaltung vor dem Theater in Osnabrück beteiligt, zu der über 2000 Personen gekommen sind. In Osnabrück war die DGB-Regionsgeschäftsführerin ein Jahr später Patin einer Spendenaktion zugunsten der Flüchtlingshilfeorganisation Seebrücke. Es gab verschiedene Veranstaltungen, Abschluss war am 1. September eine Demonstration vom Gewerkschaftshaus zum Dom.



Friedensfest Bitterfeld-Wolfen 2023 | Foto: Christine Dose



DGB-Haus Hannover 2022 | Foto: DGB Nds/M. Bender

Zusammen für die Ukraine

In Bremen spielt der DGB eine wichtige Rolle im Engagement für die Menschen in und aus dem Land im Krieg

Seit dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2022, engagiert sich der DGB Bremen in einem breiten Bremer Bündnis von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften und Parteien gegen diesen Krieg und zeigt sich solidarisch mit dem von Russland überfallenen Land. Der DGB ist dabei aktiver und wichtiger Akteur.

Dr. Ernesto Harder, Geschäftsführer der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser, moderierte mehrere der Kundgebungen, zu denen zum Teil über 5000 Bremer*innen kamen. Die Gewerkschafterinnen riefen wiederholt zu Spenden für Menschen in der Ukraine sowie für Geflüchtete aus dem Land auf und unterstützen dabei den in Bremen ansässigen Verein »Herz für die Ukraine«, der bereits 2015 von Ukrainerinnen ge-

gründet wurde. Außerdem achten die Bremer Gewerkschafter*innen darauf, dass die Notlage der Ukrainer*innen nicht ausgenutzt wird: »Es passiert immer wieder, dass Menschen in die Flüchtlingsunterkünfte kommen und versuchen, Geflüchtete aus der Ukraine für Jobs zu schlechten Bedingungen und weit unter dem Mindestlohn für sich arbeiten zu lassen. Da haben wir ein Auge drauf«, sagt Ernesto Harder.



Kundgebung gegen den Ukrainekrieg, Osnabrück 2022 | Foto: Olaf Cramm

Antikriegstag



Antikriegstag 2024 Salzgitter | Foto: Michael Kleber



»Schwerter zu Pflugscharen« Wittenberg 2022 | Foto: Christine Dose



Antikriegstag 2022, Salzgitter | Foto: Martin-Bender



Spendenaktion für die Ukraine, Halle 2022 | Foto: Christine Dose



Ukraine-Friedens-Kundgebung, Osnabrück 2022 | Foto: Olaf Cramm

»Gewerkschaften für den Frieden« KV-SV-Konferenz 2024 |
Foto: DGB NDS



»Schwerter zu Pflugscharen« Wittenberg, 2022 | Foto: Christine Dose



Antikriegstag 2023, Halle | Foto: P. Steigleder



Antikriegstag 2024,
DGB Altmark-Börde-Harz



Übergabe »Schwerter zu Pflugscharen«, Halle, 2023 |
Foto: Christine Dose



Antikriegstag 2024 DGB Niedersachsen-Mitte



»Schwerter zu Pflugscharen«, Halle, 2023 |
Foto: Christine Dose



Antikriegstag 2024, DGB Niedersachsen-Mitte



Antikriegstag 2024, DGB Niedersachsen-Mitte



Ehrenamtliche gegen den Ukraine-Krieg 2022 | Foto: DGB Nds/M. Bender



Gedenken an 90 Jahre Rieseberg-Morde 2023 |
Foto: Denise Steinert

Gedenk- und Erinnerungsarbeit

Gedenk- und Erinnerungsarbeit ist für das Verstehen und Hinterfragen der Gegenwart eine wichtige Grundlage. Vor allem in Zeiten des politischen Wandels, ist es wichtig, in die Vergangenheit zu schauen und daraus zu lernen. | Immer häufiger ist die Aussage »Nie wieder ist jetzt« zu vernehmen. Der deutsche Nationalsozialismus liegt noch keine 100 Jahre zurück und es ist wichtig, aus den Fehlern, aber auch von den Widerstandskämpfer*innen zu lernen. Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt sieht sich in der Verantwortung, die Geschichte ernst zu nehmen, genau hinzusehen und Position zu beziehen. Er unterstützt Bildungsarbeit, die auf das Erkennen von Zeichen und Parallelen in der Geschichte abzielt, welche uns bei den Herausforderungen der Gegenwart wichtige Anknüpfungspunkte und Erfahrungen bieten können. Zusätzlich möchte der DGB an diejenigen erinnern, deren Stimmen sonst ausgelöscht werden. Das Gedenken der Opfer und das Erinnern an diejenigen, die sich gegen die Nationalsozialisten gestellt haben, dient zudem der

Aufrechterhaltung einer Verbundenheit des DGB mit seiner Geschichte und Tradition. Mittlerweile gibt es leider immer weniger Überlebende des Holocaust. Es ist daher eine wichtige Aufgabe des DGB, an ihre Erlebnisse und Erkenntnisse aus der Geschichte zu erinnern, sie weiterzutragen und daraus zu lernen.

Umbenennung Esther-Bejarano-Schule

Die KGS Leeste in Weyhe wurde am 9. November 2023 offiziell in »Kooperative Gesamtschule Leeste – Esther-Bejarano-Schule« umbenannt. | Entstanden ist die Idee der Umbenennung im Kontext einer Gedenkveranstaltung des DGB zu Ehren von der Holocaust-Überlebenden und Aufklärerin Esther Bejarano in der Gesamtschule, kurz nachdem sie 2021 im Alter von 96 Jahren verstarb. Die Esther-Bejarano-Schule in Leeste ist damit eine von vier Schulen in Deutschland und die erste in Niedersachsen, die den Namen der Holocaust-Überlebenden trägt. Bei der

Umbenennungsfeier sprach unter anderem das ehemalige DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Gedenkstättenfahrt ins KZ Dachau

Vom 8. bis 12. September 2025 fand eine Gedenkstättenfahrt der DGB-Jugend Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt nach Dachau statt. | In Zusammenarbeit mit dem Max Mannheimer Studienzentrum beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit der Geschichte des Nationalsozialismus, des Lagers Dachau und seinen Insassen. Die Reise erfolgte unter dem thematischen Fokus »Jugend im NS«. Des Weiteren stand die Frage, wie man in der heutigen Zeit Gedenken und Erinnerungskultur gestalten kann, im Fokus. Die Teamer*innen boten den Teilnehmer*innen zudem einen Rahmen für das Austauschen von Gedanken und Gefühlen zu dem Thema.

90 Jahre Rieseberg-Morde: DGB gedenkt der Opfer

Am 4. Juli 1933 ermordeten Nationalsozialisten im niedersächsischen Rieseberg neun Gewerkschafter und einen Studenten. | Sie gaben vor, so den Tod eines SS-Mannes sühnen zu wollen. Doch das war nur ein Vorwand – der Mann war »aus Versehen« von Leuten aus den eigenen Reihen umgebracht worden. Die DGB-Region SüdOstNiedersachsen gedenkt gemeinsam mit der Stadt Braunschweig jedes Jahres der Opfer des Massakers. Anlässlich des 90. Jahrestages der Riesebergmorde fanden am 4. Juli 2023 an gleich mehreren Orten in Braunschweig und Rieseberg Veranstaltungen und eine Kranzniederlegung statt. Dabei hielten an der Gedenkstätte in Rieseberg auch zwei Delegierte der französischen ANACR

(Vereinigung der alten Kämpfer der Résistance sowie die Freunde der Résistance zur Erinnerung des Kampfes) aus Dieppe ein Grußwort, Dr. Mehrdad Payandeh, Bezirksvorsitzender des DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, hielt die Hauptrede und es gab eine Gedenkrede aus Sicht der jungen Generation von einem jungen IG Metaller. Begleitet wurde die Veranstaltung vom IG Metall-Chor »Gegenwind« aus Wolfsburg.

Gegen das Vergessen

10 Jahre Fritz-Bauer-Platz: In Braunschweig setzt sich der DGB dafür ein, dass die Spuren von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und seinem Kampf für die Verurteilung von NS-Verbrechern sichtbar bleiben |

Ein Vortrag, ein Filmabend, ein Stadttrundgang: »Wer war Fritz Bauer und was können wir von ihm lernen?« war der Titel einer Veranstaltungsreihe, die der DGB zusammen mit dem Fritz Bauer Freundeskreis 2022 in Braunschweig organisiert hat. Sie wollten damit das Andenken an den hartnäckigen Juristen bewahren, der gegen alle Widerstände dafür kämpfte, NS-Verbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Anlass war das 10-jährige Jubiläum der Umbenennung des Platzes vor der Staatsanwaltschaft in Fritz-Bauer-Platz.

Denn bevor Fritz Bauer als Frankfurter Generalstaatsanwalt die Frankfurter Auschwitz-Prozesse initiierte und mit Adolf Eichmann einen der meistgesuchten NS-Kriegsverbrecher erst aufspürte und dann festnahmen und vor ein deutsches Gericht stellen ließ, hatte er einige Jahre in Braunschweig gelebt und gearbeitet. Als Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht hatte er dort unter anderem in einem Prozess gegen den Generalmajor der Wehrmacht



Gedenken an 90 Jahre Rieseberg-Morde, 2023 | Foto: Denise Steinert

Otto Ernst Remer einen Prozess geführt, in dem die Hitler-Attentäter, die »Männer des 20. Juli«, rehabilitiert wurden. Durch das Urteil wurde erstmalig die Rechtmäßigkeit des Widerstandes gegen das NS-Regime anerkannt.

Heute ist Bauer einem breiteren Publikum durch den 2015 erschienenen Film »Der Staat gegen Fritz Bauer« bekannt. Nach seinem Tod im Jahr 1968 war er zunächst jedoch in Vergessenheit geraten. Erst mehrere Publikationen und ein Film wiedererweckten das Interesse an ihm. In diesem Zuge gründete sich auch der Fritz Bauer Freundeskreis – zu dessen Gründungsmitgliedern auch die DGB-Region SüdOst-Niedersachsen gehörte. Er trifft sich regelmäßig im DGB-Haus und tritt gemeinsam mit dem DGB dafür ein, dass die Stadt Braunschweig Bauer und seinen Kampf für die Demokratie nicht vergisst.

So gab es in der Veranstaltungsreihe 2022 einen Vortrag der Historikerin und Bauer-Biographin Dr. Irmtrud Wojak über Fritz Bauer, einen Stadtspaziergang auf den Spuren von Fritz Bauer sowie eine Vorführung des Films »Fritz Bauers Erbe – Gerechtigkeit verjährt nicht«.

2023 erinnerten der Fritz Bauer Freundeskreis und die DGB-Region SüdOstNiedersachsen zudem an den 120. Geburtstag von Fritz Bauer: In der Stadt hingen Plakate mit Fotos von Fritz Bauer, auf denen ein QR-Code zur Website mit Informationen über den Juristen leiteten. Denise Steinert, DGB-Gewerkschaftssekretärin, sagte: »An Fritz Bauer kann nicht oft genug erinnert werden. Er war ein engagierter Demokrat, der sich maßgeblich für die Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Unrechtsstaates von 1933 bis 1945 einsetzte.«



Gedenken 9. November, Nordenham, 2023 | Foto: Uwe Peglau

Stolpern ausdrücklich erwünscht

In Verden übernimmt der DGB eine Patenschaft für einen Stolperstein für Gewerkschafter – als erste DGB-Gliederung bundesweit | Stolpersteine sollen uns bremsen in unserem Weiter- und Vorbeigehen und innehalten lassen. Denn jede der kleinen quadratischen Gedenktafeln aus Messing, die vor Wohnhäusern in Bürgersteige eingelassen sind, erzählt von einem Opfer der NS-Diktatur. Von einem Menschen, der hier gelebt hat und der von den Nationalsozialisten vertrieben, verfolgt, deportiert oder ermordet wurde.

In Verden hat der DGB als erste DGB-Gliederung bundesweit 2022 die Patenschaft für einen Stolperstein übernommen, um eines Kollegen zu gedenken: In der Lindhooper Straße erinnert vor dem Haus mit der Nummer 78 ein Stolperstein an Hermann Eggers. Der Sozialdemokrat war Gewerkschaftssekreter, Vorsitzender des DGB-Ortsausschusses und des Baugewerksbundes. 1933 verhafteten ihn die Nazis wegen seines politischen Engagements, und er kam in »Schutzhaft«.



Histradut beim DGB Niedersachsen 2025 | Foto: DGB NDS/M. Bender

Neuaufstellung der Gedenk- und Israelarbeit: Austausch ist wichtiger denn je

Der DGB hat die Gedenk- und Israelarbeit weiter intensiviert. Trotz der politischen Lage soll es mehr Gewerkschaftsbesuche aus und nach Israel geben. | »Im Bewusstsein der Vergangenheit eine bessere, friedlichere Zukunft aufzubauen – das vereint uns«. Dieses Leitmotiv steht der Broschüre voran, die der DGB 2025 anlässlich des 50-jährigen Partnerschaftsabkommens mit dem israelischen Gewerkschaftsbund Histradut herausgegeben hat. Seit dem Überfall der Hamas auf Israel 2023 ist offensichtlicher

denn je, wie bedeutend und nahezu existenziell eine solche Partnerschaft mit Israel ist.

Deshalb hat der DGB im Bezirk bewusst entschieden, die Gedenk- und Israelarbeit neu aufzustellen, was bedeutet: noch weiter zu intensivieren.

Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel beruhen schon historisch viel auch auf Kontakten der Gewerkschaften. Im November 1975 hat der DGB das Partnerschaftsabkommen mit der Histradut unterzeichnet. Seitdem gab es eine intensive Zusammenarbeit, vor allem auch viele gegenseitige Besuche. Im Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt sind regelmäßig Jugendgruppen des DGB nach Israel gereist und haben im Gegenzug Jugendliche aus Israel bei sich in Deutschland begrüßt. Dieser Austausch wird weiter intensiviert.

Anlass dafür, die Gedenk- und Israelarbeit auszubauen, war auch der große Staatsakt zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 24. April 2025. Dazu waren auch Gewerkschafter*innen aus Israel angereist. In einer feierlichen Zeremonie hat der DGB einen Gedenkstein für die ermordeten jüdischen und nicht jüdischen Gewerkschafter*innen eingeweiht. Darüber hinaus gab es eine Woche Programm für die Kolleg*innen aus Israel. Themenschwerpunkt war natürlich das Gedenken und Erinnern. Die Gewerkschafter*innen haben sich aber auch intensiv über die politische Situation in beiden Staaten sowie über aktuelle Themen rund um die Transformation der Arbeitswelt ausgetauscht.

Dieser Besuch hat deutlich gezeigt, dass wir eine engere Zusammenarbeit brauchen. Der DGB ist bereits einer der wichtigsten Partner der Histradut.

Trotz schwieriger politischer Lage sollen gegenseitige Besuche verstärkt stattfinden. Denn gerade wegen der politischen Lage ist internationale Solidarität unter Gewerkschafter*innen wichtiger denn je.

Internationale Solidarität

Hilfe für belarussische Gewerkschafter*innen

Daran, dass Gewerkschaftsarbeit lebensgefährlich sein kann, erinnern in Bremen jeden Tag die sieben Exil-Gewerkschafter*innen, die aus Belarus kommen und nun in Bremen leben, weil ihr Engagement für Demokratie in ihrer Heimat als Verbrechen verfolgt wird. | Im Gewerkschaftshaus haben sie ein Büro und unterstützen von dort aus ihre in Belarus inhaftierten Kolleg*innen und deren Familien. »Wir sind Deutschland und dem DGB so dankbar«, sagt

Lizaveta Merliak. In Belarus war sie internationale Sekretärin der Belarussischen Unabhängigen Gewerkschaft (BITU). Die unabhängigen existierten dort jahrelang neben den regimestreuen staatlichen Gewerkschaften, allerdings mit sehr viel weniger Mitgliedern. 2020 sah es einmal kurz so aus, als könnte sich das ändern: Es gab Massenproteste in allen Teilen des Landes, die Menschen forderten Demokratie und ein Ende der Diktatur von Machthaber Lukaschenko, Tausende traten in die unabhängigen Gewerkschaften ein. Doch das Regime antwortete mit Verfolgung, Verhaftungen und Repressionen. Als die unabhängigen Gewerkschaften 2022 den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine öffentlich kritisierten und Bahnarbeiter entsprechende Waffentransporte behinderten, wurden sie dafür mit bis zu 25 Jahren Haft bestraft. Nahezu die komplette Führungsriege der unabhängigen Gewerkschaften kam in Haft, kurz danach wurden die Gewerkschaften verboten und liquidiert. Ihre Aktivitäten gelten seitdem als extremistisch.

Auch Lizaveta Merliak wurde damals verhört und mit Gefängnis bedroht. Und erinnerte sich schließlich an die Worte von Frank Hoffer: »Melde Dich, wenn Du mal Hilfe brauchst«, hatte er gesagt, als er noch Leiter der gewerkschaftsnahen Global Labour University (GLU) war, an der Lizaveta studiert und ihren Master

gemacht hatte. Inzwischen war er im Ruhestand, lebt in Bremen – und hielt Wort: Als Lizaveta mit nichts als ihren zwei kleinen Kindern und einem Koffer in Bremen ankam, hatten die Kolleginnen und Kollegen vom DGB schon ein Empfangskomitee gebildet und unterstützten die Familie beim Ankommen, bei der Wohnungssuche, dem Asylantrag und vielem mehr. So machten sie es auch bei den sechs weiteren ranghohen belarussischen Gewerkschafter*innen und ihren Familien, denen mit Hilfe des DGB, der Stadt Bremen und des Auswärtigen Amtes inzwischen die Flucht nach Deutschland gelungen ist. Darunter ist auch Maksim Pazniakou, kommissarischer Vorsitzender des Dachverbandes der Freien Gewerkschaften in Belarus (BKDP). »Der Kern der demokratischen Gewerkschaftsbewegung von Belarus ist jetzt in Bremen«, erzählt Lizaveta.

Schon kurz nach ihrer Ankunft haben sie den Solidaritätsverein Salidarnast gegründet, der etwa die Familien der inhaftierten Bahnarbeiter und Gewerkschafter unterstützt. »Wir versuchen, die Idee von Demokratie in Belarus am Leben zu erhalten«, sagt Lizaveta, die hofft, eines Tages zurück in ihr Heimatland gehen zu können.

Ernesto Harder, Geschäftsführer der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser, sagt: »Sie sind nicht nur einfach wunderbare Kolleginnen und Kollegen, sondern sie sind uns auch Inspiration und ständige Erinnerung daran, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass wir unsere Arbeit tun können.«

Solidarität mit dem italienischen Gewerkschaftsbund: CGIL – Confederazione Generale Italiana del Lavoro

Seit über 10 Jahren pflegt der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt den freundlichen Austausch mit der italienischen Schwestergewerkschaft CGIL Lombardei. | Inhaltlich verbinden beide Gewerkschaftsbünde gemeinsame Themenstellungen. Da in beiden Regionen vergleichbare Branchen wie die Automobilindustrie und ihre Zulieferbetriebe oder die Chemische

Industrie stark sind, arbeiten beide Organisationen an ähnlichen wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Vor allem die Transformation stellt eine enorme Herausforderung für beide Regionen dar. Aber auch die Arbeit gegen Rechts verbindet beide gewerkschaftlichen Dachverbände. Die Freundschaft pflegen beide durch gegenseitige Besuche in Mailand und Hannover. Zuletzt war der DGB-Bezirk eingeladen, den 13. Kongress der CGIL Lombardei vom 30.01.-01.02.2023 in Mailand zu besuchen. Kollegin Merle Mangels, zuständig für die Frauen-, Gleichstellungs- und Migrationspolitik beim DGB-Bezirk, reiste als Delegierte für den DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt an und wurde von den Kolleg*innen der CGIL gemeinsam mit vielen weiteren internationalen Gästen von Gewerkschaften aus ganz Europa sehr herzlich empfangen. Unter dem Motto »Arbeit schafft Zukunft« behandelte der Kongress zentrale Forderungen und Aktionsvorschläge des italienischen Gewerkschaftsbundes. Dabei bildeten fünf Handlungsfelder Priorität, wie Generalsekretär

Alessandro Pagano darlegte: 1. Lohnsteigerungen und Steuerreformen, 2. Bekämpfung von prekärer Arbeit und Arbeitszeitverkürzung, 3. Gesundheit, Sicherheit und Legalität, 4. Ein neuer Wohlfahrtsstaat, 5. Öffentliche Industriepolitik und Investitionen. Neben dem Kongressgeschehen fanden interessante und produktive kleine Austauschrunden zu verschiedenen fachpolitischen Fragestellungen – in unserem Fall zur Migrationspolitik des DGB und der CGIL – statt.



Merle Mangels bei der CGIL in Italien | Foto: CGIL

International Brücken bauen



Der DGB im Bezirk hat die Gründung des Iranischen Gewerkschaftsbundes ILC intensiv begleitet und unterstützt. Die Zusammenarbeit soll weitergehen. | Mehrdad Payandeh erinnert sich gut an den Februar 2024. Ein Höhepunkt war das, sagt er, und die Augen des DGB-Bezirksvorsitzenden strahlen. Im neu gebauten Hans-Böckler-Haus in Berlin konnte man erleben, was internationale Solidarität und Zusammenarbeit heißt. Am Wochenende des 23.-25. Februar hat sich dort in Berlin der ILC gegründet, der Iranische Gewerkschaftsbund Iran Labour Confederation – mit tatkräftiger Unterstützung des DGB.

Monate der Zusammenarbeit waren dem vorausgegangen. 2021 hatte Mehrdad Payandeh Foad Keykhsravi kennengelernt. Foad hat sich schon im Iran für die Rechte von Beschäftigten engagiert. 2007 hatte er eine Gewerkschaft gegründet – die direkt am Gründungstag wieder verboten worden war. 2021

Spotlight

floß er aus dem Iran. Es war die Zeit der »Frau Leben Freiheit«-Proteste, das Teheraner Regime hatte die Repressionen noch einmal verschärft. Foad Keykhsravi war noch in Istanbul, als er mit Mehrdad Payandeh in Kontakt kam. Schon in dieser Situation arbeiteten die beiden eng zusammen. Zum Beispiel am 8. Februar 2022. Da forderten Gewerkschaften weltweit die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter*innen im Iran, und auch Mehrdad Payandeh und Foad Keykhsravi waren dabei. Der DGB bekam dafür eine Liste der Gefangenen von Foad Keykhsravi, der hat sie im Stundentakt von Istanbul aus aktualisiert. Mehrdad Payandeh war für Keykhsravi das Tor zum DGB, der wiederum war das Tor zu iranischen Aktivistinnen und Aktivisten.

Das war der Auftakt. Kurz danach bekam Foad Keykhsravi humanitären Schutz durch die Bundesregierung und reiste weiter nach Köln, wo er seitdem lebt. Jetzt ging die Zusammenarbeit richtig los – mit langen Telefonaten und intensiven Gesprächen der beiden Gewerkschafter.

Foad Keykhsravi wollte sich jetzt in Deutschland für Arbeitnehmer*innen engagieren. Mehrdad Payandeh hat ihm viel über den DGB berichtet und ihm die Gewerkschaftsstrukturen in Deutschland und Europa erklärt. Seine Botschaft an den Exil-Iraner war vor allem: Wenn Ihr in Deutschland Gehör finden wollt, braucht Ihr EINE starke Stimme, einen Dachverband, der für alle Beschäftigten im Iran spricht und dadurch Strahlkraft und Stärke bekommt. Der DGB als unabhängiger und freier Verband war das Vorbild, nach dem Exil-Iraner*innen rund um Foad Keykhsravi dann im Februar 2024 ihren Gewerkschaftsverband ILC gründeten.

»Uns war wichtig, vor allem Menschen zu gewinnen, die frisch aus dem Iran nach Deutschland gekommen waren – die haben noch Kontakte in den Iran und kennen das Land, wie es jetzt ist,« so Mehrdad Payandeh. Foad Keykhsravi erzählt, dass es in der Diktatur des Iran natürlich nicht möglich ist, eine offizielle Gewerkschaft zu gründen, Mitglieder anzuwerben, sich aus den Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren und sich für die Interessen der Beschäftigte einzusetzen. Die Arbeit des ILC sieht naturgemäß anders aus. Sie setzt auf Netzwerke. Auf Kontakte zu Menschen im Iran, zu den Beschäftigten in den dortigen Betrieben, über alle Branchen hinweg.

Nach nur kurzer Vorbereitungszeit war das Netzwerk bereits so groß und verlässlich, dass der ILC seither von Deutschland aus effektive Öffentlichkeitsarbeit über die Situation im Iran machen kann. 2024 hat die ILC einen ersten Bericht über Streik- und Protestbewegungen im Iran und die Reaktion des Regimes darauf veröffentlicht – ein Bericht auf Englisch und Persisch, vergleichbar mit dem jährlichen Menschenrechtsbericht von amnesty international. Inzwischen gibt die ILC einen täglichen Newsletter heraus, der längst zu einer wichtigen Quelle über den Iran im Ausland geworden ist. Außerdem organisieren Foad Keykhsravi und seine Mitstreiter*innen digitale Räume, in denen sich Aktive aus dem Iran untereinander austauschen können.

Für Mehrdad Payandeh zeigt das, wie internationale Zusammenarbeit aussehen kann, und wie wichtig die gegenseitige Unterstützung ist. Der DGB hat die Gründung des ILC auch ganz praktisch begleitet und

die iranischen Exil-Gewerkschafter*innen dabei beraten. Wie gründet man einen Verein? Was alles muss in der Satzung stehen? Bei diesen Fragen konnte der DGB dem ILC eine Hilfe sein. Als es dann an die Öffentlichkeitsarbeit für den neuen iranischen Dachverband ging, hat der DGB die ILC noch bei der Gestaltung des Logos unterstützt.

Die Unterstützung der ILC ist das aktuellste Beispiel für die Zusammenarbeit mit Gewerkschafter*innen aus diktatorischen Ländern weltweit. Ähnliche Kooperationen gibt es beispielsweise auch mit Aktiven aus Belarus. »Wir verstehen uns als Brückenbauer«, so Mehrdad Payandeh.

Damit soll es weitergehen. Mehrdad Payandeh und Foad Keykhsravi haben auch in Zukunft viel Gemeinsames vor. Sie wollen beispielsweise Kontakte mit der Histadrut und palästinensischen Gewerkschaften aufnehmen, um trotz der Konflikte in der Nahostregion Solidarität und gemeinsame Interessen der Beschäftigten in den Vordergrund zu stellen. Das Ziel wäre eine gemeinsame Konferenz der Beteiligten für Frieden, Solidarität und gegenseitigen Respekt.

کنفراسیون کار ایران
خارج از کشور

Iran Labour Confederation
Abroad

Support for the labour movement and other protest and social movements in Iran requires strong solidarity from the grassroots level and from communities in different countries. This support can be provided by labor organizations and freedom movements worldwide. To this end, the confederation strives to contribute by closely connecting with labour unions in other countries, linking to the societies of these countries, and amplifying the voice of Iranian workers' rights and protests globally.

Charter Support Contact فارسی





KAPITEL 5

EHRENAMT UND SICHTBARKEIT



Ehrenamt und Sichtbarkeit

Akademie des Ehrenamtes

Das Ehrenamt stärken - Akademie für Ehrenamt und Demokratie | »Es gibt immer mehr Aufgaben als Zeit.« Agnieszka Zimowska (Geschäftsführerin der DGB-Region Südniedersachsen-Harz) bringt es auf den Punkt. »Gewerkschaftliche Arbeit ist facettenreich und anspruchsvoll. Als wir uns Arbeitsstrukturen genauer angesehen und Aufgabenbereiche geschärft haben, wurde klar: Wir benötigen eine gezielte Stärkung der ehrenamtlich Wirkenden, um unsere Aufgaben effektiv bewältigen zu können. Sie sind unser Rückgrat, und wir wollen ihnen das nötige Werkzeug an die Hand geben, damit sie selbstständig und wirkungsvoll handeln können.«

Damit war die Idee der Akademie des Ehrenamtes geboren. Im engen Austausch mit professionellen Bildungseinrichtungen haben Agnieszka Zimowska und Torsten Hannig (Geschäftsführer der DGB-Region Niedersachsen-Mitte) ein Konzept erarbeitet und Seminar-Inhalte entwickelt. Neben Arbeit und Leben standen ihnen dabei zwei weitere Partner aus dem Bezirk zur Seite: das Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt e. V. und das Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe.

»**Schön wäre es, wenn die Akademie auch in anderen Bezirken des DGB Schule macht**«



Agnieszka Zimowska und Torsten Hannig |
Fotos: DGB/Werner Musterer

Wissen und Kompetenz für Deine Gewerkschaftsarbeit titelt der Flyer mit dem Akademie-Programm. Im Fokus des Einstiegseminars stehen drei

Fragen: Was ist die Arbeit des DGB?, Wie funktioniert Kommunalpolitik? und ganz praktisch: Wie gestalte ich eine effektive Sitzung? Die Seminare sind kompakt und flexibel strukturiert. Wochenendkurse vor Ort werden ergänzt durch kurze Online-Einheiten am Abend.

»Der erste Testlauf der Akademie-Angebote verlief vielversprechend«, berichtet Zimowska. »Multiplikator*innen aus Kreis- und Stadtverbänden nahmen teil und zeigten sich überzeugt von den Seminar-Inhalten. Mit ihrer Hilfe sollen künftig viele weitere Ehrenamtliche erreicht und zum Lernen motiviert werden. Einige erfahrene Mitarbeiter*innen waren anfänglich skeptisch. Doch auch sie konnten ihre Kompetenzen erweitern und mit neuen Impulsen überzeugt werden. »Schön wäre es, wenn die Akademie auch in anderen Bezirken des DGB Schule macht. Langfristig möchten wir die Fortbildung im Rahmen eines Bildungsurlaubs anbieten«, plant Agnieszka Zimowska in die Zukunft. ■

Amtseinführung Ernesto Harder

Neuer Geschäftsführer der DGB-Region Bremen-Elbe-Weser: Dr. Ernesto Harder | Eigentlich sollte Annette Düring, die langjährige Vorsitzende des DGB Bremen, im Rahmen einer feierlichen Delegiertenversammlung verabschiedet und ihr Nachfolger Ernesto Harder offiziell ins Amt gewählt werden. Doch die Corona-Welle im Januar 2022 machte eine Präsenzveranstaltung unmöglich – kurzfristig musste auf ein virtuelles Format umgestellt werden. Dank der engagierten Unterstützung aus dem gesamten Bezirk gelang der Wechsel ins Digitale schnell und reibungslos.

Annette Düring hatte aus Altersgründen nicht erneut kandidiert. In ihrer zwölfjährigen Amtszeit setzte sie sich mit großem Engagement für die Rechte von Frauen im Land Bremen, für bessere Ausbildungsbedingungen und maßgeblich für die Einführung eines Landesmindestlohns ein.

Mit Dr. Ernesto Harder folgte nun ihr Wunschkandidat an die Spitze des DGB Bremen. Motiviert und mit Respekt vor »den großen Fußstapfen« seiner Vorgängerin trat er sein Amt an. Gegenüber der Tageszeitung

Weser-Kurier beschrieb er die besonderen Herausforderungen im Winter 2022 mit den Worten: »Wenn es die Gewerkschaft nicht gäbe, müssten wir sie jetzt erfinden.« Damit verwies er auf die tiefgreifenden Veränderungen durch die Corona-Pandemie, den digitalen Wandel sowie die Umbrüche in den Bereichen Energie und Mobilität.

In seiner Antrittsrede bedankte sich Ernesto Harder bei den Delegierten für ihr Vertrauen und skizzierte seine Schwerpunkte: »Für die nächsten vier Jahre soll es vor allem darum gehen, die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt und zwischen den Gewerkschaften zu stärken. In allen Branchen erleben wir eine rasante Veränderung der Arbeit. Klar ist: Die oder der Einzelne kann sich allein nicht wehren. Wir DGB-Gewerkschaften müssen geschlossen auftreten und in Solidarität vereint sein, um unsere politischen Interessen in den öffentlichen Raum zu tragen.«

In der Politik ist Ernesto Harder zu Hause. Der promovierte Politikwissenschaftler und Historiker war sechs Jahre als politischer Sekretär bei der IG Metall Bremen tätig. In dieser Zeit betreute er unter anderem die Luft- und Raumfahrtbranche sowie das Angestellten-Netzwerk der IG Metall vor Ort. Seine fachlichen Schwerpunkte lagen auf den Themen Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation. Zudem war Harder in den späten 1990er-Jahren auch ehrenamtlich politisch aktiv, insbesondere als Kommunalpolitiker im Rat der Stadt Bonn. ■



»**Wenn es die Gewerkschaft nicht gäbe, müssten wir sie jetzt erfinden**«

Foto: DGB/Werner Musterer

Neujahrsempfang

Große Resonanz zum Neujahrsempfang | Zum Neujahrsempfang 2024 der Region Halle-Dessau kamen mehr als 70 Gäste. Das waren deutlich mehr, als die Organisator*innen zu hoffen gewagt hatten. Beim ersten Empfang dieser Art schienen Form und Inhalt zu stimmen, denn fast alle, die eingeladen waren, sind auch ins Stadtmuseum Halle gekommen. Als Gastredner referierte der bekannte Politologe und Armutsforscher Prof. Dr. Butterwegge zum Thema »Armut und soziale Gerechtigkeit in Deutschland«. Im Anschluss gab es reichlich Gelegenheit für die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen mit den Gästen aus Politik und Wirtschaft ins Gespräch zu kommen.



Schaufenster Varel

Der DGB im Schaufenster | Wer im Sommer 2024 durch die Innenstadt von Varel schlenderte, konnte an der Oberstraße 2 ein Schaufenster mit Geschichte entdecken. Unter dem Titel »125 Jahre Ortskartell Varel« warf der DGB Kreisverband Friesland einen lebendigen Blick zurück – auf über ein Jahrhundert gewerkschaftlicher Arbeit, politischen Engagements und gesellschaftlichen Wandels.

Eine Initiative der Stadt Varel hatte die Fläche des Ladenlokals verschiedenen Organisationen zeitweise zur Verfügung gestellt. Der DGB nutzte die Gelegenheit, sich und die historische Ausstellung mitten im Herzen der Stadt zu präsentieren.

Der Blick ins Schaufenster erzählt von einem langen Weg: von den Anfängen der Arbeiter*innenbewegung über die Einführung von Flächentarifverträgen und den Aufbau betrieblicher Mitbestimmung bis hin zu umfassenden demokratischen Rechten für Beschäftigte. Bis Ende August 2024 zeigte die Ausstellung, wie eng die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung mit der Entwicklung Varels verwoben ist.

Neben dem geschichtlichen Einblick gab es auch Gewerkschaftliches der Gegenwart. Im interaktiven Schaufenster kam der DGB sowie Mitglieder von ver.di und der IG Metall mit Vareler*innen ins Gespräch. Die Ehrenamtlichen informierten interessierte Bürgerinnen und Bürger über zentrale Fragen zum heutigen Arbeitsleben.

Klausurtagung der Kreis- und Stadtverbände

Reichsbürgerbewegung im Blick: Wie erkenne ich Reichsbürger*innen im Alltag und wie verhalte ich mich? | Dieser und ähnlichen Fragen gingen die rund 30 Teilnehmer*innen der eintägigen Klausurtagung im Februar 2023 in Bitterfeld-Wolfen nach.

In der DGB-Region Halle-Dessau kam es bis Ende des Vorjahres vermehrt zu Vorfällen im Zusammenhang mit Reichsbürger*innen. Für Karsten Priedemann, Geschäftsführer der DGB-Region Halle-Dessau, und sein Team ein Anlass, sich auf der Tagung mit der Problematik näher zu befassen und für Aufklärung zu sorgen. Eine Einführung in das Thema gab Andreas Speit, Journalist und Kenner der rechtsextremen Szene. Sein Vortrag über Deutschnationalismus, Reichsbürgertum und Verschwörungstheorien führte zu regem Austausch.

Im zweiten Teil der Tagung beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit Fragen zu internen Strukturen der Kreis- und Stadtverbände auch mit Blick auf die Organisationswahl 2025. Zur Neuausrichtung der Struktur gab es einen lebhaften Austausch. Mitglieder, die sich künftig in der Verbandsarbeit engagieren wollen, schnuppten in die verschiedene Themenfelder und Aufgabenbereiche.

Ort der Klausurtagung war das Industrie- und Filmuseum Wolfen. Hier in der einstigen Filmfabrik produzierte AGFA u.a. Rohfilmmaterial für Kino und fotografisches Aufnahmematerial. »Diese Tagungsstätte besticht durch die außergewöhnliche Atmosphäre und bot uns spannende Einblicke in die regionale Industrie- und Wirtschaftsgeschichte. Der geführte Rundgang war nach so intensiven Tagungsstunden genau das Richtige zum Ende des Tages«, kommentiert Karsten Priedemann.

Öffentlichkeitsarbeit

Neues Corporate Design, neue Länderlogos

Design ist in Bewegung, starkes Rot bleibt | Alles begann, wie üblich beim DGB, mit einer klaren Haltung. Wenn sich die Arbeitswelt ändert, muss sich auch die Gewerkschaft ändern. Nicht in der Haltung aber in dem wie Haltung sichtbar wird. Wer stark ist in Arbeit, muss auch stark in Erscheinung treten.

So machte man sich in Berlin auf den Weg. Das Ziel: ein modernisiertes Erscheinungsbild, das die Kraft und Klarheit der Marke trägt und dabei flexibel und anpassungsfähig ist. Ein Corporate Design musste her, das genauso wandelbar wie wiedererkennbar ist, um in allen Bezirken, Regionen, Stadt- und Kreisverbänden sowie in den verschiedenen Themenfeldern wirken zu können.

Im Zentrum steht die Raute, rot, mutig und unverkennbar – nur Ein-

geweihte können die Veränderungen auf den ersten Blick erkennen – ein bisschen schlanker, die schon schlichte Schrift ist ein bisschen moderner geworden. Für alle anderen bleibt die Raute, was sie immer war: ein Zeichen für klare Kante zu den Themenfeldern Gute Arbeit, Geld und Gerechtigkeit.

Dabei ist das neue Design nicht nur eine Frage von Farbe und Form. Es ist auch eine Frage von Sprache und Ton. Der DGB will klar kommunizieren, verständlich, emotional und auf Augenhöhe und in einheitlicher Bildsprache.

Seit Juni 2022 ist die Gestaltung in Bewegung und nach den zentralen Vorgaben und Vorlagen aus Berlin kamen regionale Gestaltungsideen zum Zug. Auf Bezirksebene sollte die Stärke der einzelnen Länder sichtbar

werden. Die Idee: Jedes Bundesland darf eigenen Charakter zeigen. Mit lokal inspirierten Icons an der Raute hat der Bezirk regionale Identität ins Spiel gebracht. Für Niedersachsen steht das Pferd, das Niedersachsenross. Für Bremen stehen die Stadtmusikanten, mit einem kleinen Augenzwinkern. Für Sachsen-Anhalt hat sich der Prozess etwas schwieriger gestaltet. Das Landeswappen ist mit Bär, Adler und Zinnenmauer sehr komplex. Aus grafischer Sicht eignete es sich nicht für ein klares Icon mit Wiedererkennungswert. Nach einem intensiven Erörterungsprozess und verschiedenen Entwürfen hat sich das Landesbüro entschieden, bei einem Schriftzug zu bleiben. Aber wer weiß: Wenn alles im Fluss ist, vielleicht gibt es auch beim Sachsen-Anhalt-Logo noch Bewegung.



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Sachsen-Anhalt

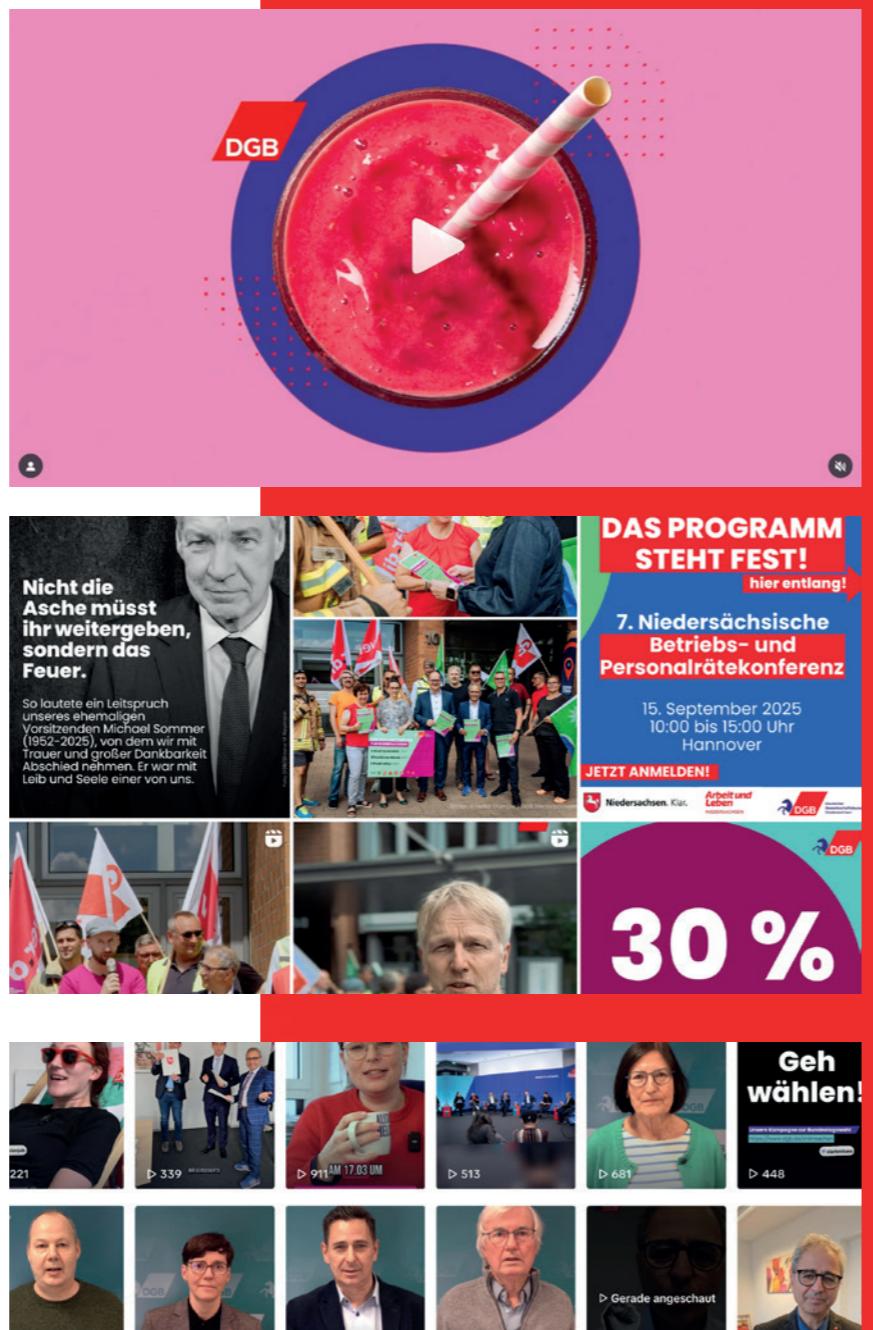
Der DGB ist präsent

200 Posts im Jahr, das ist ein Statement pro Arbeitstag. Laut, klar und digital zeigt sich der DGB Niedersachsen auf mehr als einer Handvoll Social-Media-Kanälen. Deren Anzahl ist in den letzten Jahren rasant gewachsen: Instagram, Facebook, TikTok, YouTube, X (ehemals Twitter), Mastodon und Bluesky – der DGB Niedersachsen ist da, wo seine Zielgruppen sind. Hinzu kommen weitere Kanäle im Bezirk: die Accounts des DGB Sachsen-Anhalt und des DGB Bremen. Nicht zu vergessen die vielen Accounts aus den DGB-Regionen, die in den sozialen Netzwerken besonders gut regionale Themen platzieren können.

» In den sozialen Medien sind wir schnell und meinungsstark «

Die Vielfalt der Social-Media-Kanäle eröffnet die Möglichkeit, Themen und Haltung zielgruppengerecht auszuwählen und darzustellen. Sachlich oder emotional, regional oder überregional, in Wort und Bild, als Kurzvideo oder Audio-Beitrag. Jeder Kanal bietet seine spezifischen Optionen und hat seinen eigenen Stil. Dank des neuen Corporate Designs zeigt auch der DGB hier Stiltreue. Die kräftigen Farben, das leuchtende Rot, Logo und Icons schaffen Aufmerksamkeit und garantieren ein Wiedererkennen in Posts, Reels und Stories.

Der Erfolg spricht für sich, die Zahl der Follower*innen wächst stetig. Allein auf Facebook hat sich die Reichweite in den letzten vier Jahren verdoppelt – und das, obwohl die Plattform insgesamt Nutzer*innen verliert. »In den sozialen Medien sind wir schnell und meinungsstark. Und wir freuen uns über direktes Feedback zu unserer Arbeit«, erklärt Martin Bender, verantwortlich für Social Media im Team Öffentlichkeitsarbeit des DGB-Bezirks Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt. »Unser Anliegen ist es, aktuelle politische Themen zu besetzen, damit sich Andere auf uns beziehen. Dann führen wir die Meinung – und genau das ist unser Ziel.«



Kampagne Orgawahlen

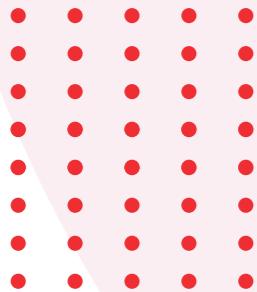
Spotlight

Das Ehrenamt stärken – eine Kampagne motiviert zur Mitarbeit

Wenn man beim DGB vom Smoothie spricht, dann geht es höchstwahrscheinlich um die Kampagne, mit der neue Ehrenamtliche für die Kreis- und Stadtverbände geworben werden sollten. Alle vier Jahre finden die Organisationswahlen statt, im Jahr 2025 war es wieder so weit. Jede Mitgliedsgewerkschaft war aufgerufen, engagierte Vertreter*innen zu benennen, die die Interessen der Kolleg*innen auf regionaler Ebene vertreten. Dabei geht es ums Mitmachen, um Mitgestaltung und es geht um die Sichtbarkeit und die politische Wirkung vor Ort – die Ehrenamtlichen als Stimme des DGB in den Kommunen.

Während früher der Aufruf zur Organisationswahl per Brief kam, wird heute persönlich gesprochen. DGB-Aktive besuchen die Mitgliedsgewerkschaften, erklären die Arbeit der Kreis- und Stadtverbände und werben für das Ehrenamt. Das Material zur Orga-Wahl sollte dabei unterstützen. In einem kurzen Film waren die Strukturen und Aufgaben des DGB erklärt. Die begleitende Präsentation war inhaltlich regionalisierbar. Mit ihrer Hilfe lässt sich erläutern, welche Themen die jeweilige Kommune beschäftigt, wie der Kreis- und Stadtverband bisher aufgestellt ist und welche Arbeitsgruppen und Aktivitäten es gibt.

Der Smoothie steht als Metapher: Er soll helfen, die Gewerkschafter*innen für die ehrenamtliche DGB-Arbeit zu motivieren. Zu verstehen ist die Smoothie-Metapher so: In den verschiedenen Früchten stecken die Forderungen und Inhalte der Mitgliedsgewerkschaften, gemixt werden sie zum Smoothie – der geeinten Forderung des DGB –, der dann allen schmeckt. Und das, was in der Region besonders bewegt, kommt als Topping obenauf. Es bestand der Wunsch nach Ehrenamtlichen, die die Bandbreite der Gesellschaft widerspiegeln: jung und alt, weiblich, männlich, divers, ideenreich und erfahren. Die Motivation für die Mitarbeit im Stadt- und Kreisverband ist, dass sie auch eigene Themen, einbringen können. Erlaubt ist, was politisch bewegt, der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.



Reichsbürgerbewegung im Blick

Wie erkenne ich Reichsbürger*innen im Alltag und wie verhalte ich mich? Dieser und ähnlichen Fragen gingen die rund 30 Teilnehmenden der eintägigen Klausurtagung im Februar 2023 in Bitterfeld-Wolfen nach. | In der DGB-Region Halle-Dessau kam es bis Ende des Vorjahres vermehrt zu Vorfällen im Zusammenhang mit Reichsbürger*innen. Für Karsten Priedemann, Geschäftsführer der DGB-Region Halle-Dessau, und sein Team ein Anlass, sich auf der Tagung mit der Problematik näher zu befassen und für Aufklärung zu sorgen. Eine Einführung in das Thema gab Andreas Speit, Journalist und Kenner der rechtsextremen Szene. Sein Vortrag über Deutschnationalismus, Reichsbürgertum und Verschwörungstheorien führte zu regem Austausch.

Im zweiten Teil der Tagung beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit Fragen zu internen Strukturen der Kreis- und Stadtverbände auch mit Blick auf die Organisationswahl 2025. Zur Neuaustrichtung der Struktur gab es einen lebhaften Austausch. Mitglieder, die sich künftig in der Verbandsarbeit engagieren wollen, schnupperten in die verschiedene Themenfelder und Aufgabenbereiche.

Ort der Klausurtagung war das Industrie -und Filmuseum Wolfen. Hier in der einstigen Filmfabrik produzierte AGFA u.a. Rohfilmmaterial für Kino und fotografisches Aufnahmematerial. „Diese Tagungsstätte besticht durch die außergewöhnliche Atmosphäre und bot uns spannende Einblick in die regionale Industrie- und Wirtschaftsgeschichte. Der geführte Rundgang war nach so intensiven Tagungsstunden genau das Richtige zum Ende des Tages“, kommentiert Karsten Priedemann.

Gewerkschaften in Bewegung

Als am Morgen des 9. Oktober 2021 im Göttinger Hotel FreizeitIn die ersten Teilnehmenden eintrafen, lag spürbare Energie in der Luft. | Über 40 Gewerkschafter*innen aus Südniedersachsen-Harz waren zu der Konferenz für ehrenamtliche Gewerkschafter*innen gekommen. Viele von ihnen gerade frisch als Kreis- oder Stadtverbandsmitglieder gewählt, manche schon erfahren, aber alle mit demselben Ziel: sich vernetzen, voneinander lernen und gemeinsam gewerkschaftlich etwas bewegen. Nach den Lockdowns gab es bei vielen das große Bedürfnis, wieder zusammenzukommen und so wurden keine Mühen gescheut und alle nötigen Vorkehrungen getroffen, um sich in Präsenz begegnen zu können.

Den Auftakt zur Konferenz „Gewerkschaften in Bewegung“ machte ein Impuls-Gespräch mit Dr. Peter Birke (Uni Göttingen) und Johannes Katzan (IG Metall) über den Wandel in der Industrie. Einst war sie der gewerkschaftlich starke Bereich, heute ist es der Angestellten-Sektor. Die IG Metall hat reagiert. Die gezielte Ansprache bereits im Studium zeigte positive Wirkung bei der Mitgliedergewinnung. Prekäre Beschäftigung, Arbeitszeitgestaltung und Klima-Anliegen verbinden sie alle, hier läge großes Potenzial, um Gewerkschaftsaktivitäten zu sozialen Bewegungen wachsen zu lassen, erklärte Birke.

Schwierig für die kollektive Organisierung sei die flexible Arbeit im Homeoffice und der sich auflösende klassische Betrieb. Auch Katja Derer von der NGG war mit dem Problem dezentraler Arbeitsstätten beschäftigt und sprach über neue Herausforderungen bei der digitalen Ansprache von Kolleg*innen.

Wie solidarische Unterstützung trotzdem gelingen kann, zeigte das nächste Podium. Ulrich Finster berichtete von dem Seesener Bürgerbündnis, initiiert vom DGB, das einen ver.di-Arbeitskampf im örtlichen Krankenhaus mit 5.400 Unterschriften unterstützte.

In den Diskussionsforen ging es dann in die Tiefe: Wie lässt sich Solidarität über Betrieb und Branche hinweg leben? Das Beispiel der UMG Klinikservice GmbH machte Mut: Studierende hatten sich im „Organizing“ geschult und bei Kolleg*innen für gewerkschaftliche Treffen und Streiks geworben. Mit Erfolg - am Ende stand ein Tarifvertrag mit bis zu 28 Prozent mehr Lohn. Im zweiten Forum ging es um Demokratie. Wie können Gewerkschaften Bündnisse gegen Rechts stärken? Katharina Laue-Pietroluongo vom Bündnis „Einbeck ist bunt“ und Sebastian Wertmüller von ver.di gaben Einblicke in lokale Arbeit, Schulungen und Strategien, auch zur Abwehr rechter Einflussnahme in sozialen Berufen.

Was nahmen die Konferenzteilnehmenden mit? Agnieszka Zimowska (DGB-Regionsgeschäftsführerin) motivierte zum Abschluss: „Die Zusammenarbeit mit gegenwärtigen sozialen Bewegungen und der Aufbau von gesellschaftlichen Bündnissen für Gute Arbeit können für Beschäftigte im Arbeitskampf eine enorme Bedeutung haben. Es liegt daher an uns allen, unsere Nachbar*innen, Freund*innen und Familienmitglieder zu unterstützen, wenn sie sich dafür entscheiden, für Gute Arbeit und Demokratie im Betrieb einzustehen.“



Die Regionen und ihre Regionsgeschäftsführer*innen



ALTMARK-BÖRDE-HARZ

Katrin Skirlo
Olvenstedter Straße 66, 39108 Magdeburg
0391 533 44-10 | magdeburg@dgb.de



BREMEN-ELBE-WESER

Dr. Ernesto Harder
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen
0421 33576-0 | bremen@dgb.de



HALLE-DESSAU

Karsten Priedemann
Charlottenstraße 7, 06108 Halle
0345 68269-11 | halles@dgb.de



NIEDERSACHSEN-MITTE

Torsten Hannig
Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover
0511 16387-0 | hannover@dgb.de



NORD-OST-NIEDERSACHSEN

Dr. Matthias Richter-Steinke
Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg
04131 223396-0 | lueneburg@dgb.de



OLDENBURG-OSTFRIESLAND

Dorothee Koch
Kaiserstraße 4-6, 26122 Oldenburg
0441 218761-0 | oldenburg@dgb.de



OSNABRÜCK-EMSLAND-GRAFSCHAFT BENTHEIM

Nicole Verlage
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
0541 33806-0 | osnabrueck@dgb.de



SÜDNIEDERSACHSEN-HARZ

Agnieszka Zimowska
Weender Landstraße 6, 37073 Göttingen
0551 44097 | goettingen@dgb.de



SÜDOSTNIEDERSACHSEN

Michael Kleber
Wilhelmstraße 5, 38100 Braunschweig
0531 48096-0 | braunschweig@dgb.de



Fotos: DGB/Werner Musterer